

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

181 · November 2005

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 961

Essay

ANDREAS HEYER

Maximilien Robespierre. Die Entdeckung der Moderne
zwischen Tugend und Terror 963

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

ULRICH BUSCH

Schlaraffenland – eine linke Utopie?
Kritik des Konzepts eines bedingungslosen
Grundeinkommens 978

Lateinamerika

KONSTANTIN WACKER

Ökonomische Perspektiven der bolívarischen Revolution
in Venezuela 992

RAINA ZIMMERING

Neue soziale Bewegungen in Argentinien 1000

Europäische Union

NN [Text von Autor nicht für Webpublikation freigegeben]
Europa über Alles! Die »Lissabon-Strategie«
der Europäischen Union 1017

ASSIA TEODOSSIEVA

Bulgarien an der Schwelle zum EU-Beitritt
Gewinne, Kosten und soziale Dimensionen 1027

Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau 1042

Bücher & Zeitschriften

Christoph Butterwegge: Krise und Zukunft des Sozialstaates (TIM ENGARTNER)	1044
Anselm Jappe: Die Abenteuer der Ware. Für eine neue Wertkritik (INGO ELBE)	1045
Rüdiger Bernhardt: »Ich bestimme mich selbst«. Das traurige Leben des glücklichen Peter Hille (1854-1904) (KAI AGTHE)	1046
Kay Möller: Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949-2004. Eine Einführung (WOLFRAM ADOLPHI)	1048
Corinna Kuhr-Korolev: »Gezähmte Helden«. Die Formierung der Sowjetjugend 1917-1932 (WLADISLAW HEDELER)	1050
Summaries	1052
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	1054

VorSatz

Was hat der Bayern-Führer Edmund Stoiber eigentlich gegen mich und die anderen Ossis? Wir sind doch letztlich immer ganz artig und tun brav, was man uns sagt. Wenn es dazu noch eines Beweises bedurft hätte, dann wurde er am 2. Oktober in Dresden mit der Nachwahl zum 16. Bundestag geliefert. Es hätte ja Chancen für Denkmäler gegeben, zumal die Frontfrauen und -männer der herrschenden politischen Eliten in den zwei Wochen seit dem Wahltag am 18. September deutlich signalisiert hatten, was sie nach den Wahlen von diesen und deren Ergebnissen halten – nämlich nichts. Zum Beispiel gab es rechnerisch die Möglichkeit, daß die Dresdner durch ihr Wahlverhalten den Abstand zwischen CDU/CSU und SPD im Bundestag auf ein Mandat hätten minimieren können. Das wäre dann eingetreten, wenn der Direktkandidat der CDU den Wahlkreis nicht gewonnen, aber diese Partei viele Zweitstimmen erhalten hätte, dann wäre ihr andernorts ein Überhangmandat abhanden gekommen. Nun hatte die CDU die Losung ausgegeben: Erststimme CDU, Zweitstimme FDP. Daran haben sich Mehrheiten in Dresden brav gehalten, der Direktkandidat der CDU gewann mit 37 Prozent den Wahlkreis und die FDP erreichte märchenhafte 17 Prozent der Zweitstimmen. Statt zwei Mandate Verlust für die CDU konnte sie ein zusätzliches gewinnen. Das muß doch einmal jemand dem Edmund Stoiber erzählen!

Wilhelm II, seinerzeit als letzter Kaiser des vorletzten Deutschen Reiches der Souverän, soll zu Beginn seiner Regentschaft gesagt haben, es sei nicht leicht, unter Bismarck Kaiser zu sein, so lichte Momente hatte er den Rest seines Lebens nicht mehr. Nun soll ja jetzt das Volk der Souverän sein. Deshalb könnte man heute formulieren: Es ist nicht leicht, unter Gerhard Schröder deutsches Volk zu sein. Man kann ihn abwählen, er nimmt erst einmal vier Wochen lang nicht den Hut. Er wollte als Bundeskanzler weiter machen. Machtgeil und irrational.

Einige der selbsternannten und medial geadelten Vordenker der politischen Eliten wollen uns jetzt einreden, auch diese Wahlen hätten keine Veränderung gebracht, die politischen Kräfteverhältnisse und Strukturen seien so wie schon seit über hundert Jahren. Über die Lücken im Geschichtsbewußtsein muß man sich nicht mehr wundern. Was Geschichte ist, darüber entscheidet Deutungsmacht. Klar ist, was das soll: Das »Weiter so!« soll geschichtsideologisch untermauert werden. Aber das ändert nichts daran, daß es falsch ist, und daß es bewußt gelogen ist. In den Wahlen und in ihren Ergebnissen

treten neue Aspekte und Tendenzen – allerdings sehr widersprüchlich – in Erscheinung. Es gibt Neues bezüglich der alten Bundesrepublik und Neues seit der neuen deutschen Einheit. Die alten politischen Eliten überbieten sich dabei, dieses Neue zu ignorieren. Das fing schon vor den Wahlen an, als sich Gerhard Schröder als Anführer des Protestes gegen eine Politik zu stilisieren versuchte, die er selbst zu verantworten hatte. Und das hat ja sogar teilweise funktioniert. Die medial inszenierten Kunststücke im Polittheater um Koalitions- und Kanzlerfragen sollen ablenken von den akuten Entwicklungsproblemen und der gesellschaftlichen Krise.

Krise – das ist das Wort, das den Schlüssel liefert zum Verständnis der Wahlergebnisse. Krisen mögen die Deutschen nicht, und – was schlimmer ist – sie können mehrheitlich nicht rational damit umgehen. Die Unzufriedenheit mit dem Gang der Dinge im Lande ist groß, und das ist sie schon lange. Hartz IV hat dabei ein neues Niveau produziert, 80 Prozent der Deutschen wünschen sich, daß die entsprechenden neuen Regelungen wieder aufgehoben werden. Die Unzufriedenheit hat sich u. a. darin niedergeschlagen, daß es bisher noch nie so viele Wechselwähler gab wie diesmal. Zugleich gibt es eine große Verunsicherung, zum Teil mangels erkennbarer oder plausibler Alternativen, zum Teil als Angst, daß alles noch viel schlimmer kommen könnte. Neu war auch, daß Anteil und Anzahl der Unentschlossenen, also derer, die wenige Tage vor der Wahl noch nicht wußten, ob und welche Partei sie wählen wollten, mit einem Viertel bis einem Drittel der Wahlberechtigten außergewöhnlich hoch waren. Sie haben die Wahl letztlich entschieden. Die SPD hat von den späten Entscheidungen überdurchschnittlich profitiert, die Selbstinszenierung des Kanzlers als Gerechtigkeitspolitiker zeigte Wirkung. Auf der anderen Seite haben Kirchhofs Pläne und das Spielen mit Mehrwertsteuererhöhungen CDU/CSU geschadet. Die FDP und die Grünen haben gleichfalls Nutzen gehabt von den kurzfristigen Wahlentscheidungen. Die Linkspartei.PDS hat davon nur wenige für sich mobilisieren können, ihr Klientel war vorher schon recht stabil.

Im Ergebnis dieser Entwicklungen haben sich Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen vollzogen, die über das gewohnte Hin und Her hinausgehen und die Ausdruck der Krisensituation und der Krisenwahrnehmung sind. Beide großen Lager, die für nur in Nuancen unterschiedliche Varianten neoliberaler Politik stehen, sind aus sich selbst heraus nicht mehrheitsfähig. Und es gibt als neuen politischen Faktor die Linke mit fast neun Prozent der Stimmen und der Mandate. Das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik vor und nach 1990 nicht gegeben. Das ist nur zum kleinen Teil Ergebnis von Protest, eine solche Stärkung zeichnete sich ab, als ein neues bundesweites Linksbündnis in Aussicht stand. Für die vielen Menschen im Lande mit politisch linken Positionen ist damit die Hoffnung verbunden, daß sich tatsächlich etwas zum Guten verändern könnte. Zumindest haben die Kritik am Gang der Dinge im Lande und der Protest gegen Gegenreformen jetzt eine nicht mehr so leicht auszugrenzende parlamentarische Stimme. Das ist die Herausforderung, das kann ein Anfang sein.

DIETMAR WITTICH

ANDREAS HEYER

Maximilien Robespierre.

Die Entdeckung der Moderne zwischen Tugend und Terror

Robespierre ist jene Person der Französischen Revolution, die wie keine zweite Lob und Tadel der Nachwelt auf sich gezogen hat, die Gut und Böse gleichermaßen verkörpert. Wer war er: ein Tyrann, ein blutdürstiges Ungeheuer, ein Diktator im Stile der orientalischen Despoten? Der Schüler Jean-Jacques Rousseaus, der den Meister radikal interpretierte und die Möglichkeiten besaß, dessen Theorien zu verwirklichen, mittels der Gewalt in die Realität zu transformieren? Vielleicht war er aber auch der Sprecher des Volkes, des Dritten Standes, sein Repräsentant, Garant der Durchsetzung der Wünsche und Hoffnungen der unterdrückten Schichten, der Benachteiligten der ersten Jahre der Revolution?

Zwei zeitgenössische Quellen zeigen in aller Deutlichkeit diese Ambivalenz auf. In einem *Nachruf auf Robespierre* nach dessen Hinrichtung heißt es: »Indem wir das Porträt des scheußlichsten Tyrannen, der je auf der Erde gelastet hat, umreißen, zieht sich unser Herz zusammen und die Feder droht unserer Hand zu entfallen. Es muss jedoch der Nachwelt dieser Mann geschildert werden, der einen Teil Frankreichs auslöschte und, hätte er länger gelebt, das ganze Land zugrunde gerichtet haben würde.«¹ Und weiter heißt es, die Regierungspraxis der Jakobiner beschreibend: »Ganz Frankreich wurde zu einer einzigen Festung. Die Guillotinen reichten nicht mehr aus für die Zahl der Opfer. Man ging zu Füsilladen, Noyaden und Massenerschießungen über, Begriffe, die ebenso neu sind wie die Gewaltakte, die sie kennzeichnen.«² Ja, in letzter Instanz determiniert die Beschreibung der Herrschaft Robespierres noch die Schilderung von dessen Äußerem. »Das Ungeheuer hat 35 Jahre gelebt, war 5 Fuß, 2 Daumen groß, hatte leicht verkniffene Züge und einen fahlen, galligen Teint. Seine vorherrschenden Leidenschaften waren der Stolz, der Hass und die Eifersucht. Nichts konnte seinen Durst auf Menschenblut löschen; es waren nur Trümmer, Wüsten und Tote, über die er hätte herrschen können.«³ Neben solchen ablehnenden Urteilen stand aber immer auch die positive oder sogar lobende Annäherung an die Person Robespierres. Es war Gracchus Babeuf, der nach dem Ende der Jakobinerherrschaft und der damit verbundenen royalistischen Restaurierung vom Jakobiner-Kritiker zum Robespierre-Apologeten wurde. In seiner Zeitschrift *Tribun du Peuple* schrieb er: »Urne von Robespierre, teure heilige Asche, werde wieder lebendig und zerschmettere die faden Verleumder! Doch nein, verachtet sie, bleibt friedlich, edle Reste! Das ganze französische Volk, dessen Glück Du gewollt hast und für das Dein Ge-

Andreas Heyer – Jg. 1974, Dr. phil., Politikwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Utopische Profile, Heft 173 (März 2005).

1 Nachruf auf Robespierre nach seiner Hinrichtung (anonym erschienen), abgedruckt in: Maximilien Robespierre: Ausgewählte Texte, hrsg. von Carlo Schmid, 2. Auflage, Hamburg 1989, S. 721.

2 Ebenda, S. 722.

3 Ebenda, S. 723.

4 Zit. nach Thilo Ramm: Die großen Sozialisten als Rechts- und Sozialphilosophen. Bd. 1: Die Vorläufer. Die Theoretiker des Endstadiums, Stuttgart 1955, S. 169 f.

5 Zit. nach ebenda, S. 170 f.

6 Zit. nach ebenda, S. 170.

nie allein mehr als jeder andere getan hat, das ganze französische Volk erhebt sich, um Dich zu rächen! Und ihr Schmierfinken, lernt besser die Erinnerung an einen Weisen achten, an einen Freund der Menschheit, einen großen Gesetzgeber, und lasst davon ab, den zu beleidigen, den die Nachwelt verehren wird.«⁴ Robespierre erscheint bei Babeuf, der in den Monaten, als er diese Worte niederschrieb, seine radikal-kommunistische Verschwörung für die Gleichheit plante, als legitimer Vertreter der Interessen des Volkes und als autorisierter Sprecher der Prinzipien der Revolution. Er steht für Wahrheit und Tugend, vor allem aber für die Werte und die demokratischen Standards der Verfassung von 1793, die in jener Zeit bereits rückgängig gemacht waren. »Robespierre wieder erwecken, heißt alle energischen Patrioten der Republik wieder erwecken und mit ihnen das Volk, das ehemals auf sie hörte und ihnen folgte. Gebt seinem Gedächtnis den gebührenden Glanz: alle seine Schüler werden sich erheben, und bald werden sie triumphieren. Der Robespierismus wird von neuem alle Parteien zerschmettern. Der Robespierismus gleicht keiner von ihnen; er ist weder eine Partei noch in sich begrenzt. Der Robespierismus ist in der ganzen Republik, in jeder gerechten und klar-blickenden Klasse und natürlich im ganzen Volk. Die Ursache hiervon ist einfach: der Robespierismus ist die Demokratie, und beide Worte sind vollkommen identisch. Wenn ihr also den Robespierismus unterstützt, dann seid ihr sicher, die Demokratie zu unterstützen.«⁵ Dies vorausgesetzt, verteidigt Babeuf auch die von den Jakobinern und Robespierre ausgeübte politische Praxis des Terrors. »Ich nehme an, dass er gesagt hat: ›Wir wollen diesen lästigen Kobolden mitsamt ihren guten Absichten für immer das Maul stopfen‹, und, meiner Meinung nach, hat er recht getan. Das Wohl von 25 Millionen Menschen darf nicht gegen die Schonung einiger zweideutiger Individuen ausgespielt werden. Ein Reformator muss alles im Großen sehen. Er muss alles niedermähen, was ihn beengt, was seinen Weg versperrt, was ihn hindern kann, zu dem selbstgesetzten Ziel zu gelangen. Ob Schufte oder Schwachköpfe, Protze oder Ruhmsüchtige, das ist gleich: um so schlimmer für sie. Warum fanden sie sich dort ein? Robespierre wusste das alles, und hierin liegt zum Teil der Grund meiner Bewunderung für ihn. Dies lässt mich in ihm das Genie sehen, in dem wahrhaft reformatorische Ideen wohnen.«⁶

Leben und Wirken Robespierres sind mit der Französischen Revolution aufs Engste verbunden. Am 6. Mai 1758 in Arras geboren, wurde er nach dem Tod seiner Mutter und dem spurlosen Verschwinden des Vaters bereits frühzeitig Waise. Er wuchs in ärmlichen Verhältnissen bei seiner Großmutter auf und erhielt wegen guter schulischer Leistungen (durch die Vermittlung des Bischofs von Arras) ein Stipendium am Collège Louis-le-Grand, wo er nicht nur der ärmste, sondern auch einer der besten Schüler war. Anschließend begann er, Jura zu studieren und ließ sich in seiner Heimatstadt als Anwalt nieder. Hier arbeitete er unter anderem auch für die adligen Kreise, in deren Auftrag er alte Akten und Urkunden überprüfte. Auf diese Weise sollten Rechtsansprüche konstruiert werden, die sich gegen die Bauern und deren Eigentum richteten. Es ist also nicht verfehlt, zu sagen, dass Robespierre bereits frühzeitig

mit den Abgründen des Absolutismus vertraut wurde, gleichzeitig aber auch ihr Erfüllungsgehilfe war. Dies ist eine biographische Prägung, die er mit Gracchus Babeuf ebenso teilt wie mit dem utopischen Frühsozialisten Charles Fourier. Seit Mitte der 80er Jahre des 18. Jahrhunderts profilierte sich Robespierre dann mit mehreren Schriften, Pamphleten und Flugblättern als Kritiker des Ancien Régime, was die entscheidende Wende in seinem Leben darstellte. 1788 sah sich Ludwig XVI. aus innenpolitischen Gründen veranlasst, die Generalstände einzuberufen. Auch wenn ihn mehrere seiner Berater vor dieser Maßnahme gewarnt hatten, so glaubte er doch, ein wirksames Instrument in die Hand zu bekommen, um die Herrschaft der Parlamente, allen voran des Pariser Parlaments, brechen zu können.⁷ Im April 1789 zog Robespierre als Vertreter des Dritten Standes von Artois in die dreigeteilte Versammlung (Adel, Klerus, Dritter Stand) ein. Hier kam es zu der bekannten und die Revolution einleitenden Konstituierung der Vertreter des Dritten Standes sowie verschiedener Abgeordneter von Adel und Klerus als Nation. Der Abbé Emmanuel-Joseph Sieyes veröffentlichte im selben Jahr die berühmte Schrift *Was ist der Dritte Stand?*, mit der er dem Ancien Régime den Todesstoß versetzte. Robespierre begrüßte die Revolution und agierte in ihrem Sinne als Mitglied der Nationalversammlung. Es war Mirabeau, der sein Wirken mit den Worten umschrieb: »Der wird es weit bringen, denn er glaubt, was er sagt.«⁸ Die Nationalversammlung beendete 1791 ihre Tätigkeit mit der Verabschiedung der Verfassung (die sogenannte Verfassung von 1791), die, wie Robespierre mehrfach ausführte, zwar wegen ihrer aristokratischen und royalistischen Grundtendenzen die Prinzipien der Gleichheit und Freiheit nicht verwirklicht habe, aber als Minimalkonsens bis zu einer neuen Verfassung gegen die konterrevolutionäre Reaktion verteidigt werden müsste. In der Gesetzgebenden Versammlung war Robespierre dann nicht vertreten, da alle bisherigen Mitglieder des ersten Parlaments ausgeschlossen waren. Seine Tätigkeit beschränkte sich daher vor allem auf die Jakobinerklubs, zu deren Führer er im folgenden Jahr aufstieg. Spätestens jetzt wird deutlich, dass er einen anderen politischen Weg ging, als etwa Sieyes oder Condorcet. Verließ der zuerst genannte die vordere Reihe der politischen Führer, um erst zum Ende der Revolution, als einer der drei Konsuln, die Napoleon ins Amt verhalfen, wieder in Erscheinung zu treten, so wurde Condorcet später unter Robespierre verurteilt, worauf er bis zu seiner Verhaftung und dem anschließenden Erschöpfungstod untertauchte. Am 21. September 1792 wurde Robespierre als Abgeordneter von Paris in den Nationalkonvent gewählt. Hier führte er vor allem seinen Kampf gegen die Gironde (das Besitzbürgertum und die liberalen Kreise des Adels) weiter, der in der radikaldemokratischen Verfassung von 1793 und den parallel dazu stattfindenden Hinrichtungen führender Girondisten seinen Höhepunkt erreichte. Am 27. Juli 1793 trat Robespierre in den Wohlfahrtsausschuss des Konvents ein, wo er zusammen mit Louis-Antoine-Léon Saint-Just die Vorherrschaft innehatte. Es begann jene Zeit, die als Terror in die Geschichte der Revolution einging. Zahlreiche Verurteilungen, Inhaftierungen und sogar Hinrichtungen sicherten die Herrschaft der Jakobiner ab. Am 10. Juni 1794 wurde das Gesetz über die Neuord-

7 In Frankreich waren die Parlamente keine politischen Körperschaften, in denen die Mitglieder auf der Basis von Wahlen legislative Entscheidungen fällten. Vielmehr waren die Stellen käuflich. Zugleich kamen ihnen Funktionen der Judikative zu, so waren zahlreiche Prozesse und Petitionsverfahren hier angesiedelt. Nicht zuletzt oblag ihnen die Listung der Anwälte und die Bildung von Zensurbehörden. Daher waren die Parlamente vor allem Organe des gehobenen Besitzbürgertums. Druck konnten sie nur ausüben, indem sie die Ratifizierung bzw. Umsetzung von königlichen Gesetzen teilweise behinderten und verschleppten. Der König wiederum war in der Lage, sie zu verbannen oder für unbestimmte Zeit aufzulösen. Genau eine solche Pattsituation hatte ja die Einberufung der Generalstände motiviert.

8 Zitiert nach Carlo Schmid: Einleitung, in: Robespierre, S. 20.

nung des Revolutionstribunals verabschiedet. Nun bedurfte es zur Verurteilung von politischen »Verdächtigen« keiner Beweise mehr. Es reichte allein eine Gewissensentscheidung der Geschworenen. Bereits Ende Juni hatte sich – auch wegen dieser Verschärfung – innerhalb des Wohlfahrtsausschusses eine Opposition gegen Robespierre gebildet, die dessen Verhaftung erwirkte. Am 28. Juli 1794 (dem 9. Thermidor) wurde er hingerichtet. Eine Anekdote berichtet, dass Georges-Jacques Danton, sein früherer Weggefährte, den er hatte köpfen lassen, zum Henker, der ihm die Arme mit zwei Stricken auf den Rücken binden wollte, gesagt haben soll: »Einer genügt, den anderen wirst du für Robespierre brauchen.«⁹

9 Zitiert nach ebenda, S. 34.

Robespierre führte ein kurzes und heftiges, ein durch die Leidenschaften geprägtes Leben. Und es endete, wie seine politische Laufbahn begonnen hatte – abrupt und als direktes Ergebnis seiner Ideen. Die kurze Aufzählung der Fakten hat uns zwar ein gewisses historisches Gerüst in die Hand gegeben, aber die entscheidende Frage kann sie nicht beantworten: die nach dem Menschen Robespierre. Für ein Verständnis seiner Person ist entscheidend, dass er nie ein leitendes politisches Amt innehatte. Die Diktatur der Jakobiner – er stand ihr nicht als Präsident vor oder wenigstens als Minister. Robespierre war vielmehr Zeit seines Lebens immer nur ein einfacher Abgeordneter und Mitglied des Wohlfahrtsausschusses. Woher also kam seine Macht? Er überzeugte allein durch seine Ansprachen, war einer der wichtigsten Redner der Revolution. Nicht im Stile der antiken Demagogen (in der positiven Bedeutung des Wortes) oder gar mit der Begabung einer eloquenten mitreißenden Sprache. Vielmehr formulierte er alle seine Reden aus und las sie dann Satz für Satz ab. Genau dieses Verfahren stand aber für seine nüchtern-pragmatische Sicht der Dinge – so stilisierte er sich selbst, so wurde er auch wahrgenommen. Hinzu trat, dass er ein Taktiker war, der, wie man sagen könnte, Gespür für den Zeitgeist und den richtigen Moment besaß. Wer heute seine Texte liest, dem fällt auf, dass er zwar auch rein theoretische Reden hielt. Aber zumeist verband er diese meta-theoretische Ebene mit tagesaktuellen Problemen und Fragen. Immer wieder lassen sich diese Faktoren finden und stellen sich bei näherer Betrachtung als eigentlicher Kern heraus. Ein anderes wichtiges Element seines Wirkens ist in der schlichten Tatsache zu sehen, dass er nicht nur seinem Selbstverständnis nach ein »Mann des Volkes« war. Auch die Armen und Unterdrückten akzeptierten ihn bis ca. Anfang 1794 als ihren Sprecher und Repräsentanten, als Vollstrecker des »Willens des Volkes«. Robespierre war, dies müssen wir ihm auch heute noch attestieren, nicht korrupt, was gerade in der Französischen Revolution eine Leistung darstellt. Kurz nach Ausbruch der Revolution bezog er bei einem Tischler einige einfache Zimmer, die er bis zu seiner Hinrichtung bewohnte. Er hat für sich nie Privilegien in Anspruch genommen, er hat keine rauschenden Feste gefeiert oder Millionen gehortet. Das von ihm immer wieder vorgetragene Tugendideal fand in seiner privaten Lebensweise eine Bestätigung. Und als politische Bühne dienten ihm die Jakobinerklubs ebenso wie die permanente Präsenz im Konvent oder im Wohlfahrtsausschuss. Hier hielt er seine Reden, die Zustimmung fanden, d. h., deren Ideen im Verlauf oftmals längerer Verhandlungen dann

teilweise modifiziert in Gesetze transformiert wurden. Robespierre wurde in den Konvent gewählt, dies ist der Schlüssel seines Erfolges, als »Vertreter der kleinen Leute«. Delegiert von Paris, der, wie man sie nannte, »Hauptstadt der revolutionären Menschheit«,¹⁰ verfügte er im Konvent immer über eine weitere Kraft: die spontane Akklamation der Pariser Bevölkerung auf der Straße. Auch Carlo Schmid kam in seinem Versuch einer konservativen Diskreditierung Robespierres und der Philosophie der Französischen Aufklärung sowie der Französischen Revolution nicht umhin, zumindest diesen Punkt zuzugeben: »So konnte es nicht überraschen, dass ihn der Konvent mit brausendem Jubel empfing, als er ihn zum ersten Mal betrat. Von dieser Stelle aus hat er bis zum 9. Thermidor 1794 die Geschicke Frankreichs bestimmt, kaum je durch unmittelbares Handeln als administrativer Gestalter der staatlichen Ordnung, kaum je als Führer der Außenpolitik der Republik, schon gar nicht als Organisator ihres Heerwesens, sondern allein durch die Reden, die er von der Tribüne des Konvents hielt und durch die Unerbittlichkeit, mit der er im Wohlfahrtsausschuss die strikte Anwendung der »Prinzipien« und die »Herrschaft der Tugend« erzwang. Tugend, Patriotismus, Freiheit, Gleichheit, das sind die großen Namen, die von nun an über den Altären des Vaterlandes stehen.«¹¹ In der Folge reflektieren wir daher vor allem drei Punkte des Denkens Robespierres. Zuerst beleuchten wir seine Stellung zur Hinrichtung des ehemaligen französischen Königs und absolutistischen Herrschers Ludwig XVI., danach betrachten wir seine Demokratiekonzeption, aus der sich die Legitimierung des Terrors explizit ableiten lässt. Und schließlich ist drittens nach der Stellung Robespierres zur Philosophie der Aufklärung zu fragen.

Eine der wichtigsten Debatten der Revolutionszeit drehte sich um die Person des Königs. Verbunden waren mit der Positionierung gegenüber Ludwig XVI. entscheidende Konsequenzen. Wollte man eine konstitutionelle Monarchie, die dem König über reine Repräsentationsfunktionen hinaus Hoheiten und Zuständigkeitsgebiete einräumte – z. B. Vetorechte, Steuererhebungs Kompetenzen, Zugriff auf die Ministerialbürokratie; oder versuchte man die Errichtung einer Republik, die die auch in der Verfassung von 1791 festgeschriebene Gleichheit aller Bürger tatsächlich verwirklichen könnte. Dann aber wäre der König ein Bürger wie jeder andere. Für die erste Position setzte sich die Gironde ein, d. h. das gehobene Bürgertum, die nicht emigrierten ehemaligen privilegierten Stände und weitere Kreise. Die radikalere Variante wurde von den Jakobinern vertreten. Es besteht kein Zweifel daran, dass sich Ludwig XVI. nie mit der Revolution angefreundet hat. So boykottierte er immer wieder alle Vorschläge und untergrub damit seine eigene Position. Ebenso ist auch deutlich, dass, wenn er einsichtiger gewesen wäre, verschiedene Radikalisierungsprozesse nicht so stattgefunden hätten, wie wir sie heute sehen. Die abwehrende Haltung des Königs gipfelte in dessen Fluchtversuch, der am 21. Juni 1791 an der französischen Grenze vereitelt wurde. Ein Jahr später begannen dann die Debatten über die Verantwortlichkeit des Königs für zahlreiche konterrevolutionäre Bestrebungen, für den Verrat (durch die Flucht) an den Prinzipien der Revolution sowie seine Rolle in den Allianzen im Inneren und

10 Der bekannte Wissenschaftler und Aufklärungsforscher Jörn Garber hat zu diesem Thema einen lesenswerten Aufsatz geschrieben. Jörn Garber: Die Zivilisationsmetropole im Naturzustand. Paris als Hauptstadt der Menschheit im Spiegel deutscher Revolutionsberichte, in: 1789. Deutsche Erfahrungen mit einer fremden Revolution, hrsg. von der GH Kassel, Kassel 1990, S. 65-88.

11 Schmid: Einleitung, S. 22.

Äußeren gegen Frankreich. Zwar gelang es der Gironde, den Prozess durch zahlreiche rechtliche Schritte bis zum Dezember 1792 herauszuzögern. Am 21. Januar des folgenden Jahres wurde Ludwig XVI. jedoch hingerichtet. Mit diesem Akt vollzog die Revolution einen radikalen und manifesten Bruch mit dem alten System, ein Schritt, dem sich die gemäßigten Vertreter immer verweigert hatten. Gleichzeitig sank innerhalb des Auslandes die Zustimmung des gehobenen Bürgertums, vor allem aber der universitären und ministerialen Eliten zu den Ereignissen in Frankreich. Vor diesem historischen Hintergrund sind die Aussagen Robespierres über Ludwig XVI. zu werten. Er hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass für ihn der König als Repräsentant des alten absolutistischen Systems ein Fremdkörper in der neuen Republik war. Dies nicht zuletzt, da Ludwig XVI. gerade durch seine Flucht gezeigt habe, dass er seine Handlungen als politische Akte verstehe. »Der König hat zum Verlassen seines Postens den Augenblick gewählt, in dem durch die Eröffnung der Primärversammlungen alle Ambitionen, Hoffnung und widerstreitenden Meinungen zu neuem Leben erwacht sind und durch die Inkraftsetzung der Verordnung über die Mark Silber und durch die lächerlichen Unterscheidungen zwischen wählbaren, aktiven und passiven Bürgern die eine Hälfte der Nation gegen die andere zu bewaffneter Auseinandersetzung bereit ist. Er hat den Augenblick gewählt, in dem die erste Legislative vor dem Ende ihrer teilweise von der öffentlichen Meinung missbilligten Arbeit steht und mit den Augen, mit denen man seinen Erben betrachtet, kommen sieht, dass die ihr nachfolgende, sie vertreibende Legislative ihr nationales Veto ausüben und damit einen Teil ihrer Maßnahmen rückgängig machen wird. Er hat den Moment gewählt, in dem verräterische Priester durch ihre Hirtenbriefe und Bannbulen den Fanatismus zur Reife gebracht und all jene Schwachsinnigen unserer 83 Departements gegen die Verfassung mobilisiert haben, die von der Philosophie der Aufklärung unberührt geblieben sind.«¹² (66) Der König, so können wir Robespierre interpretieren, ging in jenem Augenblick, als das Land im Chaos zu versinken drohte. Damit setzte er ein politisches Zeichen, verstand seine Flucht selbst als Signal zum Widerstand gegen die Revolution, zur Verschärfung der vorhandenen Widersprüche. Eine Aussöhnung zwischen den alten und den neuen Prinzipien sei auch deshalb nicht möglich. »In diesem Zeitalter des Fortschritts der menschlichen Vernunft und der Freiheit glaube ich nicht an die unheilbare Neigung der Menschen zur Sklaverei. Man hängt dem Königtum nur so lange an, wie man gezwungen ist, sein Joch zu tragen. Man wirft sich vor dem Königtum nieder, wie man es beim Anblick eines Geschosses tut, das jeden Augenblick explodieren kann; aber sobald die Hoffnung in den Augen der Sklaven aufleuchtet, den Götzen umstoßen zu können, lieben sie das Königtum so, wie das französische Volk seine Könige liebte, deren Bilder es zerbrochen hat.« (308) Das Volk habe sein Urteil über Ludwig XVI. bereits gefällt, so Robespierre an die öffentliche Meinung appellierend. Erstens habe es die Revolution getragen und deren Errungenschaften verteidigt und zweitens die Flucht des Königs vereitelt. (330 f.) Wo es Könige gibt, gibt es Untertanen und Sklaven. Die Revolution hebe dieses Verhältnis jedoch zu Gunsten allgemeiner

12 In der Folge werden die Werke Robespierres im laufenden Text in Klammern an den entsprechenden Stellen zitiert. Verwendet wird die Ausgabe: Robespierre (Fußnote 1).

Gleichheit und Freiheit auf: »Ludwig war der König, nun aber ist die Republik gegründet; die berühmte Frage, die euch beschäftigt, ist allein durch diese Worte schon entschieden. Ludwig ist wegen seiner Verbrechen abgesetzt worden; er bezeichnete das französische Volk als Rebellen; er hat zur Bestrafung dieses Volkes seine Mityrannen herbeigerufen; aber die Siege und das französische Volk haben entschieden, dass er allein der Rebell war: Ludwig kann also nicht gerichtet werden; er ist bereits verurteilt; oder aber die Republik kann nicht freigesprochen werden. Wenn man jetzt vorschlägt, einen Prozess gegen Ludwig XVI. zu beginnen, ganz gleich welcher Art er sein könnte, dann ist das ein Rückschritt zum königlichen und konstitutionellen Despotismus; es handelt sich um eine konterrevolutionäre Idee, denn sie läuft darauf hinaus, der Revolution selbst einen Prozess zu machen. Wenn Ludwig tatsächlich Gegenstand eines Prozesses sein kann, dann kann er auch freigesprochen werden; er kann unschuldig sein; was sage ich: er wird solange als unschuldig betrachtet, bis er abgeurteilt ist; aber wenn Ludwig freigesprochen wird, wenn er für unschuldig gehalten werden kann, was wird dann aus der Revolution?« (312) Robespierres Argumentation ist durchaus schlüssig. Wenn man den König nicht per se auf politischer Ebene verurteile, sondern ihm einen Prozess mache, dann könnte dort auch seine Unschuld festgestellt werden, was jedoch bedeute, dass die Revolutionäre schuldig wären. Die Revolution verurteile sich auf diese Weise selbst. Der König müsse hingerichtet, der Bruch mit der bisherigen Geschichte unumkehrbar vollzogen werden. »Aber Ludwig muss sterben, weil das Vaterland leben muss.« (328) Möglich wäre der Tod, da auch die alten Theorien von der Unversehrbarkeit des höchsten Repräsentanten durch die Republik als überholt anzusehen seien. Die gerichtliche Auseinandersetzung mit Ludwig XVI., so Robespierre programmatisch, ist kein zivilrechtlicher oder strafrechtlicher, sondern in erster Linie ein politischer Prozess. In diesem Sinne führte er aus: »Was Ludwig betrifft, fordere ich den Nationalkonvent auf, ihn augenblicklich zum Verräter an der französischen Nation und als Verbrecher gegen die Menschheit zu erklären; ich fordere, dass man in dieser Hinsicht an ihm ein Exempel statuieret, und zwar genau auf dem Platz, wo am 10. August die edlen Märtyrer der Freiheit gestorben sind, damit dieses denkwürdige Ereignis durch ein Mahnmal geweiht wird, das dazu ausersehen sein soll, in den Herzen der Völker das Gefühl für ihr Recht und den Abscheu vor den Tyrannen zu nähren, in der Seele der Tyrannen aber eine heilsame Furcht vor der Gerechtigkeit des Volkes zu wecken.« (329)

Das Kernstück des politischen Denkens Robespierres wird durch seine Demokratietheorie gebildet, die ihrerseits Überlegungen zu einer Legitimität des Terrors enthält.¹³ Die Revolution, so Robespierre in enger Anlehnung an Rousseau, habe jene politische Situation geschaffen, die nun durch die Ausrufung der Republik gestaltet werden könnte. »Der Mensch ist für das Glück und für die Freiheit geboren, und dennoch ist er überall ein Sklave und ein Unglücklicher!¹⁴ Die Gesellschaft hat die Erhaltung seiner Rechte und die Vervollkommnung seines Wesens zum Ziel; und dennoch entwürdigt und unterdrückt ihn die Gesellschaft allerorten! Es ist die Zeit gekommen, ihn

13 Der Politikwissenschaftler Richard Saage hat in seiner neuesten Publikation den innovativen Beitrag Robespierres zur Demokratietheorie erstmals überzeugend benannt und in die größeren ideengeschichtlichen Kontexte eingeordnet. Richard Saage: *Demokratietheorien im historischen Prozess*. Mit einem einleitenden Essay von Walter Euchner, Wiesbaden 2005.

14 Rousseaus bekannte Sätze finden sich im 1762 erschienenen *Contrat social*: »Der Mensch wird frei geboren, und überall liegt er in Ketten. Mancher hält sich für den Herrn über seine Mitmenschen und ist mehr Sklave als sie.« Quelle: Jean-Jacques Rousseau: *Der Gesellschaftsvertrag*, hrsg. von Werner Bahner, Leipzig 1978, S. 39.

an seine wirkliche Bestimmung zu erinnern; die Entwicklung der menschlichen Vernunft hat diese große Revolution vorbereitet, und die Aufgabe, sie zu beschleunigen, ist ganz besonders euch (den Konventsmitgliedern, A. H.) auferlegt worden.« (408) Robespierres Demokratiekonzeption steht auf zwei Füßen. Erstens war für ihn immer klar, dass in modernen großflächigen Staaten eine direkte Demokratie, wie sie in Athen über einhundert Jahre praktiziert wurde, nicht mehr möglich ist. Daher dachte er gleichsam von »oben«, d. h. er ging von einer Repräsentation der Interessen aus. Zweitens aber gab Robespierre die Idee der direkten Demokratie nicht vollständig auf: Vielmehr verwies er ihre zentrale Funktion der Kontrolle der Repräsentanten in die entstehende bürgerlich-revolutionäre Öffentlichkeit. Das als Nation konstituierte Volk erwählt seine Vertreter und entsendet sie in die Hauptstadt Paris. Gleichzeitig aber, das ist eine eindeutig föderalistische Komponente, setzte Robespierre voll auf die im Zuge der Umstrukturierung der Verwaltung geschaffenen 83 Departements in Frankreich. Diese sollten jene Aufgaben erledigen, die vor Ort besser zu lösen sind. Der Zugang zu allen Ämtern erfolgt ausschließlich auf der Basis der Tugend, d. h. jeder kann wählen und gewählt werden. Die individuelle Stellung der Kandidaten zur Revolution bzw. ihre Beurteilung durch das Wahlvolk ersetzt Stände-, Privilegien- und Vorurteilsstrukturen. Mit dieser Gleichheitsforderung ging Robespierre weit über die Verfassung von 1791 hinaus, die ein striktes Zensuswahlrecht vorsah. Die nie in Kraft getretene Verfassung von 1793, welche maßgeblich von den Jakobinern gestaltet wurde, schrieb Robespierres Vorstellung zum großen Teil fest, zumindest kodifizierte sie in einem bis dahin in Europa einzigartigen Umfang die Prinzipien der Gleichheit und Freiheit, die, wenn man so will, den »Geist« der Verfassung bilden. Nicht umsonst lautete die Forderung der unterdrückten Schichten nach dem Sturz Robespierres und dem Sieg der Bourgeoisie: Brot und die Verfassung von 1793. Wenn es auf dem Weg der Umsetzung der Ideen der Revolution zu Problemen komme, so sei dies nach Robespierre nicht zufällig. Denn sie resultieren schlicht daraus, dass die Menschen, welche das neue System gestalten, noch durch das alte geprägt sind. »Wir haben es schwer, denn wir errichten den Tempel der Freiheit mit Hilfe von Händen, die noch schwach sind von den Ketten der Knechtschaft!« (413) Doch der Mensch kann sich ändern. Mit jedem Tag, den die Revolution fortschreite, werde das Individuum »weiser« und tugendhafter. Hinzu kommt die Rolle des Volkes bei der Verteidigung der Revolution gegen die inneren und äußeren Gegner. Es war der Dritte Stand, der die entscheidenden Schlachten schlug und gewann. Dies vorausgesetzt, und Robespierre verstand sich ja explizit als Sprecher des revolutionären Dritten Standes, kann die Nation Kontrollfunktionen gegenüber den Inhabern der politischen Gewalt übernehmen. »Die Verfassung muss vor allem dazu verwendet werden, die öffentlichen Beamten einer großen Verantwortlichkeit zu unterwerfen, indem sie in ein tatsächliches Abhängigkeitsverhältnis gestellt werden, nicht zu Einzelmenschen, sondern zum Souverän selbst. Wer von den Menschen unabhängig ist, wird sich auch bald von seinen Pflichten lösen: die Strafflosigkeit ist die Mutter und die Hüterin des Verbrechens, und das Volk wird immer versklavt wer-

den, sobald es nicht mehr gefürchtet wird. ... Die ganze Nation hat das Recht, das Verhalten ihrer Beauftragten zu kennen. Wenn es möglich wäre, müsste die Versammlung der Abgeordneten des Volkes in Gegenwart des gesamten Volkes ihre Beratungen abhalten. Ein großes und majestätisches Gebäude, das zwölftausend Zuschauer fasst, sollte der Sitzungsraum der legislativen Körperschaft sein. Unter den Augen einer so großen Anzahl von Zeugen würden weder Korruption noch Intrige noch Verrat sich zu zeigen wagen: nur der allgemeine Wille würde zu Rate gezogen, und nur die Stimme der Vernunft und des allgemeinen Interesses würde gehört.« (422 f.) Das Parlament tagt unter den Augen des Volkes. Mit dieser These hat Robespierre Elemente der Repräsentation und der direkten Demokratie vereinigt. Appellativ greifen die Bürger in die Debatten ein, sanktionieren oder kritisieren jede getroffene Maßnahme, jeden Redebeitrag, jedes Gesetz. Der Revolutionär erscheint in diesem Sinne tatsächlich als Citoyen, als Staatsbürger – im Gegensatz zum Bourgeois, dem Besitzbürger. Damit ist nach Robespierre die moralische Kontrolle der Repräsentanten gewährleistet, die freilich durch physische Maßnahmen unterstützt werden muss: »Sie bestehen in der Bestrafung der öffentlichen Beamten, sofern sie eines Amtsvergehens schuldig geworden sind.« (426) Es soll ein Volkstribunal gegründet werden, vor dem die Verantwortung zu leisten ist und das gleichzeitig die Strafen festlegt. (428) Diese Grundsätze werden durch weitere Maßnahmen ergänzt. Analog zu den Verhältnissen im antiken Athen soll den armen Bürgern ein finanzieller Ausgleich die Teilnahme an den politischen Beratungen ermöglichen, da nur so verhindert werden kann, dass der Gegensatz zwischen Arm und Reich die politischen Geschäfte bestimmt. Denn Robespierre vertrat, im Gegensatz zu Gracchus Babeuf, keine kommunistische Gemeineigentumskonzeption. Vielmehr stehen im Mittelpunkt seiner Theorie die Kleineigentümer. D. h. er ist ein »Mann des Privateigentums«, betont aber gleich Rousseau dessen Sozialpflichtigkeit und setzt obere Grenzen der Akkumulation ebenso fest wie Standardpreise für Grundlebensmittel. Die Institution des Besitzes bleibt freilich unangetastet. »Was nützt es schon, wenn das Gesetz der Rechtsgleichheit heuchlerisch huldigt, wenn das mächtigste aller Gesetze, die Not, den gesündesten und größten Teil des Volkes zwingt, darauf zu verzichten! Das Vaterland hat den Mann, der von seiner Arbeit lebt, zu entschädigen, wenn er den öffentlichen Versammlungen beiwohnt; aus demselben Grunde sollte es alle öffentlichen Beamten in angemessener Weise besolden; die Regeln der Wahl und die Form der Beratungen sollte so einfach und so kurz wie möglich sein; die Versammlungstage sollten auf eine Zeit festgelegt werden, die für den arbeitenden Teil der Nation am bequemsten ist.« (430) Dem korrespondiert die (allerdings nur theoretisch aufgestellte) Freiheit der Meinungsäußerung, die sich gerade im parlamentarischen System zu bewähren habe: Die Rede ist frei. »Im übrigen wiederhole ich, dass das Volk in seinen Versammlungen völlig frei sein muss; die Verfassung kann nur allgemeine Regeln aufstellen, die notwendig sind, um die Intrige zu bannen und die Freiheit selbst zu bewahren; jedes andere Hindernis ist ein Anschlag auf die Souveränität des Volkes. Vor allem keine konstituierte Autorität darf sich jemals in die Ordnung oder in die

Beratungen des Volkes einmischen.« (431) Der Garant dieser Konstruktion ist die reflexive, lobende und strafende, die politischen Ämter und Auszeichnungen verteilende Öffentlichkeit – das souveräne Volk. Es »ist die Stütze der Tugend, die Hüterin der Wahrheit, der Schrecken des Verbrechens und die Geißel der Intrige.« (430 f.) Und an anderer Stelle heißt es: »Wenn das Gesetz das öffentliche Interesse zur Grundlage hat, dann hat es auch das Volk selbst zu seiner Stütze, und seine Macht ist die Macht aller Bürger, deren Werk und Eigentum es ist. Der allgemeine Wille und die öffentliche Macht haben einen gemeinsamen Ursprung. Die öffentliche Macht ist für den politischen Körper, was für den menschlichen Körper die Arme sind, die spontan das ausführen, was der Wille befiehlt, und die jeden Gegenstand zurückstoßen, der das Herz oder den Kopf bedrohen könnte. Wenn die öffentliche Macht den allgemeinen Willen unterstützt, dann ist der Staat frei und friedfertig; wenn sie dem allgemeinen Willen entgegenstrebt, dann ist der Staat geknechtet und von Unruhe erfüllt.« (433)

Im Dezember 1793 hielt Robespierre die Rede *Über die Grundsätze der revolutionären Regierung*, in der er seine Theorie des politischen Terrors entwickelte. Geprägt wurden diese Jahre durch zahlreiche außen- und innenpolitische Krisen. Die Konterrevolution und die royalistischen Bestrebungen waren wieder zur offenen Agitation übergegangen. Der Wohlfahrtsausschuss billigte sich daher das Recht zur Überwachung der Einhaltung der revolutionären Prinzipien zu. Vor diesem historischen Hintergrund und der dadurch geschaffenen neuartigen Situation geht Robespierre davon aus, dass die »Theorie der revolutionären Regierung ebenso neu ist, wie die Revolution, aus der diese Regierung entstanden ist.« (563 f.) Die Freiheit müsse den Bedrohungen standhalten und mit aller Kraft verteidigt werden. »Die Revolution ist der Krieg der Freiheit gegen ihre Feinde; die Verfassung ist die Herrschaft der siegreichen und friedlichen Freiheit.¹⁵ Die revolutionäre Regierung muss daher außerordentlich aktiv sein, denn sie führt einen Krieg. Sie ist nicht einheitlichen und starren Regeln unterworfen, denn die Umstände, in denen sie sich befindet, sind stürmisch und bewegt, und sie ist ständig genötigt, neue und wirksame Kräfte gegen neue und dringende Gefahren zu entfalten.« (564) Die Revolution steht mit ihren Erfordernissen und ihrer permanenten Dynamisierung außerhalb der bekannten Geschichte. Dem Parlament, vor allem aber dem Wohlfahrtsausschuss, kommt die Aufgabe zu, das Land zu festigen und zu stabilisieren, d. h. die Gegner der Revolution zu vernichten. In diesem Sinne ist der Wohlfahrtsausschuss nicht nur der Vollstrecker des Willens des Volkes, bzw. des Allgemeinen Willens (Rousseaus *volonté générale*), er herrscht vielmehr über den Ausnahmezustand. Daher muss auch er von den normalen Sachzwängen und Gesetzen befreit werden. Kurz: Er unterliegt nicht mehr dem mit der Verfassung von 1791 geschaffenen bürgerlichen Rechtsstaat, sondern agiert, verpflichtet der Revolution, im rechtsfreien Raum und mit vermuteter Zustimmung des Volkes. »Wenn die revolutionäre Regierung in ihrer Arbeit aktiver und freier sein muss als die gewöhnliche Regierung, ist sie deshalb weniger gerecht und weniger legitim? Nein, sie stützt sich auf das heiligste aller Gesetze, nämlich auf das Wohl des

15 Robespierre bezieht sich hier auf die Verfassung von 1793. Diese war vom Parlament verabschiedet worden, sollte allerdings erst dann in Kraft treten, wenn der innere und äußere Friede hergestellt ist.

Volkes, und auf die unbestreitbarste aller Vollmachten, nämlich auf die Notwendigkeit. Auch ihre Regeln basieren auf Gerechtigkeit und öffentlicher Ordnung. Mit Anarchie und Unordnung hat sie nichts gemein. Im Gegenteil! Ihr Ziel ist die Beseitigung der Anarchie und der Unordnung, um die Herrschaft der Gesetze herbeizuführen und zu festigen. Sie hat nichts mit Willkür gemein, denn es sind keine persönlichen Leidenschaften, die sie leiten sollen, sondern das öffentliche Interesse.« (566) Der Wohlfahrtsausschuss, so die Forderung Robespierres, soll mit dementsprechenden Sondervollmachten ausgestattet werden. Neben beschleunigten politischen Verfahren gegen die »Feinde der Revolution« ist aber auch eine Belohnung der »Verteidiger des Vaterlandes« vorgesehen. (578 ff.) Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir diese Sondergerichtsbarkeit, die in der Tat ausschließlich nach politisch-ideologischen Gegebenheiten verfährt, mit der Situation des Ancien Régime vergleichen. Denn auch im absolutistischen Frankreich hatten die herrschenden Schichten das Recht, mit Hilfe der so genannten *lettre de cachet* jedes Mitglied des Dritten Standes ohne Anklageschrift verhaften zu lassen. Der Zweck, so können wir Robespierre interpretieren, heiligt die Mittel. Und ersterer besteht in der Durchsetzung der Prinzipien der Natur (Gleichheit und Freiheit), d. h. in der Verwirklichung der Gerechtigkeit. »Welches Ziel streben wir an? Wir wollen den friedlichen Genuss der Freiheit und der Gleichheit; die Herrschaft jener ewigen Gerechtigkeit, deren Gesetze nicht in Marmor und nicht in Stein, sondern in die Herzen aller Menschen eingeschrieben sind, auch in das Herz des Sklaven, der sie vergisst, und in das Herz des Tyrannen, der sie leugnet.« (584) Das revolutionäre Volk von Frankreich erscheint in diesem Sinne als Erfüller der Geschichte und der Vernunft. Damit kommt ihm nicht nur eine Vorreiterrolle in der Historie der Menschheit zu, wie bereits Constantin-François Volney in seinem Buch *Les Ruines* betonte,¹⁶ sondern es ist selbst Teil der »ewig« gültigen Gesetze – als Vollstrecker der Stimme der Natur: »Wir wollen in unserem Lande die Moral gegen den Egoismus, die Rechtchaffenheit gegen die Ehre, die Grundsätze gegen die Gewohnheiten, die Pflicht gegen die Höflichkeit, die Herrschaft der Vernunft gegen die Tyrannei der Mode, die Verachtung des Lasters gegen die Verachtung des Unglücks, den Stolz gegen die Unverschämtheit, die Seelengröße gegen die Eitelkeit, die Liebe zum Ruhm gegen die Liebe zum Geld, die guten Menschen gegen die gute Gesellschaft, den Verdienst gegen die Intrige, das Genie gegen den Schöngest, die Wahrheit gegen den Schein, den Reiz des Glücks gegen die Langleweiligkeit der Wollust, die Größe des Menschen gegen die Kleinmütigkeit der Großen, ein großherziges, mächtiges und glückliches Volk gegen ein bloß liebenswürdiges, leichtfertiges und beklagenswertes Volk eintauschen, das heißt, alle Tugenden und alle Wunder der Republik gegen alle Laster und alle Lächerlichkeit der Monarchie. Mit einem Wort: wir wollen den Willen der Natur erfüllen, das Schicksal der Menschheit vollenden, das Versprechen der Philosophie halten und die Vorsehung von der langen Herrschaft des Verbrechens und der Tyrannei befreien.« (585) Damit hat Robespierre die Prinzipien seiner Terrorkonzeption benannt. Sie lässt sich nicht nur direkt aus den Überlegungen zur Demokratie ableiten. Darüber hinaus stellt sie

16 Constantin-François Volney: *Die Ruinen*. Aus dem Französischen des Herrn von Volney mit einer Vorrede von Georg Forster, Leipzig, Berlin 1795. Der Übersetzer ist der bekannte Weltreisende und Jakobiner Georg Forster, der als Deputierter der Mainzer Republik in Frankreich war.

die entscheidende Vorbedingung zur Verwirklichung der Demokratie bzw. der demokratischen Republik dar. Durch die Verbindung von Tugend und Terror, d. h. von der Einsetzung des Terrors als radikalem Mittel zur Vollstreckung der Tugend wird der Verlauf der Revolution maßgeblich beeinflusst. »Wenn in friedlichen Zeiten der Kraftquell der Volksregierung die Tugend ist, so sind es in Zeiten der Revolution Tugend und Terror zusammen. Ohne die Tugend ist der Terror verhängnisvoll, ohne den Terror ist die Tugend machtlos. Der Terror ist nichts anderes als die unmittelbare, strenge und unbeugsame Gerechtigkeit; er ist also eine Emanation der Tugend; er ist nicht so sehr ein besonderer Grundsatz als vielmehr die Folge des allgemeinen Grundsatzes der Demokratie, angewandt auf die dringendsten Bedürfnisse des Vaterlandes.« (594)

Abschließend ist zu fragen, welchen Stellenwert die Theorien der französischen Aufklärung im Denken Robespierres hatten. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass er die herrschenden Trends der Epoche um 1750 zurückwies. Hierzu gehört seine Kritik des Atheismus ebenso wie die der materialistischen Philosophie. Motiviert wurde diese Ablehnung sicherlich durch das Verhalten der Aufklärer in der Revolution selbst. Es waren nur einige wenige Vertreter der »großen« Aufklärer, die den Ausbruch der Revolution erlebten. Erst kürzlich gelang es der Forschung erstmals, den Nachweis zu erbringen, dass noch nicht einmal zehn französische Aufklärer (von über 820 Personen) der Zeit um 1750 den Ausbruch der Revolution begrüßten.¹⁷ Weitaus einflussreicher waren aber die Gegenstimmen, die sich Gehör verschafften, und die deutlich zeigen (allen Vorurteilen der konservativen Forschung zum Trotz), dass die letzten lebenden Aufklärer der Jahrhundertmitte auf Distanz zur Revolution gingen. Exemplarisch erwähnt sei hier kurz der bekannte französische Philosoph und Theoretiker Guillaume-Thomas-François Raynal. Dieser gehörte in den 70er und 80er Jahren des 18. Jahrhunderts zu den radikalen Aufklärern und verfasste am 31. Mai 1791 einen Brief (*Lettre à l'Assemblée Nationale*) an den Präsidenten der Nationalversammlung, in dem er gegen die Revolution argumentierte, d. h. er wendete sich vor allem gegen die Zurückdrängung der Person des Königs, die Enteignung der Kirchengüter und den zunehmenden Einfluss politischer Fraktionen bzw. Klubs (z. B. der Jakobiner). Daraufhin überführten die Jakobiner, die bis zu diesem Zeitpunkt auf seine Werke rekurriert hatten, seine Büste vom Parlamentsgebäude in ein Irrenhaus.¹⁸ Auffällig ist auch, dass Robespierre nicht nur die bereits erwähnte Aufklärungsepoche kritisierte, sondern auch seine eigene Generation, die knapp 20 Jahre später (ca. um 1770) zu wirken begann.¹⁹ Wir müssen jedoch noch weiter differenzieren. Könnte es nicht sein, dass Robespierre zwar die Theorien der Aufklärung zurückwies, aber dennoch an ihnen partizipierte? Doch auch diese Vermutung ist zurückzuweisen: »Einsichtige Beobachter konnten schon lange einige Symptome der augenblicklichen Revolution erkennen. Alle bedeutenden Ereignisse wiesen auf diese Revolution hin; sogar die Hintergründe bestimmter Ereignisse, die einiges Aufsehen erregten, hingen schon mit einer politischen Intrige zusammen. Die renommierten Literaten begannen kraft ihres Einflusses auf die öffentliche Meinung auch einigen Einfluss auf die Politik zu

17 Vgl. zur Französischen Aufklärung die beiden Bücher: Andreas Heyer: Die Französische Aufklärung um 1750. Band 1: Die Diskurse der Jahrhundertmitte zwischen Tradition und Innovation. Band 2: Bio-Bibliographisches Handbuch, Berlin 2005.

18 Ebenda, Band 2, S. 267 f.

19 Aufgearbeitet ist die Sozial- und Mentalitätsgeschichte dieser Generation bei Robert Darnton: *Bohème littéraire et révolution. Le monde des livres au XVIIIe siècle*, Paris 1983.

gewinnen. Die Ehrgeizigsten unter ihnen bildeten von da an auch eine Art Koalition, die ihre Bedeutung noch vergrößerte; sie schienen in zwei Gruppen geteilt, von denen die eine starrsinnig die Geistlichkeit und den Despotismus verteidigte. Die mächtigere und berühmtere war unter dem Namen der Enzyklopädisten bekannt. Einige achtbare Männer und eine größere Anzahl von ehrgeizigen Scharlatanen gehörten ihr an. Mehrere ihrer Führer wurden bedeutende Persönlichkeiten im Staat. Wer ihren Einfluss und ihre Politik übersehen würde, hätte keine vollständige Vorstellung von den Vorläufern unserer Revolution.« (679 f.) Robespierre anerkennt die Vertreter der französischen Aufklärer in ihrer Funktion der Zersetzung des Ancien Régime. Mit den Autoren der *Encyclopédie* verweist er in der Tat auf eine der bedeutendsten personalen Koalitionen der damaligen Zeit, arbeiteten an dem Kompendium doch zahlreiche Aufklärer mit. Ja, es war, wie der Wissenschaftler Robert Darnton eindeutig herausstellte, das wahrscheinlich einflussreichste und meistverkaufteste Werk des 18. Jahrhunderts. Immerhin wurden von der mindestens sechzehnbandigen Ausgabe über 24 000 Exemplare umgesetzt.²⁰ Robespierre blieb aber nicht bei dieser Beobachtung stehen. Vielmehr thematisierte er die Aufklärer eben auch in ihrem Versuch, Einfluss und Macht an den Höfen zu gewinnen, dem nur wenige widerstanden.²¹ »Diese Gruppe wurde den Rechten des Volkes in politischer Hinsicht niemals gerecht; in ihrer Moral gingen sie weit über die Zerstörung der religiösen Vorurteile hinaus. Ihre wichtigsten Vertreter polemisierten manchmal gegen den Despotismus, wurden aber von den Despoten bezahlt; bald schrieben sie Bücher gegen den Hof und bald Widmungen für die Könige, Reden für die Höflinge und Madrigale für die Hofdamen; in ihren Schriften waren sie hochmütig, in den Vorzimmern dagegen kriecherisch.« (680) Einen Philosophen nahm Robespierre von dieser Kritik freilich aus: Jean-Jacques Rousseau. Dabei berief er sich vor allem auf dessen 1762 erschienene Werke *Émile* und *Contrat social*. In der Tat sind die Übereinstimmungen zwischen beiden fundamental.²² So lässt sich Robespierres Konzept einer halbbürgerlichen Natur- bzw. Zivilreligion auf Rousseaus *Glaubensbekenntnis eines savoyischen Vikars* (im *Émile*) zurückführen. Und auch ihre politischen Programme weisen eindeutige Parallelen auf. Beide waren Vertreter einer Eigentumskonzeption, die auf den kleinen Besitz setzte und Luxus sowie Modeerscheinungen diskreditierte. Die Gleichheit sollte aber eher auf dem Gebiet der Demokratie verwirklicht werden, an der jeder – ohne Unterschied nach Besitz, Klasse oder Stand – teilhaben konnte. Die Basis beider Demokratiekonzeptionen ist der kleinbürgerliche Eigentümer in seiner politischen Gestalt als Citoyen. Dem entspricht jeweils die Annahme einer herzustellenden Homogenität der Interessen, die sich in der so genannten *volonté générale* niederschlägt. Damit ist der Allgemeine Wille gemeint. Eine Instanz, die a priori und vor jeder Beratung oder Diskussion als Gesetz der Natur die Wahrheit verkörpert. Hier ist nun freilich ein wichtiger Unterschied zu suchen. Für Rousseau war die *volonté générale* eher ein metaphysisches Prinzip, eine Annahme, die, wenn überhaupt, dann nur als »Stimme der Natur« zum Ausdruck kommen könne. Robespierre aber verstand sie als Willen und direkte Äuße-

20 Ders.: Glänzende Geschäfte. Die Verbreitung von Diderots *Encyclopédie* oder Wie verkauft man Wissen mit Gewinn, Frankfurt a. M. 1998.

21 Zahlreiche französische Aufklärer konspirierten in der Tat mit den absolutistischen Staaten des 18. Jahrhunderts oder bereicherten sich sogar über deren Institutionen sowie auf der Basis von Vorteilen und Privilegien. Hierzu gehören Montesquieu, Voltaire, Holbach, Helvétius, Raynal, Condillac, Grimm und andere. Insgesamt wurden knapp 95 Prozent der französischen Aufklärer direkt oder indirekt vom Staat finanziert. Diesem, oftmals korrumpierenden, Spiel mit der Macht widerstanden aber zwei bekannte Aufklärer: Jean-Jacques Rousseau und (nach einigen Umwegen) Denis Diderot.

22 Vgl. zu diesem Themenkomplex die neueste Publikation von Richard Saage, Andreas Heyer: Rousseaus Stellung zum utopischen Diskurs der Neuzeit, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jahrgang 46, Heft 3.

rung des Volkes. Diesen Volkswillen hatte Rousseau jedoch eindeutig vom Allgemeinen Willen unterschieden. Es ist heute nicht mehr zu beurteilen, ob Robespierre diese Differenz gesehen hat oder gar bewusst in Kauf nahm. Was bleibt, ist sein explizites und in seinem Werk in dieser Form einzigartiges Lob Rousseaus: »Unter jenen Männern, die sich in der Zeit, von der ich spreche, in der Literatur und in der Philosophie auszeichneten, hat sich ein Mann durch seine Seelengröße und seinen bedeutenden Charakter würdig gezeigt, Lehrer des Menschengeschlechts zu sein. Mit aller Offenheit griff er die Tyrannei an; mit Begeisterung sprach er von der Gottheit; seine männliche und biedere Beredsamkeit zeichnete die Reize der Tugend in leuchtenden Farben und verteidigte jene tröstlichen Lehren, die die Vernunft dem menschlichen Herzen als Stütze gibt. Die Reinheit seiner Lehre, die aus der Natur und dem tiefen Hass gegen das Laster entsprang, wie auch seine unüberwindliche Verachtung für die intrigierenden Sophisten, die sich anmaßten, Philosophen zu sein, zog ihm den Hass und die Verfolgung durch seine Rivalen und falschen Freunde zu. Ach, wenn er Zeuge dieser Revolution hätte sein können, deren Vorläufer er war, und die ihn zum Panthéon geführt hat. Wer könnte daran zweifeln, dass seine edle Seele mit Begeisterung die Sache der Gerechtigkeit und der Freiheit vertreten hätte!« (681 f.)

Die Beschäftigung mit Personen wie Robespierre, Babeuf, Condorcet oder den zeitgenössischen konservativen Kritikern a la Edmund Burke und Friedrich Gentz besitzt eine eindeutig moderne Dimension. Der französische Historiker François Furet hat in diesem Sinne nicht nur die Unterschiede zwischen der Französischen und der Russischen Revolution betont, sondern auch auf eine wichtige Gemeinsamkeit verwiesen: »1920 sind die Bolschewiki noch auf seiten Robespierres: Wenn, als Ereignis, die Revolution nur ein Verlauf sein kann, ohne jemals zu einem Ende zu gelangen, dann müsste man doch sehen, dass sie, die Bolschewiki, den revolutionären Geist gegen ihre inneren und äußeren Feinde weitertragen. Die Französische Revolution von 1793 hatte ebenfalls beabsichtigt, die Versprechungen demokratischer Gleichheit zu halten, vom Politischen zum Sozialen fortzuschreiten, eine Gesellschaft zu schaffen, in der das Individuum mit seinen Interessen und egoistischen Bedürfnissen den Platz freimacht für den wiedergeborenen Citoyen, den einzigen legitimen Akteur des Gesellschaftsvertrages. Diese Absicht war die einzige Rechtfertigung für ihre Macht gewesen, aber was für eine Rechtfertigung! Eine über jede Kritik erhabene, sich selbst genügende, die jede Verfassung aussticht. Von dort hatte Lenin sein Erbe angetreten, das ihn sofort in Widerstreit mit seinen Feinden brachte. An diesem Punkt befand er sich wie die Franzosen des Jahres 1793 in der revolutionären Situation schlechthin, ganz besessen von der Leidenschaft, die nicht endende Befreiung des Menschen durchzuführen, und bedroht von denjenigen, die sie im Gegensatz zu ihm aufhalten oder einfach nur hinauszögern wollten.«²³ Wer sich heute mit der Französischen Revolution beschäftigt, dem geht es immer auch um die Frage des menschlichen Selbstbewusstseins, um die Frage von individueller Selbstbestimmung oder holistischer Fremdbestimmung. Für die Konservativen ist die Sache klar: Robespierre,

23 François Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München, Zürich 1998, S. 109 f.

Lenin, Stalin oder andere gingen mittels Terror, Mord und Gewalt daran, ihre als abstrakt stigmatisierten Ideen von Gleichberechtigung und Freiheit in die Realität umzusetzen. Dies sei schlecht und falsch, da vernachlässigt werde, dass die Menschen ungleich wären, formulierte doch bereits Aristoteles, dass die einen zum Herrschen und die anderen zum Beherrscht werden geboren seien. Dass es eine moralische Dimension gibt, werden sie immer verleugnen. Und auch einen anderen Fakt unterschlagen sie mit der Arroganz der angeblichen Wahrheit: Der ganze Jakobinische Terror hat weniger Tote gefordert (ca. 15 000) als an einem einzigen Tag in einer Napoleonischen Schlacht starben. Aber, sagen die Konservativen, Mord bleibt Mord. Und genau da haben sie, die die Menschheit in einen Krieg nach dem anderen trieben, tatsächlich recht. Dieses Urteil aber verpflichtet die »Linke«. Sie muss sich zu ihrer Tradition bekennen. Auch Robespierre und die Jakobiner gehören zu diesem Erbe. Wer bereit ist, genau diese zu tragen, der ist der Wahrheit näher als so manch anderer. Robespierres Theorie des Terrors und die tägliche Politik in der von ihm bestimmten Phase der Französischen Revolution gehören zu den dunklen Augenblicken der Menschheitsgeschichte. Seine Demokratietheorie aber, seine Überlegungen zur Gleichheit und Freiheit, sind es wert, dass man sich mit ihnen positiv und abseits ideologischer Schranken auseinandersetzt. Robespierre und die Jakobiner versuchten, das muss immer mitgedacht werden, die Verwirklichung der Prinzipien von Gleichheit und Freiheit in einer historischen Situation, die kaum mehr kannte als Stände, Privilegien, Vorurteile. Es ist, dies sehen wir heute, so, dass der Zweck nie die Mittel bestimmen darf, aber es gibt eben doch historische Einschnitte, an denen die Ziele der allgemeinen Menschheitsentwicklung neu definiert werden – in einem emanzipatorisch nach »vorn« reichenden Akt.

ULRICH BUSCH

Schlaraffenland – eine linke Utopie?

Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens

Das Märchen vom Schlaraffenland gehört zu den populärsten Stücken europäischer Volksdichtung. Es findet sich in den Lügen- und Narrengeschichten des Mittelalters wie in der Kinder- und Märchenliteratur des 19. Jahrhunderts. Seine heutige Kenntnis geht zumeist auf die Fassung Ludwig Bechsteins (1845)¹ zurück, die sich wiederum auf ein Lied aus dem 17. Jahrhundert stützt, welches August Heinrich Hoffmann von Fallersleben 1836 neu ediert hatte. Schlaraffenland erscheint hier als ein *Ort der Faulheit, des Überflusses und des exzessiven Konsums*. In den Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm (1812/1815) ist es ein *Ort der verkehrten Welt*, ein Land, worin die Prinzipien des normalen Lebens aufgehoben und in ihr Gegenteil verkehrt sind.²

Beide Aspekte sind bemerkenswert und für die aktuelle Rezeption von Bedeutung. Allerdings verdeckt die romantische Darbietung des Stoffes als »einfältige Kinder-Fabel«³ dessen originären Charakter als *soziale Utopie*. Im Unterschied zu »Dornröschen« oder »Rumpelstilzchen« handelt es sich bei »Schlaraffenland« seinem Ursprung nach nicht um ein Volksmärchen, sondern um eine in Europa weit verbreitete, ziemlich populäre Utopie. Als »Traum vom süßen Nichtstun« und Wunschbild einer »Welt ohne Arbeit und Plackerei«⁴ hat die Geschichte vom Schlaraffenland die Jahrhunderte überdauert und dabei nichts von ihrer Anziehungskraft verloren, so daß manches Zukunftsprogramm und Reformkonzept ihr auch heute noch seine tragende Idee verdankt.

So lebt die Utopie vom »guten Leben ohne Arbeit« im Existenzgeld, Bürgergeld, Grundeinkommen usw. fort und ist damit aktueller denn je.

Arbeit und Konsum

Die Schlaraffenland-Idee entstammt dem ausgehenden Mittelalter.⁵ Als *plebejische Utopie* hedonistischen Zuschnitts verkörperte sie für die arme Landbevölkerung und die städtischen Unterschichten an der Schwelle zur Neuzeit das radikale Wunschbild einer den bestehenden Verhältnissen entgegengesetzten Welt. Zugleich trägt sie nostalgische, die mittelalterliche Subsistenzwirtschaft sowie Freizeit- und Konsumgesellschaft verklärende Züge und stand insofern quer zu der auf Arbeit und Akkumulation ausgerichteten frühbürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. »Im Schlaraffenland«, schrieb Ernst Bloch, sind »alle Menschen gleich, nämlich gut dran, es gibt weder Mühe noch Arbeit. Gebratene Tauben fliegen ins Maul, jede Taube auf dem

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Bankkaufmann, Finanzwissenschaftler, zahlreiche Veröffentlichungen zur Wirtschaftstheorie und -politik, zuletzt in UTOPIE kreativ: 15 Jahre Währungsunion. Ein kritischer Rückblick, Heft 177/178 (Juli/August 2005).

1 Ludwig Bechstein: Märchen (1845). Vollständige Ausgabe, Berlin 1985, S. 240-245.

2 Die Märchen der Brüder Grimm (1812/15). Vollständige Ausgabe, Berlin 1984, S. 618 f.

3 Dieter Richter: Schlaraffenland. Geschichte einer populären Utopie, Frankfurt a. M. 1995, S. 95.

4 Vgl. Herman Pleij: Der Traum vom Schlaraffenland,

Dach ist bereits wie eine in der Hand, alle Dinge und alle Träume sind als Gebrauchsgüter zur Hand.«⁶ – Drastischer läßt sich der Gegensatz zur tatsächlichen Notlage im Alltag des Volkes während der Zeit der »ursprünglichen Akkumulation« kaum beschreiben. »Schlaraffenland« repräsentiert gegenüber der realen Welt so etwas wie eine *Gegenwelt*. Es steht für ein *anderes* Verhältnis zur Natur, eine *andere* Ökonomie und eine *andere* Moral, als die spätf feudale Ständegesellschaft und die frühkapitalistische Wirtschafts- und Sozialordnung sie verkörperten und die Kirche sie propagierte.

Ihren heftigsten Widerpart besitzt die Schlaraffenland-Idee im Arbeitsethos der christlichen Klöster (»Ora et labora«) und der protestantischen Sekten, welche die Arbeit zum obersten Gebot erklärten, zum »von Gott vorgeschriebenen *Selbstzweck* des Lebens überhaupt«.⁷ Die Kehrseite zur Aufwertung der Arbeit und ihrer Verabsolutierung als Lebensinhalt bildet die Askese. Jegliche Muße wird als »Sünde« gebrandmarkt und jeder über die bloße Existenzsicherung hinausgehende Verbrauch gilt als Luxus und Verschwendung. Der Konsum wird als Verfaulung negiert und ebenso wie die arbeitsfreie Zeit auf das existentiell notwendige Minimum reduziert.⁸ »Leben um zu arbeiten« lautet hinfort die Devise.⁹

Mit der Konstituierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft vollzieht sich ein Wandel im Arbeitsregime: die für vorkapitalistische Gesellschaften typische »Disziplin des Stocks« wird abgelöst durch die »Disziplin des Hungers«, der direkte Arbeitszwang ersetzt durch indirekten, ökonomischen Zwang. Danach besitzt der Arbeiter *formal* zwar die Freiheit, einer Arbeit nachzugehen oder auch nicht, *de facto* aber ist er dazu gezwungen, da seine Existenz vom Lohn der Arbeit abhängt. »Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen«, mit dieser Forderung des Apostel Paulus¹⁰ wird nun ernst gemacht, zumindest für die besitzlosen Klassen. Das Bibelwort wird zur Handlungsmaxime für die kapitalistische Arbeitsgesellschaft. Aber nicht nur das: Es ist zugleich das *Grundprinzip* der sozialistischen Gesellschaft.¹¹ Nur daß hier »gleicher Arbeitszwang für alle« herrscht,¹² das Privileg der Kapitaleigentümer, andere für sich arbeiten zu lassen, also aufgehoben ist und der »allgemeine Arbeitszwang« mit einer »gerechten Verteilung« verbunden wird. Das Maß der Verteilung ist jedoch die *Arbeit*, wobei »gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht«¹³ wird, gewissermaßen also Äquivalenz herrscht. Dies sichert, daß die Ungleichheit im Verbrauch der Ungleichheit in der Arbeit entspricht.

Daß die geistigen Väter des Sozialismus weder die Arbeit abschaffen wollten noch eine »allgemeine Faulheit« dulden würden¹⁴, hat besonders August Bebel unterstrichen. Er schrieb: »Sobald die Gesellschaft im Besitz aller Arbeitsmittel sich befindet, *wird die Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen, ohne Unterschied des Geschlechts Grundgesetz* (...) Die Gesellschaft kann ohne Arbeit nicht existieren. Sie hat also das Recht, zu fordern, daß jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will, auch nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten an der Herstellung der Gegenstände zur Befriedigung der Bedürfnisse aller tätig ist (...) Der Sozialismus stimmt mit der Bibel darin überein, wenn diese sagt: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Aber die Arbeit soll auch nützliche, produktive

Frankfurt a. M. 2000, S. 7, 22.

5 Natürlich hat auch diese Idee ihre Vorgeschichte, die mehr als 6 000 Jahre zurückreicht. Sie umfaßt das »Goldene Zeitalter« Hesiods ebenso wie das »Paradies« des Alten Testaments (vgl. Richter, a. a. O., S. 17 ff.).

6 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt a. M. 1985, S. 548.

7 Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, Tübingen 1988, S. 171.

8 »Die innerweltliche protestantische Askese ... wirkte also mit voller Wucht gegen den unbefangenen Genuß des Besitzes, sie schnürte die Konsumtion, speziell die Luxuskonsumtion, ein.« (Ebenda, S. 190)

9 Der Herrnhuter Theologe Nikolai Ludwig Zinzendorf (1700-1760) schrieb: »Man arbeitet nicht allein, daß man lebt, sondern man lebt um der Arbeit willen, und wenn man nichts mehr zu arbeiten hat, so leidet man oder entschläft.« (Zitiert bei Weber, a. a. O., S. 171).

10 Paulus hatte um 50 gefordert: »So jemand nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen.« (2. Brief an die Thessalonicher, 3.10)

11 »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen«, schrieb W. I. Lenin 1917 in Staat und Revolution (Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 481). 1918 fügte er hinzu: »In dieser einfachen, überaus einfachen und offenkundigen Wahrheit liegt der Grundgedanke des Sozialis-

mus, die unerschöpfliche Quelle seiner Kraft ...« (W. I. Lenin: Über die Hungersnot, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1974, S. 386)

12 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd 4, Berlin 1980, S. 481.

13 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, Berlin 1987, S. 20.

14 Im Kommunistischen Manifest (1848) setzen sich Marx und Engels mit der Auffassung auseinander, »mit der Aufhebung des Privateigentums werde alle Tätigkeit aufgehoben und eine allgemeine Faulheit einreißen.« (MEW, Bd. 4, a. a. O., S. 477)

15 August Bebel: Die Frau und der Sozialismus (1878), Berlin 1950, S. 471.

16 W. I. Lenin: Staat und Revolution, a. a. O., S. 480.

17 Vgl. Karl Marx: Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, S. 626 ff.; Das Kapital. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, Berlin 1968, S. 884 ff.

18 Friedrich Engels: Brief an Conrad Schmidt vom 5. August 1890, in: MEW, Bd. 37, Berlin 1978, S. 436.

19 Marx läßt keinen Zweifel daran, daß die Produktion »immer ein Reich der Notwendigkeit« bleiben wird. Er schreibt: »Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Not-

Tätigkeit sein (...) *Ohne Arbeit kein Genuß, keine Arbeit ohne Genuß.*«¹⁵

Dem entspricht eine Verteilungsweise der Konsumgüter »nach der Arbeitsleistung« und »nicht nach den Bedürfnissen«, wie Lenin, unter Berufung auf Marx, ausdrücklich hervorhob.¹⁶ Dies impliziert die Existenz von Unterschieden in der Gesellschaft, bewirkt deren ökonomische und soziale Differenzierung. Unterschiede im Reichtum, und zwar »ungerechte Unterschiede«, blieben also bestehen und die Unabhängigkeit des Konsums von der Arbeit bliebe vorerst ein »Traum«. Dies ändere sich erst, so Marx, Engels, Bebel, Kautsky, Lenin und die ganze bisherige Linke, wenn ein Niveau der Produktion erreicht ist, das es erlaubt, aber auch erfordert, den Konsum des einzelnen von seiner Arbeitsleistung abzukoppeln. Gradmesser dafür sind der Stand der Arbeitsproduktivität und der Umfang des gesellschaftlichen Reichtums. Volkswirtschaftlich aber bliebe der Zusammenhang gleichwohl gewahrt, denn auch eine noch so produktive und reiche Gesellschaft kann auf Dauer nicht mehr verbrauchen als sie produziert. Der Modus der Verteilung folgt dem der Produktion.¹⁷ Er hängt aber auch davon ab, »wieviel zu verteilen ist«¹⁸. Er ist also vollständig determiniert durch die Produktion – deren Verhältnisse, Struktur, Niveau, Ergiebigkeit und Resultat.

Die Aufhebung des Leistungsprinzips und seine Ersetzung durch das Prinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« hat darüber hinaus zwei Bedingungen zur Voraussetzung: *Erstens* die Entwicklung der Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis. Und *zweitens* die Begrenzung des Konsums auf ein vernünftiges Maß. Beides ist primär keine Frage des Bewußtseins, wie so oft behauptet, sondern ebenfalls eine Frage der Entwicklung der Produktion: Mit der Produktivität verändert sich der Inhalt der Arbeit. Mühsal und Qual nehmen ab, Schöpfertum und Kreativität gewinnen an Bedeutung, so daß die Arbeit zur wichtigsten Determinante menschlicher Selbstverwirklichung wird.

Diese Tendenz darf jedoch nicht verabsolutiert werden. Denn weder verliert die Arbeit ihren Charakter als »Notwendigkeit«¹⁹, wird »bloßer Spaß«, »bloßes amusement«²⁰, noch büßt die »freie Zeit«, die außer Konsum auch »Mußzeit« und »Zeit für höhere Tätigkeit« ist,²¹ ihren Charakter als »Genuß« ein. Das Lebensideal, das hier entworfen wird, ist ein *aktives* Leben, im Sinne der freien, schöpferischen und selbstbestimmten Anwendung der menschlichen Kräfte, gerichtet auf »die volle Entwicklung des Individuums, die selbst wieder als die größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit«²². Es ist ein Leben, in dem »konsumorientierte Aktivitäten zurückgedrängt werden« und stattdessen »die aktive Betätigung menschlicher Fähigkeiten« dominiert.²³ – »Die Arbeit ist alles«, schrieb Marx,²⁴ Grundlage des menschlichen Lebens als auch Grundbedingung der Menschwerdung und des Menschseins selbst.²⁵ Das Gesellschaftsmodell, das hier angestrebt wird, ist also keine die Arbeit vernachlässigende Freizeit- und Konsumgesellschaft, *kein* Schlaraffenland, sondern eine auf Schöpferkraft und Leistung basierende *Arbeitsgesellschaft*, deren Produktivität es erlaubt, daß jeder entsprechend seinen Fähigkeiten tätig ist und entsprechend seinen Bedürfnissen am gesellschaftlichen Reichtum partizipiert.

Ein »neues Wort« für ein »altes Projekt«?

Wie jede Utopie, so versinnbildlicht auch die kommunistische Idee der Verteilung der Konsumtionsmittel nach den Bedürfnissen die Vision einer Welt, die der bestehenden Ordnung nicht nur ideell entgegengesetzt wird, sondern die zugleich danach trachtet, wenigstens in Ansätzen verwirklicht zu werden. Dies scheitert gegenwärtig jedoch an den sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, am Kapitaleigentum, an der Geldwirtschaft, am Charakter der Arbeit als Erwerbs- und Lohnarbeit, welche sich nicht ohne weiteres verändern lassen. Die Reform der Verteilungsweise wird daher zunächst im Rahmen der bestehenden Gesellschaft angedacht. Dies bleibt jedoch nicht ohne Folgen. Es kommt zu einer Modifizierung der Idee, einer Abänderung des Programms, seiner Anpassung und Umformulierung – bis hin zur Verkehrung ins Gegenteil. So wird aus der postkapitalistischen Utopie einer freien Arbeitsgesellschaft aktuell die Forderung nach einer von der Arbeit befreiten Konsumgesellschaft, einem modernen *Schlaraffenland*. Popularisiert wird dieses Programm freilich unter weniger entlarvenden Namen: als Existenzgeld, Bürgergeld, Konsumgeld, Sozialeinkommen, Sozialdividende, garantiertes und bedingungsloses Grundeinkommen.²⁶ Dabei geht es den Protagonisten keineswegs nur um »ein neues Wort« für ein »altes Projekt«²⁷, sondern, wie noch zu zeigen sein wird, durchaus um ein *anderes* Projekt. Es sind vor allem zwei Gründe, die derartige Konzepte heute auf die Agenda alternativer Gruppen und Akteure setzen:

Zum einen das in der westlichen Welt erreichte Niveau der Arbeitsproduktivität, wie es sich im Lebensstandard der kapitalistischen Metropolen und im Umfang des verteilbaren Reichtums niederschlägt, aber auch im Ausmaß der Verschwendung und des parasitären Konsums der herrschenden Klassen. Der Produktivitätszuwachs der vergangenen Jahrzehnte, so die Argumentation, habe genügend Spielraum geschaffen, um zu einer *grundlegend anderen* Verteilungs- und Lebensweise überzugehen, als der kapitalistische Marktmechanismus sie praktiziere. Deren Kernstück wäre ein *garantiertes Grundeinkommen* für jeden, »ausreichend zur Existenzsicherung, ohne Arbeitszwang und unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand«²⁸.

Als *zweiter* Grund wird das wachsende Arbeitsplatzdefizit in der Welt angeführt, das »Ende der Arbeit«, wie Jeremy Rifkin es nennt bzw. die »Krise der Arbeitsgesellschaft«, der »Kapitalismus ohne Arbeit« (Ulrich Beck), »Die arbeitslose Gesellschaft« (Gero Jenner), wie Soziologen den Rückgang der Nachfrage nach Arbeit begrifflich umschreiben. Ersterer Grund mache die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens möglich, letzterer erzwingen sie geradezu. Quasi als letztes Mittel, um die Spaltung der Gesellschaft in Erwerbstätige und Erwerbslose, gesellschaftlich Integrierte und Ausgeschlossene aufzuhalten und umzukehren.

In der Tat ist das Tempo der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität in den letzten Jahrzehnten atemberaubend. Auch hat sich das Muster des technischen Fortschritts grundlegend gewandelt: Wurden früher durch Rationalisierung Arbeitskräfte eingespart, infolge extensiven Wachstums gleichzeitig aber auch neue Stellen geschaffen, wodurch die Beschäftigung insgesamt kräftig zu-

wendigkeit als seiner Basis aufblühen kann.« (Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, a. a. O., S. 828)

20 Karl Marx: Grundrisse. der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, Berlin 1983, S. 512.

21 Karl Marx: Grundrisse ..., a. a. O., S. 607.

22 Ebenda.

23 »Entscheidend für die menschliche Zufriedenheit sind weniger die Aspekte des materiellen Konsums, sondern vielmehr Qualität und Inhalte der individuellen Tätigkeiten.« (Thieß Petersen: Phönix aus der Asche. Über die Mißverständnisse einer Marx-Interpretation, in: Berliner Debatte Initial, 8 (1997) 5, S. 107)

24 Karl Marx: Theorien über den Mehrwert. Dritter Teil, in: MEW, Bd. 26.3., Berlin 1974, S. 256.

25 Vgl. Friedrich Engels: Dialektik der Natur, in: MEW, Bd. 20, Berlin 1962, S. 444 ff.

26 Die Begriffe werden synonym verwendet, auch wenn sie hinsichtlich Begründung, Ausgestaltung und Wirkungsweise unterschiedlichen Konzepten folgen. Worauf es hier allein ankommt, ist, daß ihre Gewährung unabhängig von der Arbeitsleistung der Empfänger erfolgt. Die weitere Untersuchung konzentriert sich auf das bedingungslose Grundeinkommen als der gegenwärtig meist diskutierten Kategorie. Vgl. www.grundeinkommen.de, www.basicincome.org, www.FreiheitStattVollbeschaeftigung.de u. a.

27 Frieder Dittmar: Politik ohne festen Boden unter den Füßen. Möglichkeiten und Grenzen der Existenzgeldforderung, in: Hans-Peter Krebs, Harald Rein: Existenzgeld. Kontroversen und Positionen, Münster 2000, S. 83.

28 Harald Rein: Existenzgeld! Zur Geschichte einer Forderung, in: Krebs, Rein, a. a. O., S. 28.

29 Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004, Bonn 2004, S. 103.

30 Die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe verringerte sich in Deutschland zwischen 1991 und 2003 von 15,4 Millionen auf 11,3 Millionen. Das entspricht einem Rückgang um 27 % (Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2004, Wiesbaden 2004, S. 68).

31 Wassily Leontief, zitiert bei: Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a. M. 1997, S. 19.

32 Ebenda, S. 11.

33 Wolfgang Engler: Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft, Berlin 2005, S. 44. (Engler kommentiert hier einen Gedanken von Günther Anders.)

34 Ebenda. S. 86.

35 Hierzu gibt es viele Vorschläge und Ideen, vgl. Karl Birkhölzer, Ernst Kistler, Gerd Mutz: Der Dritte Sektor. Partner für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Wiesbaden 2004.

nahm, so vollzieht sich der technische Fortschritt heute überwiegend als *jobless growth*. Die Folgen sind ein Rückgang der Vollzeitbeschäftigung und ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosigkeit. Und zwar weltweit.

Begonnen hat dieser Prozeß in der Landwirtschaft: Waren in diesem Sektor in Deutschland 1925 noch mehr als 30 % der Erwerbstätigen beschäftigt, so reduzierte sich dieser Anteil – bei wachsender Produktion – bis heute auf 2,5 %.²⁹ Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich seit einigen Jahrzehnten in der Industrie ab. Auch hier verringert sich bei wachsendem Produktionsausstoß die Zahl der Beschäftigten kontinuierlich.³⁰ Gewinner ist derzeit noch der tertiäre Sektor, welcher heute zwei Drittel aller Erwerbstätigen erfaßt. Indes, gemessen an der Zahl der früher in Landwirtschaft und Industrie Beschäftigten sind es viel weniger, so daß trotz boomender Dienstleistungsbranchen die Unterbeschäftigung angestiegen ist. Und sie wird weiter steigen, da künftig auch im Dienstleistungssektor mehr Arbeitskräfte freigesetzt werden als eingestellt. Wassily Leontief prophezeite, daß durch Technisierung und Automation »der Mensch als wichtigster Produktionsfaktor verschwinden wird, genauso wie einst das Pferd durch die Einführung des Traktors aus der landwirtschaftlichen Produktion verschwunden ist«³¹. Dank immer leistungsfähigerer Computer werden wir, sofern man Jeremy Rifkin glauben darf, »schon bald in einer Welt ohne Arbeit leben«³². Die Kardinalfrage der Zukunft bestehe deshalb, so Wolfgang Engler, nicht mehr darin, »wie man die Früchte der Arbeit gerecht verteile, sondern wie man die Konsequenzen der Nichtarbeit menschlich erträglich gestalte«³³.

Dafür bieten sich mehrere Lösungsvarianten an: *Erstens*, eine gerechtere Verteilung der verfügbaren Arbeitsplätze, damit möglichst viele Gesellschaftsmitglieder an der knapper werdenden Erwerbsarbeit partizipieren, und über diesen Weg am Konsum. *Zweitens*, komplementär *oder* alternativ hierzu, die Entkopplung von Leben und Erwerbsarbeit durch die Zahlung eines *Grundeinkommens*, das den Bürgern eine »arbeitsfreie Existenz« sichert, ein »berechenbares, auskömmliches und in diesem Sinne gutes Leben auch ohne oder mit wenig, nur episodisch ansetzender Arbeit«³⁴. Und *drittens*, quasi als Kompromiß, die Aufwertung des Dritten Sektors, indem die hier geleistete Arbeit gesellschaftlich anerkannt und entsprechend bezahlt wird. Bisher freiwillig und unentgeltlich erbrachtes bürgerschaftliches Engagement in den Bereichen Bildung, Kultur, Erziehung, Soziales usw. würde dadurch der Erwerbsarbeit im privaten und staatlichen Sektor gleichgestellt werden und den hier Tätigen eine ökonomisch ausreichende Lebensgrundlage sichern.³⁵

Das bedingungslose Grundeinkommen als Lösungsvorschlag

In der Debatte über die gegenwärtige Krise der Erwerbsarbeit und die zukünftige Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme erregt das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens besondere Aufmerksamkeit. Hierunter wird ein *allen* Gesellschaftsmitgliedern zustehendes, *staatlich garantiertes* Einkommen in existenzsichernder, auch die Teilhabe am soziokulturellen Leben ermöglichender Höhe verstanden, das allen Bürgern äquivalentlos, das heißt, *ohne*

Bedürftigkeitsprüfung und *ohne* Arbeitsverpflichtung, vom Staat gezahlt wird. Das bedingungslose Grundeinkommen ist als *Alternative* gedacht, sowohl zu den bestehenden sozialen Sicherungssystemen als auch gegenüber dem Leistungsprinzip und allen vorrangig leistungsbezogenen Einkommen (aus Erwerbsarbeit bzw. deren Ersatztransfers).³⁶ Seinen Protagonisten gilt das bedingungslose Grundeinkommen als universelles Lösungsmodell für das Kardinalproblem postindustrieller Gesellschaften, nämlich allen Bürgern ein »gutes Leben« zu ermöglichen, unabhängig davon, ob sie erwerbstätig sind oder nicht. Es unterscheidet sich damit maßgeblich durch *vier Kriterien* – allgemeiner Rechtsanspruch und staatliche Garantie, existenzsichernde Höhe, Ausschluß einer Bedürftigkeitsprüfung sowie Ausschluß jeglicher Verpflichtung zur Arbeit – von den bestehenden sozialen Sicherungssystemen, insbesondere vom Arbeitslosengeld II (gemäß SGB II) und der Sozialhilfe (gemäß SGB XII) sowie von allen an Minimalstandards orientierten Konzepten, wie sie von verschiedener Seite angeregt werden.³⁷ Als bedarfsunabhängig und allen Bürgern bedingungslos zu gewährendes Einkommen unterscheidet es sich auch vom *Konzept der bedarfsorientierten Grundsicherung*, wie von der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung vorgeschlagen³⁸, sowie vom *Konzept der bedarfsabhängigen armutsfesten Grundsicherung* der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik³⁹. Ferner von diversen Grund- und Mindestsicherungskonzepten mit Arbeitsverpflichtungsklauseln sowie von Konzepten für anlaß- und lebenslagenbezogene Sozialeinkommen (Erziehungsgeld, Stipendien, Krankengeld etc.).

Das Revolutionäre am bedingungslosen Grundeinkommen, was dieses von anderen Formen der sozialen Grundsicherung substantiell unterscheidet, ist seine »Abkehr von der Arbeitsabhängigkeit«⁴⁰. Es versteht sich damit als radikale »Alternative zur Arbeitsverpflichtung«⁴¹. Indem Arbeit und Einkommen hier *vollständig* entkoppelt werden, verkörpert es verteilungstheoretisch den denkbar radikalsten Bruch mit jeder auf Erwerbsarbeit basierenden Art und Weise der Distribution, aber auch mit dem Leistungsprinzip und der kommunistischen Utopie. Es ist, wie seine Befürworter betonen, »kein sozialpolitisches Projekt«, um Defekte der kapitalistischen Marktwirtschaft und Arbeitsgesellschaft zu reparieren, sondern weise, indem es den Nexus von Lohnarbeit und Kapital »maulwurfsgleich untergräbt«, über die bestehende Gesellschaft hinaus.⁴²

Das bedingungslose Grundeinkommen unterminiert aber keineswegs nur die »Ideologie der Erwerbsarbeit« (Opielka), sondern untergräbt zugleich *jeglichen* Zusammenhang zwischen Arbeit und Verbrauch. Indem hier nicht die *Arbeit*, sondern der *Konsum* zum zentralen Aufhänger gemacht wird, ist es seiner Bestimmung nach ein »Konsumgeld« (Engler). Und als solches verkörpert es ökonomisch wie gesellschaftspolitisch nicht nur eine Alternative zum Kapitalismus, sondern zu *jeder* auf Erwerbsarbeit und Arbeitsleistung beruhenden Gesellschaft. Als in diesem Sinne wahrhaft »grundlegende Alternative« versteht es sich als »systemsprengendes« Element, als Schlüssel zur Revolutionierung der bürgerlichen Gesellschaft.⁴³

Seine Motivation speist sich wesentlich aus dem »Überfluß an materiellen und immateriellen Gütern«⁴⁴, der generell für postindu-

36 Vgl. Helmut Pelzer, Ute Fischer: »Bedingungsloses Grundeinkommen für alle« – Ein Vorschlag zur Gestaltung und Finanzierung der Zukunft unserer sozialen Sicherung, Ulm/Dortmund 2004, S. 3. (unveröff. Man.)

37 Vgl. z. B. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Bonn 1997, Teil III.

38 Vgl. Dieter Klein (Hrsg.): *Leben statt gelebt zu werden*, Berlin 2003 (Manuskripte 38), S. 201 f.; Rosa-Luxemburg-Stiftung: *ReformAlternativen: sozial – ökologisch – zivil*, Berlin 2000, S. 228 f.

39 AG Alternative Wirtschaftspolitik: *Memorandum 2005. Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft*, Köln 2005, S. 124 ff.

40 Michael Opielka: *Grundeinkommen statt Hartz IV*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2004, S. 1089.

41 »Statt Hartz IV: Grundeinkommen für alle«, Pressemitteilung vom 11. 7. 2004, Berlin.

42 Ronald Blaschke: *Warum Grundeinkommen? Zwölf Argumente und eine Ergänzung*, Dresden 2005.

43 Vgl. Ronald Blaschke: *Garantiertes Grundeinkommen*, Dresden 2004, S. 14.

44 Blaschke: *Warum Grundeinkommen?*, a. a. O., S. 1.

45 Ebenda, S. 2.

46 Sascha Liebermann: Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise, in: UTOPIE kreativ, Heft 176 (Juni 2005), S. 525.

47 Blaschke: Garantiertes Grundeinkommen, a. a. O., S. 5 ff.; Ders.: Warum ..., a. a. O., S. 1 f.

48 Heinrich Mann: Im Schlaraffenland, Berlin und Weimar 1968, S. 375.

49 »Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert *das Maß* des Gebrauchswerts.« (Karl Marx: Grundrisse ..., a. a. O., S. 601.)

strielle Gesellschaften ausgemacht wird. Einerseits, so Ronald Blaschke, sei »in Überflußgesellschaften der Grund für das ethische (biblische und sozialistische) Argument ›wer nicht arbeiten will, soll nicht essen!‹ – nämlich der Mangel – entfallen«. Andererseits dürfe, wer auf das knappe Gut »Arbeit« freiwillig verzichtet, nicht benachteiligt werden, sondern wäre »moralisch und materiell zu entschädigen«⁴⁵. Als Instrument dafür biete sich das bedingungslose Grundeinkommen an. Da die Krise der Arbeitsgesellschaft in den Augen der Existenzgeld-Protagonisten »keine ökonomische«, sondern eine »legitimatorische«⁴⁶ bzw. »kulturell-politische Krise« ist, »eine Krise der Verteilungsgerechtigkeit«, erscheint die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums über die Zahlung eines derartigen Einkommens als »Lösung« beziehungsweise als »möglicher Ausweg«. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens würde die »Teilhabemöglichkeiten« aller am gesellschaftlichen Reichtum, am »Überfluß« neu verteilen und zwar nach den Prinzipien der »Freiheit« und der »Bedürfnisse«.⁴⁷

»Im Schlaraffenland sind immer alle glücklich.« (Heinrich Mann)⁴⁸
Nachdem sich so prominente Gesellschaftstheoretiker wie André Gorz, Wolfgang Engler, Wolf-Dieter Narr, Peter Grottian, Michael Opielka und Georg Vobruba, um nur einige zu nennen, für ein garantiertes Grundeinkommen ausgesprochen haben und sich die Verfechter dieses Konzepts zudem auf »Vordenker« wie Charles Fourier, Victor Considerant, Peter Kropotkin, Paul Lafargue, Josef Popper-Lynkeus, Clifford H. Douglas, Robert Theobald, Rudolf Steiner und Erich Fromm berufen können, ist es angezeigt, diese Idee und die Diskussion hierzu durchaus ernst zu nehmen. Dies gilt für die Theorie, aber ebenso für die Politik.

Das Rationale dieses Modells besteht darin, daß sich unter den Bedingungen einer zunehmend vergesellschafteten und wissensbasierten Produktion die Wertschöpfung tatsächlich immer weniger in den Kategorien der individuellen Arbeitszeit und -leistung messen läßt.⁴⁹ Der einzelne und seine Arbeit werden immer stärker zu »bloßen Momenten« der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Insofern ist die Entkopplung von gesamtgesellschaftlicher Produktion und individueller Arbeitsleistung ein sich *objektiv* vollziehender Prozeß. Hinzu kommt, daß infolge des technischen Fortschritts immer mehr Menschen aus dem Produktionsprozeß herausfallen und auf Grund der Bindung der Einkommensbildung an die Wertproduktion erwerbslos werden. Letzterer Prozeß ist jedoch keineswegs objektiver Natur, sondern Ausdruck der Borniertheit der kapitalistischen Produktion. Würde der Kreis der gesellschaftlich notwendigen und daher bezahlten Arbeiten um einige Tätigkeiten des Dritten Sektors erweitert werden, so löste sich das Problem von selbst. Daß dies nicht passiert, erklärt sich aus der Verwertungslogik des Kapitals, welche die gesellschaftliche Reproduktion auf bestimmte Tätigkeiten reduziert, andere jedoch, obwohl nicht weniger nützlich, aber ausschließt. Hieraus wird nun abgeleitet, den Konsum des einzelnen von der Arbeit abzukoppeln, indem vorgeschlagen wird, *jedem* Gesellschaftsmitglied ein garantiertes und bedingungsloses Grundeinkommen zu zahlen. Dieser Schluß ist aber ökonomisch keineswegs zwingend.

Denn den sich objektiv verändernden Produktionsbedingungen könnte verteilungsseitig auch dadurch Rechnung getragen werden, daß die Höhe des Einkommens weniger von der individuellen und mehr von der gesamtgesellschaftlichen Leistung abhängig gemacht wird. So bliebe der *volkswirtschaftliche* Zusammenhang gewahrt, was besonders unter kreislauftheoretischem Aspekt von Bedeutung ist. Beim bedingungslosen Grundeinkommen aber wird ein derartiger Nexus nicht einmal ansatzweise hergestellt, geschweige denn quantitativ formuliert. Vielmehr wird von einem »Überfluß« an Ressourcen ausgegangen, der jedes Rechnen erübrige. Schließlich sei, so die Überzeugung, »genug für alle da«⁵⁰. Man müsse es sich nur nehmen! Sascha Liebermann zum Beispiel lehnt jedes »Rechenmodell«, jede (ökonomische) Expertise zur Bestimmung der Höhe des Grundeinkommens rundweg ab. Denn diese, so seine Position, hänge »wesentlich davon ab, wie hoch es *nach unserem Dafürhalten* sein soll«⁵¹. Das Maß der Verteilung ist hier also weder die Arbeitsleistung noch der Umfang des zu Verteilenden. Es sind die *Bedürfnisse* der Gesellschaftsmitglieder, über deren Befriedigung dann allerdings voluntaristisch entschieden wird. – Man mag darüber verschieden urteilen. Ökonomischen Maßstäben, egal welcher Provenienz, genügt dieses Konzept jedenfalls nicht.

Im Gegensatz zum kommunistischen Verteilungsprinzip, welches die Überwindung des individuellen Leistungsbezugs an die Verallgemeinerung der Arbeit und deren Rolle als erstes Lebensbedürfnis knüpft und insofern den Grundsatz »Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen« dadurch aufhebt, daß es ihn auf eine höhere Ebene hebt, wird dieser Grundsatz beim bedingungslosen Grundeinkommen einfach negiert. Indem sich die Argumentation dabei auf einen Überfluß an Ressourcen stützt, welcher den »Mangel« aller früheren Zivilisationen ablöse, hält die Schlaraffenland-Logik Einzug. Dabei wird völlig übersehen, daß ein wirklicher Überfluß an Reichtum nur dann möglich ist, wenn er ständig reproduziert wird. Dies würde jedoch voraussetzen, daß alle Gesellschaftsmitglieder entsprechend ihren Fähigkeiten für die Gesellschaft tätig sind, das heißt *arbeiten*. Der Zusammenhang zwischen Arbeitsleistung und Verbrauch ist auf volkswirtschaftlicher Ebene also *immer* gegeben. Auch dann, wenn die Arbeit als freie, schöpferische Entäußerung menschlicher Lebenskraft geleistet wird und vor allem der *Selbstverwirklichung* dient.

Entscheidend ist, daß das Ganze als Gesellschaftsmodell von der Produktion her gedacht wird und nicht vom gegenteiligen Pol, von der Konsumtion aus, wie für *Schlaraffenland* typisch. Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens folgt aber in bestimmtem Maße der Schlaraffenland-Logik: Es ist von den Konsumbedürfnissen her definiert und verfolgt das Ziel, den Gesellschaftsmitgliedern auch ohne Arbeit ein »gutes Leben« zu ermöglichen. Dabei wird Arbeit keineswegs auf Erwerbsarbeit reduziert und weder in der einen noch in der anderen Form abgelehnt oder als Betätigung ausgeschlossen. Ganz im Gegenteil: als freie Tätigkeit und selbstbestimmtes Tun ist sie eine wichtige Komponente des »multiaktiven Lebens«⁵². Ihr Einsatz aber ist freiwillig und ohne Verpflichtung. Sie besitzt damit den gleichen Status wie Sport, Spiel, Reisen, Musik-

50 Blaschke: Warum ..., a. a. O., S. 1; Werner Rätz: Fünf Gründe für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, 2005, S. 1. (unveröff.)

51 Liebermann, a. a. O., S. 533.

52 André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt a. M. 2000, S. 137.

53 Gorz schreibt, daß in der modernen Wissensgesellschaft sich die (Re-)Produktion des knowledge, die Entwicklung der verschiedenen Fähigkeiten, keineswegs nur an den Arbeitsstätten und in den Schulen vollziehe, sondern gleichermaßen auch »in Cafés, Klubs, auf Sportplätzen, in Diskussionsgruppen, bei Reisen, Konzerten ... Insofern sind dies Orte und Zeiten allgemeiner gesellschaftlicher Arbeit ...« (zit. bei Blaschke 2004, S. 42).

54 »Man arbeitet noch, denn Arbeit ist eine Unterhaltung. Aber man sorgt, daß die Unterhaltung nicht angreife.« (Friedrich Nietzsche: Also sprach Zarathustra, in: Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden, München 1999, Bd. 4, S. 20)

55 Engler, a. a. O., S. 351.

56 Jeremy Rifkin: Access. Das Verschwinden des Eigentums, Frankfurt a. M. 2002, S. 321. Rifkin stützt sich bei seiner Argumentation auf eine These von Crawford MacPherson.

57 Anneliese Braun: Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit? Berlin 1998, S. 156.

58 Zitiert bei Blaschke 2004, S. 30 f.

59 Engler, a. a. O., S. 127.

60 Rein 2000, a. a. O., S. 31 und FeIS Sozial AG, im gleichen Band, S. 34.

61 Vgl. Verzeichnis bei Blaschke 2004, a. a. O., S. 64 f.

hören oder der Besuch eines Cafés.⁵³ Man arbeitet eben, weil es Spaß macht. Und nur, sofern es Spaß macht. Arbeit aus existenzieller Not dagegen gibt es nicht. – Erinnert dies nicht in fataler Weise an Friedrich Nietzsches schwarze Utopie vom »letzten Menschen«, welcher glaubt, das Glück erfunden zu haben, indem er die Arbeit zur »Unterhaltung« macht?!⁵⁴

Arbeiten soll der, dem es Spaß macht, konsumieren aber sollen alle. Die Forderung eines »Rechts auf Arbeit« erscheint mithin als überflüssig, die Anerkennung des »Verbrauchs als eines *Menschenrechts*«⁵⁵ hingegen nicht. Mit dem Existenzgeld-Konzept und der Forderung nach Zahlung eines bedingungslosen Grundeinkommens rückt das »Recht auf Konsum« auf den Plan. Dieser Gedanke paßt zu einer These Rifkins, wonach in der postindustriellen Gesellschaft, wenn wenigstens für einen Teil der Menschheit der materielle Mangel überwunden ist, »das Recht, nicht aus einem ›vollen Leben‹ ausgeschlossen zu sein, zum wichtigsten Eigentumswert« wird.⁵⁶ Das Recht auf die uneingeschränkte Teilhabe am *Genuß* avanciert heute, laut Rifkin, zum wichtigsten Recht überhaupt und der Zugang dazu wird mehr und mehr zum wichtigsten Lebensinhalt.

Diese Erweiterung des Gedankens zeigt, wie grundsätzlich sich das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens von allem Denken unterscheidet, worin die Arbeit zentral ist und worin gefordert wird »Arbeit für alle«, um allen arbeitsfähigen Personen zu ermöglichen, sich ihren »Anspruch« auf Konsum selbst zu erarbeiten.⁵⁷ Dagegen fordert die *Erwerbslosen- und JobberInnen-Initiative* »Existenzgeld für alle statt Arbeit für alle« oder wenigstens »Mehr Lohn für weniger Arbeit«⁵⁸. Und Engler tritt mit der Forderung an die Öffentlichkeit: »*Konsumgeld* statt Arbeitsgeld«⁵⁹. Wird das »Bürgergeld« auf diese Weise nicht zu einer Art »Prämienystem für Aussteiger«? Wenn nicht für alle, so doch für einige? – Nietzsches »letzter Mensch« blinzelt und läßt grüßen!

Weitere Kritikpunkte: Fehlende Akzeptanz und ungeklärte Finanzierung

Die Verfechter des bedingungslosen Grundeinkommens betonen, daß es sich bei ihrem Konzept nicht um ein sozialpolitisches Projekt der Marktwirtschaft handele, sondern um eine »antikapitalistisch-emanzipatorische Utopie« und »konkrete Kampfansage« an den Kapitalismus.⁶⁰ Ein »systemsprengendes« Projekt also, das weit über die bestehende Gesellschaft hinausweist, indem es deren sozialökonomisches Grundverhältnis, das Verhältnis von Kapital und Arbeit, untergräbt. Gleichwohl aber und nicht zuletzt, um diese »Wühlarbeit« leisten zu können, steht seine Umsetzung hier und heute auf der Tagesordnung. Da die politischen Eliten und etablierten Parteien diesem Konzept bisher ihre Unterstützung verweigern, bleibt nur eine Revolution »von unten«, um seine Durchsetzung voranzutreiben. Daran arbeiten derzeit zahlreiche Verbände, Zirkel, Arbeitsgruppen und Initiativen.⁶¹ Ihr Erfolg aber hängt entscheidend von der allgemeinen Akzeptanz ab, die diese Idee in breiten Kreisen der Bevölkerung zu erreichen vermag. Und die dürfte gegenwärtig, in Anbetracht der Tatsache, daß die meisten Menschen ihren Lebensunterhalt derzeit direkt (Lohn, Gehalt) oder indirekt (Rente, Arbeitslosengeld

D) durch Erwerbsarbeit verdienen, eher gering bemessen sein.⁶² Die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, schlecht entlohnter Minijobs und gering bezahlter Selbständigentätigkeit, wie sie momentan zu konstatieren ist, verschärft das Problem zusätzlich. Dagegen finden Leistung und Leistungsgerechtigkeit als Verteilungskriterien, auch wenn ihre Propagierung mitunter nicht frei von Demagogie ist, immer größere Akzeptanz in der Bevölkerung.

Selbst wenn »Schlaraffenland« auf der Popularitätsskala derzeit weiter oben rangieren sollte als die sozialistische Utopie einer Leistungsgesellschaft, so ist es doch letztere, die bei den Lohnabhängigen maßgeblich das Gerechtigkeitsempfinden bestimmt. Dies zeigt sich nicht nur in der Kritik an den hohen, nicht durch Leistung gerechtfertigten Einkommen von Managern, Fußballstars und Pop-Künstlern, sondern auch an der schleichenden Akzeptanz der Hartz-Gesetzgebung in breiten Kreisen der Bevölkerung. Das bedingungslose Grundeinkommen dagegen würde die Aufgabe des Leistungsgedankens bedeuten. Es ermöglichte einigen den Ausstieg aus der Erwerbsarbeit, während andere die dafür notwendige Mehrarbeit zu leisten hätten. Es funktioniert deshalb umso weniger, je mehr Personen davon Gebrauch machen würden. Universell angewendet wäre es ökonomisch nicht tragfähig und finanziell nicht realisierbar. »Ein solches Konzept«, so wird eingeschätzt, ist derzeit »weder in der Bevölkerung noch in den Gewerkschaften mehrheitsfähig«⁶³. Gegenwärtig statt »Arbeit für alle« die Einführung eines garantierten Grundeinkommens zu fordern und dies zu einem »Essential« linker Politik zu erklären,⁶⁴ verspricht wenig Erfolg und dürfte bei den meisten Menschen eher auf Ablehnung denn auf Zustimmung stoßen. Dies ist vor allem politisch zu erklären, findet aber auch aus wohlfahrtsökonomischer und wirtschaftsethischer Perspektive Bestätigung.

Würde man nämlich verteilungspolitisch danach verfahren und konsequent alle Einkommensteile oberhalb des Durchschnittseinkommens über Steuern und Beiträge zugunsten der Nichtarbeitenden umverteilen, so würde die Anreizwirkung in Richtung auf eine Verringerung des gesellschaftlichen Arbeits- und Kapitaleinsatzes gehen. In der Folge würde das zur Verteilung zur Verfügung stehende Nationaleinkommen geringer ausfallen, so daß letztlich auch diejenigen, die Nutznießer des existenzgeldbasierten Umverteilungssystems wären, dabei verlieren würden. Die ökonomische Begründung dafür ist kompliziert und hier nicht zu leisten. Leicht einsehbar ist aber, daß in demokratisch verfaßten Gesellschaften das Ausmaß der Umverteilung immer auch von den »in der Gesellschaft tolerierten Nutzendifferenzen« abhängt. Je geringer diese sind, »desto stärker muß das Markteinkommen von den Reichen auf die Armen umverteilt werden«.⁶⁵ Im Extremfall erhielte man auf diese Weise eine »egalitäre Lösung«. Diese wäre jedoch, wie das historische Beispiel des Staatssozialismus zeigt, ökonomisch alles andere als optimal und zudem auch noch ungerecht, da sie gegen das Pareto-Kriterium⁶⁶ verstoßen würde.

Von den verschiedenen Verteilungsvarianten, die üblicherweise in herkömmlichen Wohlfahrtsfunktionen und Nutzenmodellen abgebildet werden (nach Bentham, Nash, Nietzsche, Rawls usw.), dürfte

62 Dies wird auch durch das Scheitern der Negativsteuer in den USA belegt, welche sich als »staatlich garantiertes Einkommen für Müßiggänger« politisch nicht durchsetzen ließ (vgl. Institut der deutschen Wirtschaft, iwd 29, Köln 2005, S. 4 f.).

63 Klaus Steinitz: Chancen für eine alternative Entwicklung. Linke Wirtschaftspolitik heute, Hamburg 2005, S. 148.

64 Katja Kipping: Und weil der Mensch ein Mensch ist: Garantiertes Grundeinkommen, in: UTOPIE kreativ, Heft 176 (Juni 2005), S. 520.

65 Vgl. Hans-Georg Petersen: Ökonomik, Ethik und Demokratie, Baden-Baden 1993, S. 177 f.

66 Das Pareto-Optimum bezeichnet eine Güterverteilung zwischen Individuen, bei der durch Umverteilung ein Individuum seinen Nutzen nur dadurch erhöhen kann, daß ein anderes Individuum schlechter gestellt wird.

67 Die »Rawls-Lösung« (nach John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit) ist durch soziale Fairneß gekennzeichnet, da die Vorteile der einen nicht zu Lasten der anderen Gesellschaftsmitglieder gehen. Sie markiert die »äußerst akzeptierte Umverteilungsgrenze« in der Gesellschaft. (Petersen, a. a. O., S. 181)

68 Im Kapitalismus ist das Maß der Entlohnung (Bezahlung) in der Regel die Knappheit und nur im Ausnahmefall die Leistung.

69 Kipping, a. a. O., S. 520.

70 Michael Opielka, Heidrun Stalb: Das garantierte Grundeinkommen ist unabdingbar, aber es genügt nicht, in: Rolf Schwendter (Hrsg.): Die Mühen der Berge. Grundlagen zur alternativen Ökonomie. Teil 1, München 1986, S. 182.

71 Bruno Molitor: Sozialpolitik auf dem Prüfstand, Hamburg 1976, S. 31 ff.

72 Dies meint: »Selbstbedienung in großen Läden, Banken, Versicherungen, Nulltarif bei Verkehrsbetrieben, Wohnungen, Selbstbedienung in Fabriken, Büros ...« (Arbeitsloseninitiativen 1983, in: Blaschke 2004, S. 31)

73 Wolfram Otto: BAG-Sozialhilfeinitiativen, 2005, S. 2 (unveröff.).

74 Blaschke, Garantiertes Grundeinkommen, a. a. O., S. 33.

sich in demokratisch verfaßten und marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften »jenseits der Rawls-Lösung«⁶⁷ (in Richtung auf eine egalitäre Verteilung) kein Konsens ergeben. Eine sich im Unterschied zur gegenwärtigen Verteilung⁶⁸ stärker an Leistung und Leistungsgerechtigkeit orientierende Verteilungsweise dagegen würde, verbunden mit einem bestimmtem Maß an ökonomischer und sozialer Differenzierung, mehrheitlich durchaus auf Akzeptanz stoßen.

Zweitens ist die Frage nach der *Finanzierung* zu stellen. Zwar gibt es konkrete Vorstellungen darüber, wie hoch das bedingungslose Grundeinkommen sein soll: Katja Kipping plädiert für 1 000 € pro Monat, die *Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen e.V.* (BAG) fordert 800 € plus Wohngeld, die *Grauen Panther* 1 276 € . Andere Autoren wollen 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf. Das wären derzeit 1 009 €/Monat. Auf jeden Fall, darüber herrscht weitgehend Konsens, soll das Grundeinkommen mehr als 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens der abhängig Beschäftigten, also mindestens 750 € im Monat, betragen.⁶⁹ Über die Aufbringung der dafür erforderlichen Mittel erfährt man jedoch wenig. Die meisten Vorschläge beschränken sich auf einen Hinweis auf das Budget des Staates oder warten mit dubiosen Finanzierungsmodellen auf, welche selten von fachlicher Kompetenz zeugen und noch weniger von Realitätssinn.

Wird dagegen relativ realitätsnah argumentiert, mit finanzwissenschaftlich nachvollziehbaren Modellen, so kranken die Berechnungen daran, »daß sie um der Realitätsnähe willen mit einem relativ niedrigen Niveau operieren«⁷⁰. Dadurch bestätigt sich immer wieder aufs neue der alte Einwand gegen derlei Konzepte: Sie belasten das Budget der Gesellschaft dermaßen, daß sie »der Natur der Sache nach nur eine Grundsicherung bieten können«⁷¹. Und selbst dies um so weniger, je mehr hiervon Gebrauch gemacht wird. Das anvisierte Ziel, den Beziehern eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht nur die Existenz, sondern darüber hinaus die volle Teilhabe am Leben zu ermöglichen, wird dagegen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht erreicht. Es ist daher richtig, wenn Bruno Molitor feststellt, daß das System »eigentlich nur zu einer Gesellschaft im Überfluß (passe)«. Dieser dürfe allerdings »nicht bloß in literarischen Behauptungen« bestehen, sondern müsse tatsächlich vorliegen und in den wirtschaftlichen Daten nachweisbar sein. Davon kann gegenwärtig in Deutschland jedoch nicht ausgegangen werden.

In den meisten Konzepten wird jedoch überhaupt nicht gerechnet. Statt der zur Verfügung stehenden Mittel wird der Bedarf zum Ausgangspunkt der Überlegungen gemacht. Beschaffen werde man sich die nötigen Mittel dann schon irgendwie. Geld sei schließlich »genug da«, man müsse »den Reichtum (nur) dort holen, wo er angesammelt ist«⁷², bzw. die erwirtschafteten Reichtümer gesellschaftlich »umfassend« umverteilen.⁷³ Was fehlt, müsse der Staat aufbringen, über Steuern, Sozialbeiträge und eine »zweckgebundene Existenzgeld-Abgabe von 50 % (>take-half<) auf Nettoeinkommen jeglicher Höhe«⁷⁴.

Dies geht schon arithmetisch nicht auf, wie eine einfache Überschlagsrechnung zeigt: 1 000 € Existenzgeld p.c./Monat würden aktuell für Deutschland mit rund 990 Mrd. € zu Buche schlagen. Das

entspräche einem Anteil am Gesamtbudget der öffentlichen Haushalte von 95,4 % (2004). Bezogen auf sämtliche Steuer- und Beitragseinnahmen des Staates einschließlich der Sozialversicherungssysteme wären es 103,3 %, gemessen am Umfang der Sozialleistungen sogar 168,2 %. Also, selbst wenn durch die Einführung eines Grundeinkommens sämtliche bisherigen Sozialleistungen (Rente, Krankengeld, Arbeitslosengeld I und II, Kindergeld usw.) wegfielen, bliebe eine gewaltige Finanzierungslücke, die nur durch Steuererhöhungen und eine weitere Ausdehnung der Staatsverschuldung geschlossen werden könnte. Beides wäre aber für die Zukunftsentwicklung kontraproduktiv und daher politisch nicht zu verantworten. Nicht viel anders ist die Umverteilung von Ressourcen zu beurteilen, da hierdurch der akkumulierte Reichtum lediglich seinen Besitzer wechseln, insgesamt aber nicht größer werden würde.

Helmut Pelzer und Ute Fischer haben zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein detailliertes »Transfergrenzen-Modell« erarbeitet. Zur Finanzierung schlagen sie die Erhebung einer proportional mit den Einkommen ansteigenden Sondersteuer auf alle Einkommen vor. Klarerweise gibt es bei jedem Steuersatz einen Punkt, wo Grundeinkommen und Steuerabzug gleich groß sind und sich somit rechnerisch aufheben. Diese Transfergrenze läßt sich leicht berechnen: Bei einem Grundeinkommen von 1 000 € und einem Steuersatz von 50 % liegt sie bei 2 000 €. Das heißt, alle Einkommensbezieher mit einem Bruttoeinkommen oberhalb dieser Grenze wären Nettozahler, die anderen Nettoempfänger. Da neben der »Basissteuer« aber auch noch andere Steuern und Beiträge zu entrichten wären, käme es zu einer enormen Umverteilung, wodurch sich die tatsächlichen Belastungen und Vorteile letztlich anders darstellen würden als in dem Modell. Auch hätte eine derartige Redistribution beträchtliche Auswirkungen auf die Nachfrage, das Konsumverhalten, das Sparen, das Arbeitsangebot usw. All dies wird im vorliegenden Modell jedoch nicht analysiert, ja nicht einmal erwähnt. Dafür findet sich im Resümee die Feststellung, daß für die Einführung eines Grundeinkommens neben der »Höhe des monatlich an jeden Bürger zu zahlenden Betrages dessen Finanzierung von ausschlaggebender Bedeutung« sei. »Wege« dazu würden sich *dann* finden, wenn dies tatsächlich »gewollt wird«.⁷⁵

Es ist kein Zufall, daß die Frage der Finanzierung in den vorliegenden Papieren zumeist sehr oberflächlich abgehandelt wird. Ähnliches gilt für die Integration dieser Konzepte in volkswirtschaftliche Verteilungsrechnungen. Aber erst durch ihre Einbettung in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und durch zuverlässige Prognosen über zu erwartende makroökonomische Effekte und Umverteilungswirkungen würden derartige Vorschläge auf eine seriöse Grundlage gestellt und fachlich diskutierbar werden. Entwürfe dagegen, die von einer Abgabenquote von 50 bis 70 % ausgehen, sind »Umverteilungsphantasien«, die weder finanzierbar noch politisch durchsetzbar sind. Als originelle Ideen weiten sie den Blick und schaffen geistig Raum für unkonventionelle Lösungen. Ein ernsthafter Diskurs läßt sich auf ihrer Grundlage jedoch nicht führen. Deshalb erscheint es problematisch, sie in politische Programme aufzunehmen und zu parteipolitischen »Essentials« zu erklären, wie bei Katja Kip-

75 Pelzer, Fischer, a. a. O., S. 2 und 12.

76 Kipping, a. a. O.,
S. 523.

ping, welche nicht nur die Einführung eines garantierten Grundeinkommens fordert, sondern zu seiner Finanzierung gleich das ganze »Bruttosozialprodukt« zur Disposition stellt.⁷⁶ Mit einem derart abenteuerlichen Projekt kann man gegenwärtig finanz- und wirtschaftspolitisch nur scheitern!

77 Engler, a. a. O., S. 131.

In der Literatur werden seit längerem verschiedene Entwürfe zur praktischen Umsetzung der Idee eines Grundeinkommens diskutiert, unter anderem das Konzept einer »negativen Einkommenssteuer« und das einer »Sozialdividende«. Beide Varianten gehen jedoch von merklich geringeren Zahlbeträgen aus als bisher unterstellt. Wird das Grundeinkommen aber als *Mindesteinkommen* verstanden, so muß seine Höhe signifikant unter der des Durchschnittseinkommens liegen, also *unter* der o. g. 50 %-Marke. Andernfalls würde das Abstandsgebot mißachtet, schreibt Engler, und »die Befreiung von der Arbeit« geriete zu deren »Radikalentwertung«. Der Anreiz zur Arbeit wäre dann geringer als das damit verbundene »Leid«, wodurch das Leisten von Arbeit zum »reinen Masochismus« würde.⁷⁷

78 Jan Göbel, Peter Krause, Jürgen Schupp:
Mehr Armut durch steigende Arbeitslosigkeit,
in: DIW-Wochenbericht
10/2005, S. 180.

Darüber hinaus gilt es zu beachten, daß gegenwärtig 27,6 % aller Erwerbstätigen in Deutschland (im Osten 32,6 %) ein Erwerbseinkommen beziehen, das *unterhalb* der Niedrigeinkommensschwelle liegt.⁷⁸ Für sie wäre die Zahlung eines höheren oder gleich hohen Grundeinkommens Grund genug, sich vom Arbeitsmarkt zu verabschieden. Je mehr sich dazu entschließen würden, desto spürbarer fiel das Arbeitsangebot hinter die Nachfrage zurück. Engler teilt diese Auffassung, glaubt aber, daß das zurückgehende Arbeitsangebot für die weiterhin Beschäftigten höhere Löhne nach sich ziehen würde. Dadurch würden »die zunächst aufgegebenen Stellen wieder attraktiv« werden und der Kreislauf könnte von Neuem beginnen. Auf diese Weise würde »dasselbe Bürgergeld, das das Abstandsgebot um des »guten Lebens« willen ignoriert, ... ihm aus sich heraus Respekt« verschaffen.⁷⁹ So einfach funktioniert das aber nicht. Auch fehlen in dieser Rechnung einige Faktoren: Zum Beispiel der technische Fortschritt, der den Wiedereintritt der Arbeitskraft zu einem höheren Lohn womöglich verhindern würde. Darüber hinaus käme es infolge des Lohnanstiegs (bei gleicher Produktion) zu einem inflationären Effekt, welcher eine Reallohnsenkung und Kaufkraftminderung (auch des Bürgergeldes) bewirken würde. Zudem wäre mit einer Zinserhöhung zu rechnen, als Reaktion auf den Anstieg des Preisniveaus, wodurch sich die Finanzierungskosten des Kapitals erhöhen würden usw. usf. Ob es tatsächlich ein Kreislaufprozeß ist, der auf diese Weise in Gang gesetzt wird, oder eine Negativspirale, soll dahin gestellt bleiben. Auf jeden Fall ist evident, daß sich, sobald man die isolierte Betrachtung verläßt und das Grundeinkommen in einen volkswirtschaftlichen Zusammenhang stellt, ökonomische Effekte ergeben, ohne deren Analyse eine relevante Aussage über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit eines derartigen Eingriffs in die Verteilungsstrukturen unmöglich getroffen werden kann. Aus bisheriger Kenntnis heraus ist es gänzlich ungeklärt, ob mit der Einführung eines garantierten Grundeinkommens überhaupt positive Wohlfahrtseffekte verbunden wären. Gibt es diese aber nicht, so liefe das Ganze auf eine *reine Umverteilungsaktion* hinaus, deren Motivation sich auf den Verbrauch und das »gute Leben« als sub-

79 Engler, a. a. O., S. 132.

stantielle Menschenrechte gründete. Dies aber wäre gleichbedeutend mit *Schlaraffenland!* Und damit wohl nicht ganz das, was für die Linke als Leitidee für eine zukünftige postkapitalistische Gesellschaft in Frage kommt!

Fazit

Der Anstieg der Arbeitsproduktivität und das unter den gegebenen Verhältnissen unlösbare Problem der Massenarbeitslosigkeit und der Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme, Integrierte und Ausgegrenzte haben in jüngster Zeit die Debatte um die Reform der sozialen Sicherungssysteme außerordentlich belebt. Mit der Erosion der Erwerbsarbeitsgesellschaft ist das darauf beruhende Transfersystem der sozialen Sicherung in eine tiefe Krise geraten, für welche als Ausweg nur eine *völlige Neuregelung* des Arbeitsregimes und der Transfersysteme in Frage kommt. Insofern ist jede Diskussion hierzu zu begrüßen.

Unter den verschiedenen Ansätzen, die in diesem Kontext diskutiert werden, nimmt der Vorschlag der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens einen besonderen Platz ein. Zweifellos handelt es sich bei diesem Konzept um die konsequenteste und in ihrer sozialen Sprengkraft radikalste Variante einer Reform der sozialen Sicherung, aber auch um ein der kapitalistischen Marktwirtschaft und Arbeitsgesellschaft höchst inadäquates Projekt. Als Sozialutopie steht das bedingungslose Grundeinkommen quer zum Kapitalismus. Zugleich aber steht es auch im Widerspruch zum traditionellen Sozialismus (Leistungsprinzip), zum christlichen Arbeitsethos und zur kommunistischen Idee einer freien Arbeitsgesellschaft. Den entscheidenden Differenzpunkt dabei bildet die *Arbeit*, ihr Stellenwert im Leben des einzelnen sowie ihre Rolle bei der Reproduktion der Gesellschaft als Ganzes.

Das bedingungslose Grundeinkommen versteht sich als »Konsumgeld« und nicht als »Arbeitsgeld«, egal wie Arbeit definiert wird. Seine Höhe ist ausgehend von den Bedürfnissen der Gesellschaftsmitglieder und nicht von der Produktion her bestimmt. Seine Motivation entspringt dem »Recht auf Konsum«. Ein »Recht auf Arbeit« dagegen kennt dieses Konzept nicht. Quelle des Grundeinkommens ist ein vermeintlicher »Überfluß«. Da offen bleibt, wie dieser sich reproduziert, ist dieses Konzept letztlich ein »Umverteilungskonzept«. Das literarische Leitbild hierfür ist *Schlaraffenland*. Damit ist das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens als eine *sozialromantische Utopie* klassifiziert.⁸⁰ Berücksichtigt man zusätzlich die Akzeptanz- und Finanzierungsproblematik dieses Modells, so erscheint es zudem als *unrealistisch* und *illusionär*. Es ist daher als Lösungsansatz für eine Neugestaltung der Arbeits- und Verhältnisse denkbar ungeeignet.

Welche Bedeutung kann ein solches Projekt gegenwärtig für die Linke besitzen? Taugt es als »Essential« linker Politik? – Eher wohl nicht! Als Utopie ist es wie das Grimmsche Märchen vom Schlaraffenland das visionäre Abbild einer *verkehrten Welt*.

80 Diese Einschätzung folgt Karl Mannheim, der als wesentliches Kriterium für eine Utopie deren Inkongruenz mit dem sie umgebenden Sein hervorhebt. (Ideologie und Utopie, Frankfurt a. M. 1978, S. 169)

KONSTANTIN WACKER

Ökonomische Perspektiven der bolívarischen Revolution in Venezuela

Durch die bolívarische Revolution in Venezuela haben sich breiteste Schichten des venezolanischen Volkes einen Zugang zu einer demokratischen Mitbestimmung im Staat auf neue Art und Weise erkämpft. Das Ziel dieser Revolution, nach formal-politischer auch die ökonomische Unabhängigkeit eines Entwicklungslandes zu erlangen, verleiht ihr ihren antiimperialistischen Charakter und wirft die Frage nach den ökonomischen Perspektiven eines solchen Prozesses auf.

Seit dem Wahlerfolg von Hugo Chávez und seiner »Bewegung Fünfte Republik« (MVR) Ende 1998 befindet sich das lateinamerikanische Venezuela in einem weitreichenden politischen Umbau. Die großen Träger dieses Umbaus sind arme Bevölkerungsschichten, städtische und ländliche Arbeiter, die sich in Basisinitiativen organisieren, der bolívarischen Revolution den Stempel ihrer Forderungen aufdrücken und sie so zu einer wirklichen Volksrevolution machen.¹ Natürlich stoßen diese Forderungen auf erbittertsten Widerstand der herrschenden Klasse in Venezuela, zu der neben einigen Großgrundbesitzern und dem starken Auslandskapital auch eine als deren Handlanger operierende nationale Bourgeoisie zählt, die sich in den letzten Jahrzehnten u. a. über korrupte Geschäfte mit Privatisierungen und der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA bereichern konnte. Aus den bisherigen Schlachten des daraus resultierenden Klassenkampfes (die unter anderem zum Ausdruck kamen in einem Putschversuch im April 2002, einem umfassenden Streik Ende 2002 bzw. Anfang 2003, der weitenteils tatsächlich aus von Unternehmen betriebenen Aussperrungen bestand, sowie einem Abwahlreferendum gegen Chávez im August 2004) konnte bisher das venezolanische Volk als politischer Sieger hervorgehen.

Die venezolanische Oligarchie ist in den letzten sechs Jahren weitestgehend von den Schalthebeln der politischen Macht entfernt worden. Doch darf nicht vergessen werden, dass sie weiterhin bedeutende Kommandostellen der venezolanischen Wirtschaft besetzt, von denen aus sie ständig versucht und versuchen wird, konterrevolutionär auf den bolívarischen Prozess einzuwirken. Bedeutende Teile der Erdölrente werden zugunsten von Sozial- und Bildungsprogrammen verwendet, das Management der PDVSA und anderer staatlicher Betriebe wurden nachhaltig umgebaut, einige besetzte Fabriken wurden verstaatlicht und eine Landreform wurde beschlossen. Doch wenn das venezolanische Volk nicht permanent Gefahr laufen will, das derzeitige Ausmaß ihrer politischen Herrschaft zu

Konstantin Wacker – Jg. 1982, studiert Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien, Mitglied des Bundesvorstandes der österreichischen Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) und Bundesvorsitzender der Studierenden-gewerkschaft, Teilnehmer der 16. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden im August 2005 in Caracas.

1 Vgl. W. I. Lenin: Staat und Revolution, in: Werke, Bd. 25, S. 429.

verlieren, muss es in den nächsten Jahren beweisen, dass es auch fähig ist, die Wirtschaft zu lenken, zu verwalten und zu einem alternativen Wirtschaftssystem kommen kann, das die Grundlage einer eigenständigen Entwicklung jenseits der imperialistischen Ausbeutung bietet.

Auch wenn es Wirtschaftstreibende geben mag, die in den boliviarischen Prozess – der das Privateigentum an Produktionsmitteln derzeit nicht in Frage stellt² – eingebunden werden könnten, so müssen sich diese Umbildungen vor dem Hintergrund des antiimperialistisch-demokratischen Anspruchs der boliviarischen Revolution doch zwangsläufig in Antagonismus zur bisher herrschenden Klasse, den US-Konzernen und der nationalen Oligarchie befinden und ihren erbittertsten Widerstand hervorrufen. Wie jeder gesellschaftliche Umbau findet aber auch dieser die ökonomischen Verhältnisse vor, die die herrschende Klasse in den letzten Jahrzehnten immer und immer wieder reproduziert hat und es ist zu fragen, wie diese umzuwälzen sind und der Klassenkampf mit einer revolutionären Perspektive am Gebiet der Ökonomie zu führen ist.

Entwicklungsländer³ – ein theoretischer Problemanriss

Karl Marx und Friedrich Engels haben wissenschaftliche Einsichten in die Bewegungsgesetze des Kapitalismus und seine historische Entwicklung geliefert und damit auch den Handlungsgrundstein für eine revolutionäre Gesellschaftsordnung geliefert, da diese die bestimmte Negation jener Gesellschaftsformation ist, die sie umwälzt. Doch Karl Marx beschränkt diese Erkenntnisse ausdrücklich auf eine »historische Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa«⁴ – er entwickelte kein ausgearbeitetes entwicklungstheoretisches Werk, das der Polarisierung entwickelter und unterentwickelter kapitalistischer Länder und den Entwicklungsperspektiven letzterer gerecht wurde (weil er vom damaligen Entwicklungsstand eine solche auch gar nicht entwickeln konnte).

Und doch bietet sein Werk weitreichende entwicklungspolitische Interpretationsmöglichkeiten, da die politische Ökonomie der Entwicklungsländer untrennbar mit deren Rolle bei der Herausbildung der ökonomischen Gesellschaftsformation⁵ verbunden ist. Denn z. B. das koloniale Hazienda-Produktionssystem in Lateinamerika war »von Anfang an kapitalistisch«⁶ – nicht im Sinne des spezifisch kapitalistischen Produktionsverhältnisses, sondern in der Herausbildung dieser ökonomischen Gesellschaftsformation als organisches System⁷. Gerade diese Rolle als ehemalige Kolonien und Halbkolonien ist es, welche die Entwicklungsländer, die »durch den Zusammenbruch des Kolonialsystems des Imperialismus ihre politische Souveränität erlangt haben, aber um ihre ökonomische Unabhängigkeit vom Imperialismus immer noch kämpfen«⁸, ebenso verbindet, wie die daraus resultierende Mehrsektorenwirtschaft, das Nebeneinander verschiedener Wirtschaftssektoren mit unterschiedlichen Produktionsverhältnissen. Diese Mehrsektorenwirtschaft äußert sich in unterschiedlichen Produktions- und Eigentumsverhältnissen, wie jenen des ausländischen Monopolkapitals, der nationalen Bourgeoisie, staatlichen Betrieben und besonderen Formen informeller oder Relikten vorkapitalistischer Produktion (etwa der indigenen Bevöl-

2 Fidel Castro, der die kubanische wie boliviarische Verfassung für revolutionär hält, weist auf die großen Unterschiede beider Verfassungen und damit verbunden die Eigentumsfrage hin. Cf. dazu André Scheer: Kampf um Venezuela, Neue Impulse Verlag Essen 2004, S. 57.

3 Der Autor ist sich der Problematik des Begriffes »Entwicklungsländer« bewusst.

4 Karl Marx: Brief an die Redaktion der »Otschestwennyje Sapiski«, in: Werke (MEW), Bd. 19, S. 111, siehe auch S. 110; zu einer zusammenfassenden Darstellung des Entwicklungsbegriffs bei Marx vgl. z. B. Dieter Boris: Metropolen und Peripherie im Zeitalter der Globalisierung, VSA-Verlag Hamburg 2002, S. 10-25 oder Stefan Kalmring, Andreas Nowak: Die geographische Expansion des Kapitals und das Problem der global ungleichen Entwicklung bei Marx, in: Olaf Gerlach, Stefan Kalmring, Daniel Kurnitz (Hg.): Peripherie und globalisierter Kapitalismus, Brandes & Apsel Frankfurt a. M. 2004, S. 220-242.

5 Vgl. Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, S. 9, wo Marx von der ökonomischen Gesellschaftsformation im Singular schreibt.

6 André Frank: Kapitalistische Entwicklung und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt, 1979, S. 41.

7 Vgl. Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 189.

8 Parviz Khalatbari: Entwicklungsländer, in: Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Bd. 2, H. 44, Berlin 1981, S. 807; auf die Entwicklungspolitische Notwendigkeit dieses Kampfes wird noch eingegangen.

9 Vgl. z. B. Amílcar O. Herrera u. a. Autoren im Auftrag der Stiftung Bariloche, Grenzen des Elends, Fischer 1977, S. 25.

10 Tilmann Evers, Peter Wogau: »Dependencia« – Lateinamerikanische Theorien zur Unterentwicklung, in: Das Argument, 15. Jg., H. 79, S. 407.

11 Wir können auf diesen u. a. in österreichischen trotzkistischen Kreisen in jüngster Zeit vorgebrachten Vorwurf hier nicht im notwendigen Umfang eingehen. Es soll aber erwähnt werden, dass der Überbau – insbesondere der Staat – in den meisten Entwicklungsländern aufgrund der zuvor skizzierten ökonomischen Verhältnisse eine relativ große Selbständigkeit gegenüber den die Wirtschaft beherrschenden Kräften erlangen kann. Das löst aber nicht die Frage, in welchem Interesse dieser Staat dann handelt. Ob sich eine kleine Clique persönlich bereichert, ob Geld über dunkle Kanäle zu korrupten Industriellen abgezweigt wird – oder ob diese relative Selbständigkeit als Einflussmöglichkeit auf eine progressive gesellschaftliche Entwicklung genutzt wird.

kerung Lateinamerikas). Nicht selten existieren innerhalb weniger Kilometer mittelalterliche Werkzeuge neben modernen Monopolktechnologien. Obwohl sich also oft noch kein die gesamte Wirtschaft durchdringendes, einheitliches Produktionsverhältnis herausgebildet hat, so stellen die ökonomischen Verhältnisse der Entwicklungsländer doch eine widersprüchliche Einheit dar, die sich aus ihrer Stellung in der internationalen Arbeitsteilung und der dadurch wirkenden Gesetze des kapitalistischen Weltsystems ergeben. Die nationale Bourgeoisie der Entwicklungsländer wird vom internationalen Monopolkapital enteignet, wenn sich letztere davon höhere Profitraten als bei einer Kapitalanlage im imperialistischen Zentrum erwartet. Staatliche Unternehmen werden privatisiert, weil die Profitrate 100 % beträgt; sie werden in Staatseigentum belassen, wenn durch Korruption, Vorleistungen unter dem Weltmarktpreis, Vergesellschaftung von Verlusten etc. Profitraten über 100 % in Aussicht stehen. Vorkapitalistische Produktionsverhältnisse werden der kapitalistischen Warenproduktion unterworfen, weil Profitraten von 150 % erwartet werden können; sie werden aber über Handel und Kredit konserviert, wenn Profitraten über 200 % winken. So wird Unterentwicklung, die historisch nicht die Möglichkeit fand, zeitlich vorausgehendes Moment der Entwicklung zu sein,⁹ zur Interdependenz imperialistischer Entwicklung, welche die soziale, gesellschaftliche Struktur der Entwicklungsländer deformiert und diese Deformation wiederum zu einem konstitutiven Merkmal deren interner Sozialstruktur macht. »Eine Überwindung der Unterentwicklung setzt also voraus, dass die verursachende externe Beherrschung aufgehoben wird.«¹⁰

Antiimperialistische und sozialistische Revolution

Aber gerade über die Frage, wie dies zu erreichen ist, scheiden sich die Geister. Wenngleich noch nicht im wünschenswerten Umfang, so ist in der deutschsprachigen marxistischen Linken in letzter Zeit doch eine kontroverse Diskussion darüber entbrannt, wie denn die bolívarische Revolution in Venezuela einzuschätzen sei. Die Meinungen reichen dabei von bedingungsloser Unterstützung bis zu der Ansicht, dass es sich dabei lediglich um ein arbeiterfeindliches bonapartistisches Regime handle.¹¹ Beständig vorgebrachte Forderungen nach Verstaatlichung, Arbeiterkontrolle etc. erscheinen zwar als notwendige, nicht aber als hinreichende ökonomische Bedingungen, da sie den komplexen ökonomischen Verhältnissen eines Entwicklungslandes wie Venezuela nicht gerecht werden und letztlich das Problem nicht lösen, wie eine zielstrebige sozialökonomische Neugestaltung mit einem hohen und stabilen wirtschaftlichen Wachstumstempo als Grundvoraussetzung für ein Ausbrechen aus der Unterentwicklung und eben jene progressive Neugestaltung – die keine Neugestaltung der Armut sein darf – verbunden werden kann. Ebenso wie eine sozialistische Revolution kann sich auch eine antiimperialistisch-demokratische Revolution nicht sofort auf eine eigene ökonomische Basis stützen. Sie muss die Ursachen der externen Beherrschung aufheben (im Sinne von durchbrechen), sie muss progressive gesellschaftliche Elemente aufheben (im Sinne von konservieren und weiterentwickeln) und kann ursprüngliche, scheinbar überkommene Produktionsformen aufheben (im Sinne von auf ein

neues Niveau entsprechend den neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen heben). Gerade hierin besteht die Schwierigkeit, auf die Marx auch hinweist, wenn er meint, dass man, wenn man jede Entwicklung »für sich studiert und sie dann miteinander vergleicht, wird man leicht den Schlüssel zu dieser Erscheinung finden, aber man wird niemals dahin gelangen mit dem Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie, deren größter Vorzug darin besteht, übergeschichtlich zu sein.«¹²

Was heißt das für Marxisten in Bezug auf Venezuela? Auch hier bietet Marx einen Anknüpfungspunkt, wenn er gemeinsam mit Engels am Ende des Manifests schreibt: »Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände. In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.«¹³ Trotz der unterschiedlichen linken Sichtweisen zur bolívarischen Revolution dürfte es schwer zu argumentieren sein, dass es sich dabei nicht um eine revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände handelt, die insofern zu unterstützen ist, als sie zur Demokratisierung des Landes und zur Einschränkung seiner bestehenden externen Beherrschung beiträgt. Was die Eigentumsfrage anbelangt, so werden wir auf diese noch zu sprechen kommen. Dies aber nicht in allgemeiner Form, weil die Formulierung »welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge« bereits darauf verweist, dass diese – obwohl und gerade weil die Grundfrage der Bewegung – nicht auf einmal, für alle Zeit, allgemein zu lösen ist, sondern tagtäglich neu gestellt werden muss – eben weil sich eine derartige Neugestaltung (als ein Feld des beständigen Klassenkampfes) nicht auf eine eigene ökonomische Basis stützen kann.

Konkrete Aufgaben

Welche konkreten Aufgaben und Problemfelder lassen sich in Bezug auf das Geschriebene bezüglich der Situation in Venezuela abstecken?

Landwirtschaft. Die Landwirtschaft stellt wohl eines der größten Problemfelder Venezuelas hinsichtlich einer revolutionären Umgestaltung dar. Auf rund einem Viertel des 4 % bebaubaren Landes gibt es ständige Ernten. Etwa 60 % der landwirtschaftlich geeigneten Bodenfläche gehören 0,002 % der Bevölkerung.¹⁴ Obwohl deren Latifundien zu weiten Teilen brach liegen, wird es ein schwieriges Unterfangen sein, hier eine Dynamik zu entfalten, da der venezolanische Urbanisierungsgrad mit 87 % bereits sehr hoch ist. Trotz der Tatsachen, dass derzeit rund ein Zehntel der venezolanischen Erwerbstätigen (insbesondere Männer)¹⁵ in der Landwirtschaft arbeitet, Mais, Reis, Kartoffel und Gemüse für den Inlandsbedarf angebaut, Kaffee, Kakao und Rohrzucker sogar exportiert werden, ist Venezuela gezwungen, rund zwei Drittel seines Lebensmittelbedarfs zu importieren.¹⁶

Auch wenn dies heute noch kein weit reichendes Problem darstellt, so ist die venezolanische Wirtschaft in diesem Punkt extrem

12 Marx: Brief an die Redaktion, a. a. O., S. 112.

13 Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 493.

14 Vgl. Lateinamerika Anders, Nr. 5-6, November 2003, S. 5.

15 Alle Beschäftigungsanteile beziehen sich auf ECLAC-Statistiken der erwerbstätigen urbanen Bevölkerung, wobei auf den mit 87 % sehr hohen Urbanisierungsgrad Venezuelas hinzuweisen ist.

16 Vgl. u. a. Lateinamerika Anders, Nr. 5 – 6, November 2003, S. 5 und Junge Welt vom 14. Januar 2005.

verwundbar und ihre Möglichkeiten einer eigenständigen Entwicklung damit eingeschränkt.

Dieses Problems scheint man sich in Venezuela bewusst zu sein, wie aus der Verfassung, den Plänen zur Landreform, dem »Gesetz über Land und landwirtschaftliche Entwicklung« hervorgeht. Ziel ist es, die Ernährungssicherheit der Bevölkerung als ausreichende und stabile Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln im nationalen Bereich zu garantieren.¹⁷ Obwohl hier bereits u. a. durch Mikrokredite und Handelspläne (*Mision Mercal*) Schritte gesetzt wurden, sind zahlreiche Maßnahmen der Landreform wegen bürokratischen Strukturen, Uneinigkeit der Basisinitiativen und nicht zuletzt der intensiven konterrevolutionären Bedrohung leider noch ausständig.

Sekundärer Sektor. Im gesamten sekundären Sektor arbeitet heute rund ein Fünftel der venezolanischen Erwerbstätigen, die Hälfte davon im produzierenden Bereich. Dieses relativ kleine Industrie-proletariat, das sich hauptsächlich auf riesige, in ihrer Mehrzahl staatliche Industrieunternehmen der Ölindustrie, des Erzabbaus, in Aluminium- und Stahlwerken konzentriert, erwirtschaftet einen großen Teil des Bruttoinlandsproduktes.¹⁸ Mit den riesigen Erdölvorkommen, die auch für die USA von großer Bedeutung sind, und der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA findet die bolívarische Revolution Möglichkeiten vor, wie sie einem revolutionären Entwicklungsweg in einem Entwicklungsland in den letzten Jahrzehnten wohl kaum gegeben waren.

Daneben gibt es Minenabbau, Elektrizität, Gas und Wasser, wo rund ein Prozent der venezolanischen Erwerbstätigen (überwiegend Männer) beschäftigt ist. Die Industrie – die vor allem aus Maschinen- und Fahrzeugbau sowie elektrotechnischer und chemischer Industrie besteht – konzentriert sich stark um Ciudad Guayana im Bundesstaat Bolívar.

Tertiärer Sektor. Hunderttausende Venezolanerinnen und Venezolaner sind in staatlichen und kommunalen Behörden, im privaten Dienstleistungssektor oder in öffentlichen Versorgungsunternehmen¹⁹ beschäftigt. Über zwei Drittel der Erwerbstätigen Venezuelas arbeiten heute im tertiären Bereich – bei den Frauen sind es fast 90 %. Diese Beschäftigten konzentrieren sich auf die Bereiche Serviceleistungen (30 %) und Handel (28 %). Der Tourismus erscheint als Zukunftsbranche, die von der Regierung Chávez aktiv gefördert wird. Ihm werden in Venezuela große Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt.

Informeller Sektor. In allen drei beschriebenen Sektoren existieren Produktions- und Beschäftigungsformen abseits des formellen Bereichs, die allgemein in Charakter und Bedeutung unterschätzt werden. Neben unbezahlter Familienarbeit, teils kriminellen Tätigkeiten und im engeren Sinne informellen Beschäftigungsformen in offiziellen Betrieben existiert auch eine beträchtliche Subsistenzproduktion. Derzeit versucht ungefähr die Hälfte der venezolanischen Bevölkerung, ihr Dasein mit Arbeiten im informellen Sektor zu fristen.²⁰ Es war nicht zuletzt eine Errungenschaft der bolívarischen Revolution, zahlreiche dieser Beschäftigten mit formellen Rechten auszustatten und es wird eine große Herausforderung für sie darstellen, die Subsistenzproduktion (als nicht entfremdete Arbeit) in einem progressiven Sinne in die Gesamtwirtschaft einzubeziehen.²¹

17 Vgl. Artikel 305 der bolívarischen Verfassung, weiterhin dazu Artikel 306, 307.

18 Vgl. Kollektiv p.i.s.o. 16, Venezuela. Welcome to our Revolution, Gegen den Strom, München 2004, S. 64.

19 Vgl. ebenda.

20 Vgl. ebenda.

21 Zum Charakter der nicht-marktintegrierten Arbeit vgl. Hans Kalt: Neubeginnen mit Marx, Papy-Rossa Köln 1993, S. 35 ff.

Außenhandel. Neben dem Erdöl, das etwa drei Viertel des Exportwerts ausmacht, sind Aluminium und Stahl sowie erwähnte landwirtschaftliche Produkte und Tourismus wesentliche Exportgüter. Exportiert wird zu gut der Hälfte in die USA, fast ein Fünftel der Exporte gehen in die Niederländischen Antillen. Importiert werden neben Rohstoffen insbesondere Kapital- und Konsumgüter sowie Halbfertigprodukte, wobei ca. ein Viertel aus den USA, je über 5 % aus Kolumbien und Brasilien bezogen werden.

Neben dem erwähnten Problem der Nahrungsmittelimporte wird an der venezolanischen Außenhandelsstruktur ein weiteres Problem – nicht nur hinsichtlich Handelspartnern, sondern auch hinsichtlich Handelsgütern – ersichtlich: über den Außenhandel tritt Venezuela in Kontakt mit dem Weltmarkt und seinen ökonomischen Gesetzen, die sich nicht nur zuungunsten der rohstoffexportierenden Länder (wie es alle Entwicklungsländer sind), sondern selbst im Bereich der Industrieprodukte zuungunsten der Entwicklungsländer entwickeln.²² Am Weltmarkt zwingen die monopolistischen Konzerne des Zentrums der weitgehend zersplitterten Peripherie ihre Bedingungen auf; werden organisch niedriger zusammengesetzte, autochthone Kapitale aus der Produktion geworfen, und es ist fraglich, ob ein weniger entwickeltes Land alleine die organische Zusammensetzung seiner Produktion so rasch entwickeln kann, um die nationalen Produktivkräfte im nötigen Ausmaß zu entfesseln.

Makroökonomische Steuerung. Es stellt sich nun die Frage, welche Steuerungsinstrumente dem venezolanischen Staat hinsichtlich des Gesagten und unter der Grundvoraussetzung strategischer landwirtschaftlicher Versorgung bleiben. Wie kann »ein außerordentlich kompliziertes und feines Netz von neuen organisatorischen Beziehungen«²³ geschaffen werden, um die geplante Produktion und Verteilung der Produkte zu organisieren? Schließlich ist die Bestimmung des richtigen Tempos der gesellschaftlichen Umgestaltung und das frühzeitige Antizipieren künftiger organisatorischer Aufgaben von zentraler Bedeutung.

Unter den bestehenden Verhältnissen erscheint daher die Ausnutzung staatskapitalistischer Beziehungen als meistversprechende Alternative. Unter ständiger Kontrolle und Einflussmöglichkeit der Basisinitiativen der werktätigen Bevölkerung und Gewerkschaften sowie unter dem Aspekt der gesamtgesellschaftlichen Planung der Produktion müssen die staatseigenen Betriebe zu einer Leit- und Kommandostelle der gesamten Wirtschaft werden, deren organische Kapitalzusammensetzung möglichst rasch entwickelt werden und auch den davon Betroffenen eine Perspektive geboten werden muss.

Es wurde bereits die Frage aufgeworfen, inwieweit dies im nationalen Ausmaß geschehen kann und gerade hier hat die bolivariische Verfassung die Möglichkeit eines lateinamerikanisch-karibischen Staatenverbandes²⁴ eingeräumt und mit der »Reaktivierung« der OPEC, der (noch wenig fortgeschrittenen) Gründung eines transnationalen lateinamerikanischen Energieversorgungsunternehmens und ökonomischen Kooperationen mit anderen Entwicklungsländern auch erste konkrete Schritte gesetzt. Es fragt sich, inwieweit derartige Kooperationsprojekte im produzierenden Bereich möglich und sinnvoll sind. Zu wenig komplementäre Wirtschaftsstrukturen und

22 Vgl. dazu insbes. Hans Wolfgang Singer: »Terms of Trade and Economic Development«, in: Newman, Milgate, Eatwell (eds.): *The new Palgrave: Economic Development*, Macmillan, London 1989, pp. 323-329, und die Diskussionen zwischen Singer, Sarkar und Arthukurala im *World Development*, Vol. 19, 1991 und Vol. 21, 1993.

23 W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: *LW*, Bd. 27, S. 231.

24 Artikel 153 der bolivariischen Verfassung, eine Andeutung findet sich bereits in der Präambel.

25 Vgl. Dieter Boris: Zur politischen Ökonomie Lateinamerikas, VSA-Verlag Hamburg 2001, S. 54.

26 Eine heute weitgehend ungelöste Frage der Politischen Ökonomie des Sozialismus.

27 »Neue Ökonomische Politik« der Sowjetmacht nach dem Bürgerkrieg.

28 Artikel 308 der Verfassung.

29 Artikel 307 der Verfassung.

30 Vgl. hierzu die Rolle des Handelskapitals und seine Konservierung alter Produktionsformen durch das Verlagswesen in der Entwicklung des Kapitalismus in Westeuropa.

zunehmende Polarisierung haben bereits in den 1960er Jahren lateinamerikanische Wirtschaftsintegrationsprojekte stagnieren lassen²⁵ und gerade beschriebene Gründe können natürlich den Handlungsspielraum für eine eigenständige revolutionäre Entwicklung einengen, da sie Abhängigkeit (wenn auch nicht direkt vom imperialistischen Zentrum) und Krisenanfälligkeit erhöhen.

Nichtsdestoweniger wird eine derartige Entwicklung im nationalen Rahmen ebenso wenig erfolgreich sein, wenn sie bestehenden Forderungen der Basisbewegung nach Kollektivierung einzelner Industrien und Betriebe nicht entsprechend nachkommt, wie wenn sie auf privatkapitalistische Elemente gänzlich verzichtet. Heranziehung ausländischer Kapitalien – unter mehrheitlicher Bestimmung des venezolanischen Staates – führt auch zum Import neuer Technologien, kommt bestehenden Finanzierungsengpässen²⁶ entgegen und war ebenso Teil von Lenins NÖP²⁷-Konzeption wie die Entfesselung der produktiven Energien der Kleinproduzenten.

Auf die Bedeutung letzterer im informellen Sektor wurde bereits verwiesen, diese existieren aber auch zahlreich innerhalb der formalen Wirtschaft und es stellt sich die Frage, ob (und gegebenenfalls wie) diese in ein neues Netz organischer ökonomischer Beziehungen einbezogen werden können, oder ob sie zugunsten der Großproduktion ökonomisch eliminiert werden sollen.

Die bolívarische Verfassung betont hier, dass der Staat die Klein- und Mittelindustrie ... ebenso wie die Familienbetriebe, die Kleinstunternehmen und jede andere Form von Gemeindeorganisationen ... unter Führung des gemeinschaftlichen Besitzes ... unterstützt durch die Volksinitiative schützen und fördern²⁸ und die Bedingungen für die Gründung funktionierender dezentralisierter Körperschaften stabilisieren²⁹ wird. Dies erscheint politisch sinnvoll, da diese Vielzahl an Produzenten damit an die bolívarische Revolution herangeführt und gebunden wird. Ökonomisch kann ein derartiges Produktionsnetz wohl nur eine progressive Rolle spielen, wenn es Teil der Wertschöpfungskette einer führenden staatlichen Industrie ist, unter deren ökonomischem Kommando steht, kollektive Produktionsformen fördert und mit modernen Technologien und hoch qualifizierten Arbeitskräften ausgestattet ist. Dafür könnten u. a. die zahlreichen Bildungs- und Arbeitsbefähigungsmissionen (*Robinson I & II, Ribas, Sucre, Vuelvan Caras*) sorgen. Die Missionen Miranda und Piar fördern darüber hinaus die Gründung von und Tätigkeit in Kooperativen.

Handel und Kredit. Handel und Kredit sind zentrale Bereiche der ökonomischen Auseinandersetzung. Gerade in Entwicklungsländern können damit nicht nur Innovationen und neue Produktionstechniken gefördert, sondern auch alte konserviert und doch zugleich kapitalistisch ausgebeutet,³⁰ regelrecht enteignet werden. Auf der anderen Seite kann effizienter staatlicher Handel die Produzenten entlasten und eine günstigere Versorgung der Bevölkerung gewährleisten. Darum geht es im Artikel 301 der bolívarischen Verfassung und bei der *Mision Mercal*, die den Vertrieb und direkten Verkauf von Nahrungsmitteln und anderen notwendigen Produkten zu um ein Drittel niedrigeren Preisen ermöglicht, wobei derartige Projekte sicher auszubauen sind. Ähnliches gilt für die staatlichen Mikrokredite. Obwohl an sich nicht sonderlich revolutionär (und selbst von der UNO

gefordert), erleichtern diese die Zinslast kleiner Produzenten (vor allem im ländlichen Raum) durch private Wucherer, fördern im konkreten Fall innovative Wirtschaftsprojekte und (!) per definitionem kollektive Eigentums- und Produktionsformen.

Wirtschaftsleitung und ökonomische Kader. Mit derartigen gemeinschaftlichen Produktionseinheiten werden – unterstützt durch die Bildungsmissionen – auch potenzielle Kader für die gesamte Wirtschaftsleitung herausgebildet. Ähnliches gilt für die Einbeziehung von Arbeitern in das Management der staatlichen Betriebe und die in der Verfassung festgeschriebenen *cogestión* (die gemeinschaftliche Betriebsleitung durch Belegschaft und Geschäftsleitung) und die stärker zu verwirklichenden Kontroll- und Einflussmöglichkeiten der werktätigen Basisinitiativen in die Staatsbetriebe. Selbst wenn diese Maßnahmen noch als zu wenig weit fortgeschritten betrachtet werden können, so darf doch nicht vergessen werden, dass der Aufbau einer neuen Gesellschaft und die entsprechende Leitung ihrer Wirtschaft kein rein spontaner, sondern planmäßig und umsichtig durchzuführender Prozess ist, der nur schwerlich ausschließlich von Arbeitern, die unter kapitalistischen Verhältnissen Jahre und Jahrzehnte entweder von Lohnarbeit weitgehend ausgeschlossen oder durch sie selbst vom gesamten Produktionszyklus »ihres« Produktes entfremdet wurden, geleistet werden kann.

Letztlich geht es wohl darum, unter heutigen Bedingungen mit der externen ökonomischen Beherrschung zu brechen und ein organisches System ökonomischer Produktion, Zirkulation und Reproduktion zu etablieren, in dem zwar die (effizienten) staatlichen Betriebe der dominierende und die Grundversorgung sichernde Faktor sind, daneben aber dennoch Produktionsenergien und -innovationen freigesetzt werden können, die aufgrund dieses Systems gezwungen sind, Wasser auf die Mühlen der neuen Produktionsverhältnisse zu leiten und in dem bereits das Bewusstsein und die wissenschaftlich-technische Qualifikation der Werktätigen für die Planung und Verwaltung einer Ökonomie mit einem höheren Niveau der Vergesellschaftung der Produktionsmittel herausgebildet werden.

RAINA ZIMMERING

Neue soziale Bewegungen in Argentinien

Als ich mich Ende 1989 in einem Vorortzug von Buenos Aires nach San Isidro befand, um in die malerische Ausflugsgegend am Ufer des Rio de la Plata zu kommen, machte mir ein junger Mann höflich Platz. Aus Dankbarkeit wechselte ich ein paar Worte, was für mich, meine Doktorarbeit im Kopf, gleich den willkommenen Anlass bot, Meinungsforschung zu betreiben. Damals war Menem erst kurz an der Regierung und die Menschen trugen noch den Schrecken der Hyperinflation im Gesicht. Das Ende der Diktatur war nur sechs Jahre her. Ich wollte einfach wissen, wie dieser optimistisch blickende junge Mann über die Zukunft seines Landes dachte. Er war Student, noch nicht lange, ein Jahr, an der Wirtschaftsfakultät der UBA,¹ und er wolle unbedingt in den USA economics studieren. Er meinte, die Ideologien seien vorbei, man solle nicht nur in der Vergangenheit herumwühlen, die Argentinier müssten arbeiten und das könnten sie doch, man müsse nach vorne schauen, Investitionen, Industrie und Technik ins Land holen, die Wirtschaft ankurbeln, nicht durch den Staat, der Staat sei korrupt und steuere das Land in die Inflation, die Menschen selbst müssten es tun, das Land brauche einen neuen Unternehmergeist wie in den USA. Seine Augen strahlten die leuchtende Überzeugungskraft aus, die nur ehrlichen und begeisterungsfähigen Charakteren eigen ist. Ich schämte mich fast dafür, dass mein Lächeln zu schief geriet.

Im März 2004, nach fast 15 Jahren, war ich wieder in Argentinien. Wieder bestieg ich, voll von Reminiszenzen, den Vorortzug nach San Isidro. Dieses Mal stand neben mir eine Gruppe junger Leute, denen ich, ebenso wie damals, gern die gleiche Frage gestellt hätte. Älter und zurückhaltender geworden, konnte ich mich nicht so richtig dazu entschließen. Aber es war gar nicht nötig. Die jungen Leute unterhielten sich so angeregt, dass ihre Worte gut zu verstehen waren. Wieder bemerkte ich den Enthusiasmus, den ich schon damals bei dem Studenten verspürt hatte, doch es war auch anders. In die Stimmen und Gesten mischte sich Wut. Ich hörte, wie sie sagten, dass kein einziger, aber auch gar kein einziger Politiker, Unternehmer oder Banker etwas wert sei. Nicht einen von denen wollten sie unterstützen. Wenn es nach ihnen ginge, sollten sie alle abhauen: »Qué se vayan todos!« Sie alle hätten das Land verraten, verkauft, sich massiv bereichert, würden mit dem IWF und der Weltbank unter einer Decke stecken, sie seien neoliberale Arschlöcher. Man dürfe sich nur auf die eigenen Kräfte verlassen, müsste sich gegenseitig helfen und das einzig Realistische sei, das Schicksal in die

Raina Zimmering – Jg. 1951; Prof. Dr. rer. pol. habil.; Politikwissenschaftlerin und Historikerin mit dem Schwerpunkt Lateinamerika; Lehre und Forschung seit den siebziger Jahren am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam (DDR), dann an der Universität Potsdam, im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB), an der Harvard-University, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Freien Universität Berlin, der Universidad Nacional Autónoma de México und der Universidad Nacional de Colombia (dort im August 2005 zur Universitätsprofessorin ernannt); Mitglied der Internationalen Zivilen Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte in Mexiko (CCIODH); Buchveröffentlichungen: »Mythen in der Politik der DDR« (2000), »Der Revolutionsmythos in Mexiko« (2005).

eigenen Hände zu nehmen und sich nichts mehr gefallen zu lassen. Der IWF solle sich in Argentinien nicht mehr blicken lassen. Dem Wortwechsel konnte ich noch entnehmen, dass sie auf dem Weg zu einer Ausfahrtstrasse von Buenos Aires waren, um sie dichtzumachen: Die sollen sehen, wo sie bleiben, auf ihre Camiones voll mit Waren können sie lange warten und in ihren fetten Limousinen können sie, wenn es ihnen Spaß mache, das ganze Wochenende verbringen!

Was war in Argentinien passiert? Das, was ich im Zug Anfang 2004 nach San Isidro erlebte, war nichts weiter Aufregendes, doch spürte man, dass inzwischen sehr viel in diesem Land vorgegangen ist. Es war wie ein schwacher Wiederhall eines Erdbebens, das noch nicht verebht war. Seit den 90er Jahren hatten politische Aktionen das Land überzogen und gipfelten in dem Volksaufstand um die Jahreswende 2001/2002. Tausende gingen damals auf die Straßen und zwar wochenlang, jeden Tag. Das Parlamentsgebäude wurde besetzt, die Menschen blockierten Straßen und plünderten Supermärkte. Der Präsident und drei weitere Übergangspräsidenten wurden vertrieben. Die staatlichen Strukturen und das Wirtschaftssystem brachen zusammen. Seit dem Mai 2003 ist der linksliberale Präsident Nestor Kirchner an der Regierung und die Situation im Lande hat sich einigermaßen beruhigt. Und doch dauerte der Aufruhr an, wie ich deutlich bemerkte.

Argentinien als Musterland neoliberaler Anpassung

Die neoliberale Umstrukturierung begann in Argentinien unter der Militärregierung von 1976 bis 1983 und wurde durch Wirtschaftsminister Martinez de Hoz nach dem Modell des Chicagoer Wirtschaftsprofessors Milton Friedman konstitutiv gestaltet. Nach der Militärdiktatur versuchte Präsident Raúl Alfonsín von der UCR (Radikale Bürgerunion) von 1983 bis 1989 ein demokratisches System mit sozialer Gerechtigkeit und nationaler Souveränität zu etablieren. Doch dieses Vorhaben scheiterte an dem Widerstand der Militärs und der mit dem Auslandskapital verbundenen Eliten. Das größte Problem stellte jedoch die harte Konditionierungspolitik von IWF und Weltbank dar. Als die Militärs infolge des verlorenen Abenteuers des Malwinenkrieges und einer tiefen Wirtschaftskrise von der politischen Bühne 1983 mit Schimpf und Schande abtraten, hatten sie dem Land einen Berg Schulden von 43,6 Mrd. US-Dollar hinterlassen.² Diese bildeten nun den Boden dafür, dass sich Argentinien den Konditionen von IWF und Weltbank unterwerfen musste, was hieß: Privatisierungen der Staatsunternehmen, Dollarbindung des Peso, Verteuerung der Exporte, Anreize für ausländische Unternehmen, Öffnung der Märkte und Kürzungen der Sozialausgaben. Diese als SAP (Strukturanpassungsprogramme) bezeichneten Maßnahmen folgten dem so genannten Washington Consensus. Der ab 1989 regierende rechtsperonistische Präsident Carlos Menem (1989 bis 1994) initiierte eine ultraliberale Politik, die zu einem vollständigen Ausverkauf des Landes führte. Er und seine Regierungsmannschaft erfüllten alle Auflagen des IWF, bereicherten sich dabei selbst und zerstörten die argentinische Wirtschaft und das einstmals gut funktionierende Sozialsystem vollkommen.

1 Universidad de Buenos Aires.

2 Peter Waldmann: Argentinien, in: Bernecker, Walther u.a. (Hrsg): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Bd. III, Stuttgart 1996, S. 933.

3 Jorge Carpio: Der Katze das Glöckchen umhängen, in: *ila* 276, Juni 2004, S. 9-11.

4 Der Fischer Weltalmanach von 2002, Frankfurt a. M. 2001, S. 82.

5 Währungsbegrenzungs-system.

6 Mark Weisbrot über Argentinien, in: *Washington Post*, 25. Dezember 2001.

7 *Colectivos Situaciones: ¡Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien*, Berlin 2003, S. 212.

8 Der Fischer Weltalmanach 2002, Frankfurt a. M. 2001, S. Sp. 81-88.

Zu Beginn der Ära Menem übernahmen transnationale Unternehmen den Dienstleistungssektor, besonders im Bereich von Energie und Wasser, und dann den Finanzsektor. Die einheimische Industrie, jeglichen Schutzes entblößt, wurde nieder konkurriert. Zwischen 1994 und 1999 verschwanden 250 000 kleine und mittlere Unternehmen.³ Trotz der Erfüllung der neoliberalen Konditionen wurden die Schulden, die Begründung für das ganze Konzept, nicht abgebaut, sondern wuchsen weiter an. Immerhin handelte es sich 1999 um einen inzwischen gewachsenen Berg von 147,88 Mrd. US-\$.⁴ Es entstand ein regelrechter Teufelskreis: das Land musste wegen der hohen Schulden den IWF und die Weltbank um stand-by-Kredite und Vermittlung mit den privaten Gläubigern bitten, diese wiederum halfen nur, wenn sich Argentinien den Bedingungen der so genannten Austeritätspolitik unterwarf, wodurch infolge des Abbaus der einheimischen Wirtschaft und der sinkenden Steuereinnahmen noch weniger Geld in die nationalen Kassen kam. Die Regierung war von neuem gezwungen, Kredite aufzunehmen. Indessen erhöhten sich die Zinsen für die alten Schulden rasch, so dass immer mehr Geld aus dem Land abfloss. Nachdem sich die Inflation nach der Dollarbindung Mitte der 90er Jahre verringert hatte, stieg sie um das Jahr 2000 wieder an. Folge der unsicheren Situation war eine massenhafte Kapitalflucht. Experten des IWF dachten sich zusammen mit ihren argentinischen Juniorpartnern, wie z. B. Wirtschaftsminister Cavallo, nun aus, dass die Dollarbindung des Pesos im Sinne eines currency board system⁵ diese Entwicklung aufhalten und den Teufelskreis unterbrechen könnte. Aber das erwies sich als ein großer Irrtum. Der US-Ökonom Mark Weisbrot schrieb: »Die Implosion Argentiniens trägt eindeutig den Fingerabdruck des Internationalen Währungsfonds.«⁶ Nach einem vorübergehenden Anwachsen der Wirtschaft – Rückgang der Inflation und Anwachsen der Auslandsinvestitionen – war dem Land letztlich die feste Bindung an den US-Dollar zum Verhängnis geworden. Die argentinischen Produkte verteuerten sich ungeheuer, konnten weder auf dem nationalen, und erst recht nicht auf dem internationalen Markt konkurrieren. Der einheimische Markt wurde mit Billigimporten überschwemmt. Das was von der einheimischen Industrie übrig geblieben war, brach nun zusammen, und selbst die ausländischen Investoren verließen das Land. Die Schließung der argentinischen Fluglinie Aerolíneas Argentinas, die sich die spanische Fluggesellschaft Iberia infolge der Privatisierungswelle angeeignet hatte und nun, bankrott geworden, abstieß, wurde zum Symbol für den neoliberalen Ausverkauf des Landes.⁷

Gleichzeitig mit der Deindustrialisierung und Denationalisierung der Wirtschaft setzte sich eine Sozialabbaulawine in Bewegung, die in der nationalen Geschichte nur mit der Zeit der Weltwirtschaftskrise verglichen werden kann. Im Jahr 2000 betrug die Arbeitslosigkeit zwanzig Prozent. Zwei Millionen Menschen blieben vollkommen ohne Einkünfte. Fünfzig Prozent der Argentinier lebten unter der Armutsgrenze, ein Viertel davon war extrem arm. Jeden Tag starben 27 bis fünfzig Kinder an Hunger.⁸ Die staatlichen Universitäten wurden zeitweise geschlossen. Gewaltkriminalität, z. B. Überfälle in den Läden, gehörten zur Tagesordnung. Besonders hart überrollte die Lawine die bisher durch zahlreiche ökonomische und nichtöko-

nomische Privilegien bevorzugten Mittelschichten. Unter ihnen verloren Tausende Menschen ihre Arbeit und ihr Einkommen. Diese Familien konnten ihren Kindern nun nicht mehr die Bildung angedeihen lassen wie bisher, mussten Krankenversicherungen aufkündigen, verkauften ihre Autos, fuhren nicht mehr in die Gewerkschaftsurlaubsheime, da diese geschlossen wurden oder sie die Arbeit verloren hatten, konnten den Strom der teuren ausländischen Energieunternehmen und die Telefonrechnungen der spanischen Telefongesellschaft nicht mehr bezahlen und, was am allerschlimmsten war, sie konnten für ihre Mieten nicht mehr aufkommen. Die Elendsviertel wurden durch einen regelrechten Run von Mittelschichtenfamilien heimgesucht. In dieser Zeit der Verzweiflung und der massenhaften Zerstörung von Lebensperspektiven stieg die Selbstmordrate in Argentinien erheblich an. Viele Menschen, besonders Jugendliche, verließen das Land und versuchten an anderen Orten der Welt zu überleben. Argentinien als klassisches Einwanderungsland wurde zu einem Auswanderungsland.

Eine Begleiterscheinung der neoliberalen Politik war die Kriminalisierung der Politik. Die vom IWF verliehenen Finanzhilfen landeten zu einem Großteil auf den Privatkonten der Eliten. Präsident Menem und Wirtschaftsminister Cavallo tätigten ohne parlamentarische Erlaubnis und unter Umgehung des UN-Embargos Waffengeschäfte mit Kroatien, an denen sie sich persönlich mit vielen Millionen bereicherten. Außerdem waren sie als willige Schmiergeldempfänger in den Anschlag auf die israelische Botschaft und das jüdische Kulturzentrum verwickelt. Im April 2000 zahlte die Regierung von Präsident de la Rúa (1999-2001), Bestechungsgelder an den Senat, damit dieser der ausgesprochen unsozialen Arbeitsrechtsreform zustimmte. Die Zentralbank wurde der Geldwäsche bezichtigt.⁹

Warum kam es in dieser Situation des wirtschaftlichen Niederganges, des sozialen Abstiegs und der politischen Skandale zu keinem landesweiten Widerstand? Warum blieben die Mittelschichten in der Zeit von Menem politisch inaktiv? Dass der Schock der Militärdiktatur nachwirkte, dass viele Angst vor politischer Betätigung hatten, war nicht der einzige Grund. Hinzu kam, dass bisherige auf soziale Umverteilung ausgerichtete Politikprojekte diskreditiert waren. Schließlich hatte der Peronismus durch das katastrophale Ende der zweiten Regierungszeit Perons 1974 erst die Militärdiktatur ermöglicht. Alfonsins Versuch, nach dem Ende der Diktatur eine Politik der sozialen Umverteilung zu etablieren, endete im Wirtschaftskatastrophen der Hyperinflation und der Kapitulation vor den Militärs. Der Fall der Berliner Mauer und der Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems ließ auch eine realpolitische Alternative verschwinden. So gab es viele Jahre keinen nennenswerten Widerstand. Im Gegenteil, Menem wurde ein zweites Mal gewählt. Technokratische, ideologieenthobene, neoliberale Ansätze, wie sie der Student im Zug nach San Isidro vertreten hatte, erlangten zunehmend Attraktivität. Von vielen wurde die neoliberale Politik zwar nicht gewünscht, doch als einzig mögliche politische und wirtschaftliche Alternative betrachtet. Der technokratische Mythos der neoliberalen Erneuerung, gepaart mit neopopulistischen Sehnsüchten, lähmte das Land. Während sich z. B. in Brasilien mit der MST,¹⁰ in Bolivien,

9 Ebenda, Sp. 86/87.

10 Movimento Rurais dos Sem Terra – Landbewegung derer ohne Boden.

11 Dieter Rucht: Soziale Bewegungen, in: Dieter Nohlen (Hrsg): Lexikon der Politikwissenschaft, München 2002, S. 853.

12 Siehe Friedhelm Neidhardt (Hrsg): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34/1997. Opladen. Ebenfalls bei Oskar Negt und Alexander Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt a. M. 1976.

13 Vgl. Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt a. M. 1997 (5. Auflage).

14 Ebenda.

15 Ebenda, S. 450. Dort heißt es: Aus einer funktional differenzierten Gesellschaft »ergibt sich für demokratische Bewegungen, die aus der Zivilgesellschaft hervorgehen, der Verzicht auf jene Aspirationen einer sich im ganzen selbst organisierenden Gesellschaft... Die Zivilgesellschaft kann unmittelbar nur sich selbst reformieren und mittelbar auf die Selbsttransformation des rechtlich verfassten politischen Systems einwirken. (...) Aber sie tritt nicht an die Stelle eines geschichtsphilosophisch ausgezeichneten Großsubjekts, das die Gesellschaft im Ganzen unter Kontrolle bringen und zugleich legitim für diese handeln sollte.« An späterer Stelle lenkt Habermas ein: »Die Selbstbegrenzung der Zivilgesellschaft ist nicht gleichbedeutend mit deren Entmündigung.«

Ecuador und Mexiko mit großen Bauern- und Indigenaorganisationen starke soziale Bewegungen gegen die neoliberale Politik herausbildeten, tat sich Argentinien schwer mit dieser Form des sozialen Widerstandes.

Soziale Bewegungen in Argentinien in den 90er Jahren

Bei Dieter Rucht kann man lesen, dass soziale Bewegungen »auf gewisse Dauer gestellte Versuche von netzwerkförmig verbundenen Gruppen und Organisationen (sind), um gesellschaftlichen Wandel durch Protest herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.«¹¹ Diese Definition steht vor allem für die so genannten »neuen sozialen Bewegungen«, die sich von den seit dem 19. Jahrhundert existierenden alten sozialen Bewegungen wie Gewerkschafts-, Arbeiter- und Bauernbewegungen unterscheiden. Der Begriff der »neuen sozialen Bewegungen« kam mit der Studenten-, Antikriegs-, Frauen-, Umwelt-, Dritte-Welt- und Bürgerrechtsbewegung der 60er Jahre auf. Nach Jürgen Habermas unterscheiden sich die neuen von den alten Bewegungen dadurch, dass sie keine hierarchischen Organisationsstrukturen, sondern nur lockere Netzwerkstrukturen aufweisen. Sie wollen nicht die Macht im Staat erringen, sich sowohl von staatlicher Einflussnahme, als auch Parteigegebenheit fernhalten und überwiegend gewaltfrei agieren. Gewalt soll durch Gegenöffentlichkeit¹² und zivilen Ungehorsam¹³ ersetzt werden. Die protestierenden Gruppen wollen nicht direkt Politik betreiben, sondern nur Einfluss auf Politik nehmen. Ziviler Ungehorsam tritt dabei überwiegend als »Akt gewaltfreier symbolischer Regelverletzung« in Erscheinung.¹⁴ In »Faktizität und Geltung« schreibt Habermas neuen sozialen Bewegungen, auf der Luhmannschen Systemtheorie aufbauend, eine Selbstbegrenzung zu, d. h., dass sich die Bewegungen lediglich auf ihre eigenen Zielstellungen als soziale Gruppe und nicht auf andere Teilsysteme der Gesellschaft wie Politik und Wirtschaft beziehen.¹⁵

Neue soziale Bewegungen erlangten in der Zeit der Globalisierung mit der Einschränkung des Handlungsspielraumes der nationalen Regierungen und dem weltweiten Machtzuwachs von transnationalen Unternehmen und internationalen Finanzinstitutionen neue Bedeutung. Mit dieser Implikation wurde die Durchsetzung einer Politik gegen die großen Unternehmen im nationalstaatlichen Rahmen perspektivlos. Da Parteien überwiegend national ausgerichtet sind, wird Widerstand gegen neoliberale Politik, die zum großen Teil nicht im eigenen Land entschieden wird, obsolet. Es müssen andere Organisationsformen her, die besser in der Lage sind, eine Verbindung zwischen dem Globalen und Regionalen herzustellen, d. h. zwischen dem Widerstand gegen außernationalen Druck und dem Kampf zur Verbesserung der lokalen Situation der Bevölkerung. Diesen Anforderungen entspricht eine netzwerkförmige Organisationsstruktur, die schnell und unkompliziert auf Ereignisse reagiert, auf Selbsthilfe setzt und besser in der Lage ist, lokale Bedürfnisse effektiv durchzusetzen. Nach dem Ende der Militärdiktatur bestanden auch in Argentinien viele Gruppen, die den Kriterien von sozialen Bewegungen entsprachen. Hierzu zählen in erster Linie die »Mütter von der Plaza de Mayo«, die sich bereits am Ende der Militärdiktatur von

1974 bis 1983 bildeten. Zusammen mit der Bewegung der überlebenden, fremd adoptierten Kinder und ihrer Organisation H.I.J.O.S. forderten sie die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen und die Bestrafung der für die Morde verantwortlichen Militärs.¹⁶ Sie waren dauerhafte soziale Bewegungen, die durch wöchentliche Proteste auf der Plaza de Mayo und Escraches¹⁷ an die Öffentlichkeit traten.

Auf den neoliberalen Problemdruck entstanden in den 90er Jahren neue soziale Bewegungen wie die von der peronistischen regierungsnahen Gewerkschaftsbewegung unabhängige Gewerkschaft CTA (Central de Trabajadores Argentinos), die 1992 vor allem von Staatsangestellten und Lehrern gegründet wurde. Ihr wichtigstes Prinzip war die Unabhängigkeit vom Staat, von den Unternehmerverbänden und den politischen Parteien.¹⁸ Sie führte mehrere Hungerstreiks gegen die katastrophale Bildungs- und soziale Situation durch. 1994 organisierte sie zusammen mit der CCC (Corriente Clasista y Compativa), Menschenrechtsgruppen und Studentenorganisationen einen Marsch aus allen Landesteilen in die Hauptstadt, der auf der Plaza de Mayo endete.¹⁹ 1999 blockierten Vertreter der CTA die Brücke zwischen den Provinzen Corrientes und Chaco, um den mehrere Monate ausstehenden Lohn der Lehrer einzufordern.²⁰ Auch in den Vierteln der Städte begannen sich die Bewohner zu organisieren und versuchten, die um sich greifende Not durch gegenseitige Hilfe wie Tauschringe abzufedern. In Santiago de Estero war aus einem Aufstand 1993, dem sog. Santiagueñazo, eine eigenständige Bauernbewegung hervorgegangen.²¹

Eine der wirksamsten Bewegungen, die auf den neuen Problemdruck reagierte, rekrutierte sich aus den Arbeitslosenorganisationen, den »Piqueteros«.²² Ihre Anhänger gehören nicht zu den so genannten strukturell Armen, sondern waren ehemalige Arbeiter mit festem Einkommen und jahrzehntelang garantierten gewerkschaftlichen Rechten, die im Zuge der flächengreifenden Deindustrialisierung von heute auf morgen arm wurden und, da auch das Arbeitslosengeld als neoliberale Anpassungsmaßnahme abgeschafft wurde, völlig ohne Einkommen dastanden. Die konfliktfernen und organisationsgeübten Arbeiter verlagerten den Widerstand von den Fabriken auf die Straße. Sie blockierten Kreuzungen und sperrten Strassen ab, womit sie die Zirkulation von Waren und Arbeitskräften unterbrachen und Knotenpunkte der Wirtschaftskommunikation lahm legten. Bei einer Piquete lassen sich Hunderte Menschen auf den Straßen oder Kreuzungen nieder, leben und wohnen dort, teilweise für Wochen, fordern Arbeitsplätze, Arbeitslosenunterstützung, Essen, warme Kleidung, Wohnungen und medizinische Unterstützung.²³ Die Bewegung nahm im Norden des Landes ihren Anfang. Die ersten Straßenblockaden entstanden 1996 im Zusammenhang mit der Schließung einer der größten Förderstätten des Erdölunternehmens YPF²⁴ in Neuquén²⁵. Im Juni 2001 besetzten Piqueteros die Zugangsstraße zu der landesgrößten Erdölraffinerie bei General Mosconi im Norden Argentinien, um staatlich finanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu fordern.²⁶ Der Einsatz der Polizei forderte mehrere Menschenleben. Im Sommer 2001 schlossen sich die Piqueteros auf dem 1. Nationalen Piqueteros-Kongress zu einem Dachverband zu-

16 Vgl. Dieter Boris: Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Hamburg 1998; Oswaldo Bayer: Das Echo der Verschwundenen, in: Sevilla, Rafael und Ruth Zimmerling (Hrsg): Argentinien. Land der Peripherie? Bad Honnef 1997, S. 197-205.

17 Escraches sind öffentliche Versammlungen, auf denen die Militärs angeklagt werden, Aufklärung und Bestrafung gefordert wird.

18 Colectivos Situaciones: ¡Qué se vayan todos! ... a. a. O., S. 208.

19 Ebenda.

20 Ebenda, S. 210/11.

21 Ebenda, S. 209.

22 Das Wort Piquetero kommt von »piquetes« – »Streikposten«.

23 Vgl. Piqueteros in Argentinien – Materialien, »Wir sind alle Piqueteros«, in: Wildcat, 5. August 2002. <http://www.wildcat-www.de/aktuell>.

24 YPF: Yacimientos Poliféricos Fiscales. Das nationale Unternehmen wurde in den 90er Jahren von der spanischen Firma Rapsol aufgekauft, was mit Massenentlassungen verbunden war.

25 Colectivos Situaciones: ¡Qué se vayan todos! ... a. a. O., S. 210.

26 Ebenda, S. 212.

27 Ebenda.

sammen und verabschiedeten einen Aktionsplan.²⁷ Die Piquetes entwickelten sich zu einem neuen und wirksamen Mittel sozialen Widerstands. Gleichzeitig entstanden alternative Lebens- und Wirtschaftsformen, die auf Selbst- und Überlebensstrategien bauten.

Eine weitere Form von sozialen Bewegungen entstand Ende der neunziger Jahre innerhalb der Arbeiterklasse – die *Fábricas Recuperadas* – »instand gesetzte Fabriken«. Die Arbeiter besetzten verlassene Fabriken und nahmen die Produktion in die eigenen Hände, d. h. führten eine Arbeiterkontrolle durch. Sie forderten Arbeitsplätze, eine Steuerreform und damit das Ende der Subventionen für Unternehmen, ein Verbot für Kapitalflucht und die Einstellung des Schuldendienstes. Dabei trennten sie sich strikt von der Gewerkschaftsbürokratie, die mit den Unternehmern und der Regierung zusammenarbeitete. 1997 gelangte die Aluminiumfabrik IMPA in die Hände ihrer Arbeiter, die nun unter eigener Regie die Alu-Produkte produzierten und verkauften. Nach eineinhalb Jahren Besetzung entschieden 1998 die Richter, dass IMPA den Arbeitern, d. h. der Arbeiterkooperative, gehörte.²⁸

Die Protestaktionen in den 90er Jahren, die sich innerhalb eines begrenzten Rahmens abspielten, aber viele Menschen zusammenschlossen, können durchaus als soziale Bewegungen bezeichnet werden. Sie umfassten jedoch noch immer einen relativ kleinen Teil der Bevölkerung und wurden von großen Teilen der Bevölkerung kaum beachtet und sogar missbilligt. Sie erreichte nicht das soziale Prestige wie die MST in Brasilien oder das der Zapatistas in Mexiko.

28 Es handelte sich dabei um 22 000 Quadratmeter Fabrikfläche auf fünf Stockwerken, Aluminiumöfen, Pressen, Maschinen, aber auch sieben Millionen Dollar Schulden. IMPA hatte 2002 knapp 170 Mitarbeiter. Als Mitte 1998 die Produktion wieder aufgenommen wurde, waren es nur 47 Arbeiter. Damals verdiente jeder rund 300 Pesos im Monat. 2002 konnte der Lohn durch die Erhöhung der Einnahmen aus dem Recycling-Geschäft um das Dreifache gesteigert werden. 2002 betrug der Umsatz fünf Millionen Pesos.

Der Aufstand 2001/02

Wann kam es zur flächendeckenden Ausbreitung sozialer Bewegungen? Wann löste sich die depressive Lähmung der argentinischen Bevölkerung, insbesondere der Mittelschichten?

Gegen Ende des Jahres 2001 war die Wirtschafts- und Finanzkrise so weit vorangeschritten, dass die Formen der repräsentativen Demokratie nicht mehr aufrechterhalten werden konnten und die staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen zusammenbrachen. Dies zeigte sich u. a. in den am 20. März 2001 von Wirtschaftsminister Cavallo erlassenen Notstandsartikeln, womit das Parlament der Regierung für ein Jahr die Vollmacht übertrug, die Wirtschaftspolitik allein zu implementieren.²⁹ Das Parlament entmachtete sich sozusagen selbst. Erst dann war es möglich, das so genannte Null-Defizit-Gesetz zu erlassen, das der IWF gefordert hatte, um ein Kreditpaket von 22 Mrd. US-Dollar auszuliefern. Der Staat durfte nichts mehr ausgeben. Zudem wurden die Bargeldauszahlungen der Banken immer mehr eingeschränkt. Die Folge waren einerseits mehrere Generalstreiks und andererseits eine lawinenartige Kapitalflucht ins Ausland. Der Teil der Bevölkerung, der Spareinlagen besaß, versuchte sein Geld ins Ausland zu retten. Das wiederum bewirkte einen Massenansturm auf die Banken. An einem Tag, dem 30. November 2001, wurden allein 1,3 Mrd. US-Dollar abgehoben.³⁰ Nachdem 18 Mrd. US-Dollar auf ausländische Konten abwanderten und die Devisenreserven des Landes bedenklich zusammenschmolzen, drohte ein Zusammenbruch des Bankensystems. Am 5. Dezember 2001 gab der IWF einen Zahlungsstopp bekannt, da Argentinien das vereinbarte

29 Der Fischer Weltatlas nach 2002, Frankfurt a. M. 2001, Sp. 85.

30 Ulrich Brand: Spuren-suche nach neuen Formen emanzipativer Politik, in: ¡Qué se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien, Berlin 2003, S. 7.

Schuldenlimit weit überzogen hatte. Auch die Weltbank und IADB (Interamerikanische Entwicklungsbank) froren ihre Kredite ein. Am 19. Dezember 2001 ordnete Wirtschaftsminister Cavallo die Sperrung aller Konten an, den so genannten *corralito*.³¹ Das bedeutete, dass der Großteil der Bevölkerung, der in den letzten Jahren, vom Staat völlig verlassen, allein von seinen spärlichen Sparkonten gelebt hatte, nun völlig ohne Einkommen dastand und nicht mehr wusste, wovon er leben sollte.

Der *Corralito* war das Signal, der das Fass zum Überlaufen brachte und den Aufstand am 19. und 20. Dezember 2001 auslöste. In den Massenprotesten in allen Teilen des Landes, die auf der Plaza del Mayo vor dem Regierungsgebäude, der Casa Rosada, in Dauerkundgebungen und Schlachten mit der Polizei kulminierten, wurde der Slogan »*Qué se vayan todos, que no quede ni un solo!*« (Es sollen alle abhauen und kein einziger soll bleiben!) geboren. Nach schweren Zerstörungen in den Bankvierteln und Plünderungen von Supermärkten rief die Regierung den Ausnahmezustand aus, der von der aufgebrachten Menge nicht befolgt wurde. Nach der Einkreisung des Regierungspalastes, der Casa Rosada, trat Präsident Fernando de la Rúa am 20. Dezember zurück.³² Ihm folgten bis zu den Wahlen im Mai 2003 vier weitere Übergangspräsidenten³³ und sechs Wirtschaftsminister. Am 29. Dezember wurde das Parlamentsgebäude erstürmt.

Der Aufstand war eine nicht geplante spontane Erhebung aus der Situation der Ratlosigkeit und Verzweiflung heraus. Er entstand aus einem ungeplanten, situativen Handeln heraus, das vor allem von den betrogenen Sparern ausging. Die schon als soziale Bewegungen existierenden *Piqueteros*, Arbeiter der wiederhergestellten Fabriken und in unabhängigen Gewerkschaften organisierte Angestellte und Lehrer waren nicht direkte Auslöser des Aufstandes, doch sie hatten schon wochenlang, ja jahrelang durch ihren Widerstand die klimatische und mentale Grundlage für den Aufstand geschaffen. Jetzt dienten sie den wütenden Sparern und hungernden Mittelschichten als Modell. Nach Ausbruch des Aufruhrs schlossen sich *Piqueteros*, Fabrikbesetzer und protestierende Lehrer den betrogenen Sparern und Supermarktplünderern an und diese wiederum übernahmen die jahrelang erprobten Kampfmethoden der *Piqueteros*. Im Sinne von »*reclaime the streets*«³⁴ wurden Straßen, Plätze und Parks besetzt, Besetzungen in Feste transformiert, Essen verteilt, Versammlungen abgehalten, Diskussionen durchgeführt, Selbsthilfe organisiert und Protestnoten an die Regierung verfasst. Kochtopfdemonstrationen, die sog. *Caserolazos* bestimmten das Straßenbild und machten auf den Versorgungsengstand der Bevölkerung aufmerksam. Die Demonstranten verlangten ihr Geld zurück, forderten Lebensmittel, Wohnungen, Schluss mit der Korruption und der Unterordnung unter den IWF und den Rücktritt der Regierung. Diese Themen wurden mit der Forderung der Bestrafung der für die Verbrechen während der Militärdiktatur Verantwortlichen verbunden. Auf den Demonstrationen wurde der Slogan »30 000 Gründe, weiter zu kämpfen«, der auf die 30 000 während der Militärdiktatur Verschwundenen verwies, mit den anderen Forderungen eng verwoben.³⁵ Dass sich letztendlich der Slogan »*Qué se vayan todos*« neben vielen anderen als absolut dominierend durchsetzte, verweist auf die anarchistische

31 *Corralito* kommt von *corral*, womit in Argentinien das Gatter für den Vieheintrieb bezeichnet wird.

32 De la Rúa mußte vom Dach der Casa Rosada mit einem Hubschrauber ausgeflogen werden.

33 Ramón Puerta (PJ), Adolfo Rodríguez Saá (PJ), Eduardo Caamaño (PJ – Präsident des Abgeordnetenhauses) Eduardo Duhalde (PJ).

34 Vgl. Naomi Klein: *No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern*, München 2002 (6. Auflage).

35 *Wildcat*-Zirkular Nr. 64 vom Juli 2002, S. B2-B23: Argentinien: Aufstand gegen die Politik.

Stoßrichtung des Aufstandes. Es wurde nicht wie bei anderen Protestaktionen in Argentinien ein neuer »Mann an der Spitze«, wie 1943 Peron, oder eine andere Regierungsform gefordert, wie am Ende der Militärdiktatur 1983, sondern die Protestierenden lehnten jegliche staatliche Repräsentation ab.

Nach dem Aufstand verschlechterte sich die soziale Situation der Argentinier vorerst weiter. 2002 ging das Bruttoinlandsprodukt um ca. 11 Prozent zurück. Die Bauindustrie, die Finanzinstitutionen, Fischerei und Handel waren dabei die Sektoren mit dem stärksten Abschwung. Eduardo Duhalde musste zu Beginn von 2002 den Lebensmittelnotstand ausrufen.³⁶ Im Oktober 2002 lebten 57,5 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze, 27,5 Prozent davon unter der Grenze extremer Armut. Die neue Regierung war außer Stande, mehr als Notstandsverwaltung zu betreiben. Praktisch existierte für die argentinische Bevölkerung kein Ansprechpartner mehr, die Repräsentation war aufgehoben. In diesem wirtschaftlichen Leerfeld und politischen Niemandsland entstanden soziale Bewegungen, die nach der Parallelisierung der Repräsentation zur Überlebensstrategie wurden.

Das herrschaftslose System sozialer Bewegungen in den Jahren 2001 bis Anfang 2003

Wenn auch selbst keine soziale Bewegung, so stellte der Aufstand den Geburtsort für die eruptionsartige Ausbreitung von netzwerkartig verbundenen sozialen Bewegungen dar, die für einen gewissen Zeitraum das politische Leben Argentiniens dominierten und mindestens den gleichen Stellenwert in der politischen Repräsentation einnahmen wie das System der repräsentativen, pluralistischen Demokratie. Die aus den Zeiten der Diktatur stammende Angst vor politischen Zusammenschlüssen wurde nun endgültig überwunden. Auch die politische Apathie und die Mentalität des Sich-Heraushaltens wichen politischem Aktivismus. Die Bevölkerung erwartete nichts mehr von den politischen Eliten und vom etablierten politischen System, sondern sah in der Selbstinitiative die einzige Möglichkeit zum Überleben. Zu den wichtigsten sozialen Bewegungen zählte die *Sparerbewegung*, die sich mit der Einschränkung der Bargeldauszahlungen Anfang 2001 als Selbsthilfegruppe herausgebildet hatte.³⁷ Seit dem Aufstand trafen sich die geschädigten Sparer drei Mal in der Woche vor der Boston Bank und schlugen mit harten Gegenständen an die metallenen Türen und Fensterläden des Bankgebäudes. Ihre politischen Forderungen kann man in dem Slogan: »Ohne Sparer kein Kredit, ohne Kredit keine Produktion, ohne Produktion keine Nation« zusammenfassen. Mit den *Stadtteilversammlungen – Asambleas Barreales* wurde nach dem Aufstand eine weitere Form sozialer Bewegungen ins Leben gerufen. Sie stellte die am weitesten verbreitete Bewegung in den großen Städten dar. In jedem Stadtteil von Buenos Aires z. B. existierte diese Bewegung, selbst in den reicheren Vierteln. Im Jahre 2002 beteiligten sich schätzungsweise wöchentlich zwischen 140 und 8000 Menschen an den Asambleas. Die Versammlungen fanden jede Woche in den Wohnvierteln, Parks, auf Straßenkreuzungen und öffentlichen Plätzen statt. Aktionsformen wie Straßenblockaden, Straßenfeste, Caserola-

36 Argentinien ruft den Lebensmittelnotstand aus, in: @dho vom 17. Januar 2002.

37 Die Sprecherin der Bewegung ist 46 Jahre alt, eine allein stehende Mutter von vier Kindern in einer Zwei-Zimmer-Wohnung und hatte jahrelang keine feste Arbeit mehr. Vorher hatte sie einen Kiosk, den sie wegen der Krise und den unbezahlbaren Forderungen der Polizei nach Bestechungsgeldern schließen musste. Bei der Einführung des *corralito* hatte sie noch 4500 Dollar auf der Bank – das magere Ergebnis von vierzig Jahren Arbeit, die ihr nun staatlicherseits vorenthalten wurden.

zos, Bürobesetzungen der Stromerzeuger, Unterschriftensammlungen, Wohnungs- und Hausbesetzungen ähnelten denen der Piqueteros. Die Stadtteilversammlungen organisierten vor allem Selbsthilfe in Zeiten der Not wie Tauschmärkte, Suppenküchen und die Bereitstellung von Dienstleistungen. Sie gingen auch gegen überhöhte Preise in den Supermärkten und Läden vor und organisierten Lebensmittelverteilungen an Bedürftige. Sie erhielten Kindergärten aufrecht oder riefen neue ins Leben. In vielen Stadtvierteln wurde eine kostenlose Verteilung von Milch an Kinder organisiert. Die Asambleas wiesen eine basisdemokratische Struktur und Funktionsweise auf, wobei traditionelle Politikmuster der Vertretungsdemokratie überwiegend abgelehnt wurden.³⁸ Seit Anfang 2002 führte man an den Wochenenden ein Koordinationstreffen, die Asamblea Interbarrial, im Parque Centenario durch, auf denen es zunehmend zu harten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen politischen Richtungen kam.

Obwohl die *Piquetero-Bewegung* die erste soziale Bewegung war, die auf die neoliberale Politik reagierte, gewann sie erst mit dem Aufstand von 2001/02 eine gesellschaftsrelevante Dimension. Zum einen erfuhr sie durch andere Protestgruppen infolge der Übernahme ihrer Blockade- und Versammlungsmethoden eine politische Aufwertung und zum anderen weitete sie sich nach dem Aufstand flächenmäßig von der Peripherie (im Norden) auf das Zentrum aus. Die meisten Gruppen entstanden erst nach 2001. Viele Piquetero-Organisationen erwarben oder besetzten Land und Gebäude, wo sie Versorgungszentren einrichteten oder zusammen leben und arbeiten. Ein Beispiel ist die Piquetero-Organisation MTD Aníbal Verón,³⁹ die am Rande von Buenos Aires in Roca Negra ein Netz von selbst verwalteten Werkstätten, Bäckereien, Kleiderkammern und Volksküchen aufbaute. Ihr Ziel ist die Errichtung einer Autonomie durch alternatives Wirtschaften. Dies bedeutet in erster Linie die Entwicklung eigener Ressourcen, die zunächst auch mit staatlicher Hilfe errichtet, später aber ohne Unterstützung selbständig weitergeführt werden sollen. Die Bewegung definiert sich als »antikapitalistisch, unabhängig von politischen Parteien, auch von den linken, und von den Gewerkschaftsdachverbänden«.⁴⁰ Sie konnte im Jahr 2003 auf 10000 Mitglieder verweisen. Sie ist basisdemokratisch organisiert, Entscheidungen werden in der Vollversammlung getroffen und von allen getragen.⁴¹ Leitungsfunktionen rotieren ständig, so dass sich keine Führungselite herausbilden kann. Andere Piquetero-Bewegungen organisierten sich nach ähnlichem Muster.⁴² Auch wenn es zur Ideologie der meisten Piqueteros gehört, nicht die Macht im Staat übernehmen zu wollen, so sind sie sich darüber einig, dass die Piqueteros einen gesamtgesellschaftlichen Wandel initiieren sollten.

Die Übernahme der von ihren Besitzern verlassenen Fabriken durch die Arbeiter entwickelte sich nach dem Aufstand zu einer sozialen Bewegung, die auf Grund der geringen Größe der Fabriken, der überwiegend kleinen Belegschaften⁴³ und der veralteten Ausrüstung weniger zahlenmäßige oder wirtschaftliche als moralische Bedeutung und Modellcharakter hat. Die Fabrikbesetzungen Ende der 90er Jahre machten in der Zeit des Zusammenbruchs des argentinischen Staates nach dem Aufstand im Dezember 2001 Schule. Hatten viele

38 Die Versammlungen wurden von zwei Versammlungsleitern und einem Protokollanten geleitet. Die Versammlungen dauerten so lange, bis alle, die sprechen wollten, an die Reihe gekommen waren. Die Redezeit war auf wenige Minuten begrenzt. Am Ende wurden Beschlüsse gefasst und gewählte Kommissionen mit deren Umsetzung betraut. Oftmals wurde die Debatte im Internet weitergeführt.

39 MTD Aníbal Verón: Movimiento de Trabajadores Desocupados Aníbal Verón – Bewegung arbeitsloser Arbeiter Aníbal Verón.

40 Wildcat-Zirkular Nr. 64 – Juli 2002 – S. B2-B23.

41 Argentinien – eine neue Bewegung, in: Indymedia vom 24. Januar 2003.

42 Verschiedene Piquetero-Bewegungen: Federación Tierra y Vivienda (FTV), gehört dem Gewerkschaftsdachverband CTA; Corriente Clasista y Combativa (CCC); MTD (Movimiento de Trabajadores Desocupados); MTR (Movimiento Teresa Rodríguez); Organisation Territorial- und Befreiungsbewegung (Movimiento Territorial y Liberación, MTL); die Unabhängige Bewegung der Rentner und Arbeitslosen (Movimiento Independiente de Jubilados y Desocupados, MIJD); die Koordination der unbeschäftigten Arbeiter (Coordinadora de Trabajadores Desocupados, CTD) Aníbal Verón sowie die Bewegungen Stadtviertel im Aufstand (Barrios de Pie) und Arbeiterpol (Polo Obrero)

43 Die Hälfte der besetzten Fabriken unter Arbeiterkontrolle hat weniger als 30 Arbeiter.

44 Ihre Belegschaft erhöhte sich von 250 im Jahre 2001 auf 400 Arbeiter 2003. Die Produktion von 10 000 Quadratmeter Fliesen monatlich konnte die Fabrik im gleichen Zeitraum auf mehr als 300 000 hochfahren. Die Fabrik musste fünf Räumungsversuche abwehren, zuletzt im April 2003. Vgl. *adital-poonal*, 4. Februar 2003, Buenos Aires.

45 Bei Brukman verdienen die Arbeiter 150 Pesos die Woche.

46 Ein Beispiel ist Brukman, der seine Herrenanzüge in fabriкеigenen Läden in Buenos Aires oder im Werk selbst verkauft.

47 Die Mitarbeiter von Zanon bauen zusammen mit den Handwerkern des Betriebes *Cerámica del Valle* und der Belegschaft von Stefani de Cutral einen Gesundheitsposten in dem Stadtviertel *Nueva España* auf. Dieses Projekt wird in der Nähe der Werkhalle von Zanon errichtet und wurde in der Versammlung einstimmig beschlossen. Das Bauvorhaben beträgt 100 Quadratmeter für zwei Behandlungsräume, einen Wartesaal und eine Küche. Die Zanon-Belegschaft legte in den Enteignungsunterlagen, die sie der Justiz unterbreitete, dar, dass sie ein gemeinnütziges Unternehmen entwickeln will, in: *Micheline Matos: Zanon bereitet sich auf Räumung vor*, in: *adital-poonal*, 16. August 2004, Buenos Aires.

48 Bei Brukman besteht die Kommission aus 6 Personen.

49 *Informe Cooperativa de Trabajo 18 de Diciembre/Ex-Brukman*. 29. Dezember 2003.

Belegschaften von verlassenen Fabriken noch bis 2001 auf eine staatliche Regelung für finanzielle Abfindungen gehofft, so machte der totale Zusammenbruch des sozialpolitischen Regelwerkes diese Hoffnungen zunichte und Selbsthilfe war nun der einzige Ausweg. Ein Beispiel ist die Keramikfabrik Zanon in Neuquén, die seit März 2002 unter Arbeiterkontrolle stand.⁴⁴ Bekannt wurden auch die Textilfabrik Brukman und die Brotfabrik »Panificación 5« in Buenos Aires. Im Jahre 2003 existierten in ganz Argentinien 180 besetzte Fabriken mit 15 000 Arbeitern. In den Fabriken bildeten sich neue Formen von Eigentum, Produktionsorganisation, Absatzsystemen und eine alternative Arbeitsorganisation heraus. Sie agieren in Form von Kooperativen, die das erwirtschaftete Geld unter ihren Mitgliedern zu gleichen Teilen aufteilen.⁴⁵ Die Fabriken beliefern größtenteils die gleichen Abnehmer wie früher und andererseits schufen sie sich alternative Absatzmöglichkeiten durch die Schaffung fabriкеeigener Läden⁴⁶ oder die Übernahme von lokalen gemeinnützigem Aufträgen⁴⁷. Typisch für diese Fabriken ist, dass innerhalb der Belegschaft keine Hierarchien bestehen und alles in der Vollversammlung entschieden wird. Nur nach außen vertritt eine Kommission die Interessen der Belegschaft.⁴⁸ Die Arbeiter der »wiederhergestellten Fabriken« mussten harte Kämpfe mit der Polizei und Justiz ausfechten, wobei sie sich wiederholten Räumungsversuchen widersetzen. Während der Auseinandersetzungen mit der Justiz und Polizei verbanden sich die Belegschaften mehrfach mit anderen sozialen Bewegungen wie den *Piqueteros* und Nachbarschaftsorganisationen. Bei Brukman wurden zwei und bei Zanon fünf Räumungsversuche durch die Polizei wieder abgebrochen und eine polizeiliche Besetzung von Brukman Ende 2003 schließlich wieder rückgängig gemacht.⁴⁹

Der Aufstand im Dezember 2001, der eruptionsartige Ausbruch der Ausgeschlossenen und neuen Armen aus den Mittelschichten, kann als die Etappe der Geburt einer großen Anzahl sozialer Bewegungen betrachtet werden.

Der Aufstand zerstörte zwar das alte politische System nicht, doch brachte er ein alternatives System hervor, das parallel zum alten bestand. Für vergleichbare Situationen in der Geschichte, wie z. B. in der Revolution von 1905 in Russland, findet der Begriff der Doppelherrschaft Verwendung. Doch dieser Begriff kann auf die argentinische Situation 2001/02 auf Grund des herrschaftsverneinenden Charakters fast aller sozialen Bewegungen auf keinen Fall angewendet werden. Anstatt von Doppelherrschaft sollte man in Argentinien von einem Doppelsystem sprechen, wovon das eine ein Herrschafts- und das andere ein herrschaftsloses System war. Auch wenn der Systembegriff in der Politikwissenschaft bisher nur im Sinne von politischer Herrschaft und staatlicher Politik Verwendung findet, so erhält er auf Grund des flächendeckenden, vernetzten und umfassenden Charakters der sozialen Bewegungen für die Jahre 2001 bis 2003 in Argentinien auch für diese Relevanz. Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist für diese Zeit das Bestehen eines parallelen repräsentativen Systems, das durch Basisdemokratie und Herrschaftslosigkeit gekennzeichnet war, charakteristisch. So wiesen alle Bewegungen ähnliche Entscheidungsfindungssysteme wie Vollver-

sammlungen, Mehrheitsentscheidungen, offene Abstimmungen und auf die Sprecherfunktion reduzierte Führer auf. Es gab keine festen Mitgliedermodi, abgeschlossene Programme und Statuten. Nach soziologischen Gesichtspunkten entstanden in dieser Zeit neue auf soziale Gleichheit ausgerichtete Gemeinschaften, die sich durch Selbsthilfe, Widerstand und Solidarität bis hin zur Selbstversorgung auszeichneten. *Asambleas Barreales*, die *Sparerbewegung*, die *Piqueteros* und die *wieder hergestellten Fabriken* breiteten sich flächendeckend im ganzen Land aus. Ein wichtiges Kennzeichen war die Vernetzung der Bewegungen untereinander, ihr direktes Zusammenwirken in gemeinsamen Aktionen und die Übereinstimmungen in den Protestformen nach dem Slogan »Piquete y caserola – la lucha es una sola« (Straßensperre und Kochtopf – das ist ein Kampf). Der hohe Grad der Beteiligung ist ein weiteres wichtiges Kennzeichen der sozialen Bewegungen. So hatte zwischen 2001 und 2003 jeder Dritte im Großraum von Buenos Aires an einer Protestaktion teilgenommen.⁵⁰

Die Präsidentschaft von Nestor Kirchner

Ein Ergebnis des Aufstandes und der sozialen Bewegungen war die Präsidentschaft des Linkspersonisten Nestor Kirchner, der am 25. Mai 2003 mit der niedrigsten Stimmenzahl in der argentinischen Geschichte sein Amt als Präsident antrat.⁵¹ Diese stimmenschwache Präsidentschaft ist einerseits Ausdruck der Krise innerhalb der Elite, deren Kandidat Kirchner überwiegend nicht war, und andererseits der Ablehnung von neoliberaler Politik durch die sozialen Bewegungen. In sein Programm nahm Kirchner durchaus Forderungen der verschiedenen sozialen Bewegungen auf, wie z. B. das Versprechen, stillgelegten Fabriken, wieder in Betrieb zu nehmen, und die Verträge mit den Unternehmern zu prüfen, deren Firmen früher in staatlicher Hand waren und die dann unter Präsident Carlos Menem privatisiert wurden. Er versprach Lohnerhöhungen und Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitswesen. Sozialpolitisch stellte Kirchner erst einmal ein Basiseinkommen für alle sicher, das aus dem Fonds der zwanzig Prozent einbehaltenen Getreideexporte bestritten wurde.

Was den neuen Präsidenten besonders auszeichnete, war seine neue Haltung gegenüber dem Militär. Ende 2003 setzte er fünfzig Generäle ab und besetzte die Militärspitze neu. Im August wurden unter Kirchner die Amnestiegesetze von 1986 und 1987 gegenüber den während der Militärdiktatur für Verbrechen verantwortlichen Militärs vom Abgeordnetenhaus aufgehoben und vom Senat bestätigt. Daraufhin fand eine Reihe von Verfahren gegen hohe Militärs statt.⁵² Die juristischen Reformen des Präsidenten erneuerten das Oberste Gericht und entfernten die Anhänger Menems.

Unter Kirchner konnte ein erheblicher wirtschaftlicher Aufwärtstrend verzeichnet werden. Dieser war einerseits das Ergebnis der Aufhebung der Dollarbindung und Aussetzung der Zahlungen an die Gläubigerbanken durch die vorhergehende Regierung und andererseits auf Kirchners Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Kirchner setzte einen Importstopp und eine Wechselkursänderung durch, wodurch die Exporte erheblich anstiegen und der einheimischen Wirtschaft neue Impulse gaben. Nach Jahren des Defizits verzeichneten

50 Zirkular Nr. 64.

51 Nach mehreren Übergangspräsidenten und nachdem der Übergangspräsident Duhalde vorzeitig sein Amt abgegeben hatte, fanden am 27. April 2003 Wahlen statt, aus denen keiner der beiden peronistischen Kandidaten, weder Carlos Menem mit 24,3 Prozent noch der Linkspersonist Nestor Kirchner mit 22 Prozent der Stimmen, als Sieger hervorging. Da in einem zweiten Wahlgang Kirchner durch die Unterstützung von anderen Parteien die meisten Stimmen auf sich vereint hätte, gab Carlos Menem seine Kandidatur zurück.

52 Kirchner stimmte der Auslieferung Ricardo Miguel Cavallos durch Mexiko an Spanien zu. Der ehemalige Marineoffizier war in der Esma (Marineschule in Buenos Aires) für den Tod von 5000 politischen Gefangenen verantwortlich. Im Juni 2003 wurde Suarez Mason wegen Mord und Kindesentführung zu weiteren Jahren Hausarrest verurteilt. Außerdem fand 2003 die Vernehmung von neun Militärs wegen des Mordes an 22 Regimegegnern 1976 im Norden des Landes, dem Massaker von Margarita Belén statt.

53 Es betrug ca. 29,3 Mrd. US-Dollar.

54 Der Handelsüberschuss von 15,5 Mrd. US-Dollar kam der Wirtschaft sehr zugute. Die Hälfte des Exportzuwachses wurde allerdings aus Soja (37 Prozent) und ein Viertel aus Erdöl erzielt. Das ruft die Besorgnis einer zunehmenden Abhängigkeit von wenigen Produkten hervor. Die Importe haben einen Wert von 13,8 Mrd. US-Dollar (2002: 9,0 Mrd.). Jorge Carpio: Der Katze das Glöckchen umhängen, in: *ila* 276, Juni 2004, S. 9-11.

55 Ebenda.

56 Ebenda.

57 Ebenda.

die Staatsfinanzen im Dezember 2003 erstmals einen Fiskalüberschuss von mehr als 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Gleichzeitig wurde das höchste Volumen der Warenexporte seit 14 Jahren erzielt,⁵³ was zu einem Anwachsen der Devisenreserven führte⁵⁴. So kam es seit dem vierten Quartal 2002 zu einer kontinuierlichen Erholung der Wirtschaft. 2003 nahm das BIP um 8,7 Prozent zu, wobei die Industrieproduktion 2003 um 16,3 Prozent und 2004 um 27 Prozent anstieg. Dies betraf besonders diejenigen Industriebereiche, die für den Export produzierten wie die Agro-, Stahl-, petrochemische und Bauindustrie. Hinzu kommt eine intensive Importsubstitution in Industriebereichen wie der Textil- und Metallverarbeitung.⁵⁵ Das Ansteigen des Verbraucherpreisindex zwischen Dezember 2001 und März 2003 um 44,5 Prozent zeigt, dass sich der Aufwärtstrend in der Wirtschaft in einer Verbesserung der sozialen Situation in bestimmten Teilen der Bevölkerung niederschlug.

Allerdings hatte der wirtschaftliche Erfolg von Kirchner zwei schwerwiegende strukturelle Defizite. Erstens beseitigte die neue Wirtschaftspolitik nicht die Armut. Im Dezember 2003 lebten nach Angaben der Regierung immer noch 47,8 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und davon 20,5 Prozent unter der Grenze extremer Armut. Vierzig Prozent der Argentinier hatten immer noch keinen oder keinen festen Job.⁵⁶ Zweitens hatte Kirchner das Problem der hohen Auslandsschulden mit 140 Milliarden Dollar Schulden im Jahr 2004 nicht gelöst. Nach monatelangen Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde vereinbart, dass Argentinien bis 2006 nur die anfallenden Zinsen von rund 2,3 Milliarden Dollar an den IWF, die Weltbank sowie die interamerikanische Entwicklungsbank zahlen muss, was das Problem zwar aufschiebt, aber nicht aufhebt. Die Absichten Kirchners, Steuern auf Auslandsguthaben von Argentinern zu erheben und die Schulden an Gläubiger nicht zurückzuzahlen, die wissentlich risikobelastete Anleihen tätigten, wurden vom IWF und der Weltbank nicht akzeptiert.⁵⁷

Regression und Differenzierung sozialer Bewegungen

Mitte 2003 begann mit der sozialen Besserstellung eines Teils der Bevölkerung und der politischen Konsolidierung die Phase der Differenzierungen, die mit Spaltungen zwischen und innerhalb der Bewegungen einhergehen. In den Bewegungen gab es um die Frage der Gestaltung des Zusammenlebens im parallelen System und um das Verhältnis zur offiziellen Politik harte Auseinandersetzungen. Nachdem Nestor Kirchner an die Regierung kam, ging die Beteiligung an den Stadtteilversammlungen und an der Schuldnerbewegung erheblich zurück und viele wurden ganz eingestellt. Diese Bewegungen, die die größte Verbreitung in den Jahren 2001 bis 2003 gefunden hatten, waren auch diejenigen, die den größten Niedergang erlebten.

Regression und Differenzierung trifft auch für *Piqueteros* zu, auch wenn Straßensperren und Demonstrationen in ganz Argentinien Ende 2004 fast täglich stattfanden, wie ich im Zug nach San Isidro selbst feststellen konnte. 2003 gab es nur halb so viele Straßensperren wie 2002. Obwohl die Armut in keiner Weise zurückging, ließ

die gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung durch andere soziale Gruppen in dem Moment nach, in dem sich die Situation eines Teils der Mittelschichten unter der neuen Regierung von Nestor Kirchner verbesserte. Jetzt wurden die Straßensperren der *Piqueteros* als störend und überflüssig empfunden.

Nach der Amtseinführung von Kirchner hatte es den Anschein, als würde die neue Regierung die Piquetero-Bewegung akzeptieren und sie in ein breites demokratisches und auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtetes politisches Konzept einbinden. Der neue Präsident verhandelte mit Vertretern der Bewegung über Hilfen, wobei der »Plan Trabajar« (Plan Arbeit) entstand. Jeder registrierte Piquetero erhielt danach eine Unterstützung von monatlich 150 Pesos, was angesichts des Mindestbedarfs von 400 Pesos völlig unzureichend ist. Auch stellte das Ministerium für soziale Entwicklung Lebensmittelpakete zur Verfügung. Einige Piquetero-Organisationen akzeptierten diese Maßnahmen, andere lehnten sie empört ab. Das MTD Aníbal Verón ging z. B. auf die Regierungshilfen ein, verwaltet das bereitgestellte Geld selbst und errichtet davon die Infrastruktur für sein alternatives Wirtschaftsprojekt. Andere Piquetero-Organisationen betrachteten die Hilfe als Verspottung, lehnen die damit verbundene staatliche Kontrolle ab. Über die Frage der Akzeptanz staatlicher Hilfe spaltete sich die Bewegung. Die Regierung provozierte die Spaltung der Piqueteros zusätzlich dadurch, dass sie Gefolgschaft mit moralischen Noten versah und zwischen »guten« und »schlechten« Piqueteros unterschied. Dies wirkte als Verstärkungseffekt auf die ablehnende Haltung der Mittelschichten.

Die regierungsnahen Medien wie »La Nación« forderten ab 2003 in einer Medienkampagne die Regierung auf, gegen die Piqueteros vorzugehen. Außerdem erschienen hunderte von Anzeigen gegen Führungspersönlichkeiten der Piqueteros wegen Korruption, genau gegen den Tatbestand, den die Piqueteros bei der Regierung anklagten.⁵⁸ Der Erfolg der Spaltungspolitik der Regierung und der Medien kann daran gemessen werden, dass sich die Diskussion um das Problem von staatlicher Hilfe für die Piqueteros immer mehr auf die Frage des angeblichen Missbrauchs verlagerte, was zu einer weiteren Diskreditierung der Bewegung insgesamt führte. Nicht mehr die Frage, ob Menschen von 150 Pesos im Monat leben können, war wichtig, sondern die Vermutung, dass es Menschen gäbe, die zu Unrecht 150 Pesos erhielten. Der Prestigeverlust der Piqueteros unter breiten Bevölkerungsschichten schuf den Boden für einen Kurswechsel der Regierung und der Sicherheitskräfte von Verhandlungen zu Repressionen, besonders gegenüber den radikaleren und konsequenteren Gruppen. Der Anführer der Piquetero-Organisation MIJD⁵⁹ Raúl Castells, wurde am 25. August 2004 in der nördlichen Provinz Chaco wegen angeblicher Erpressung inhaftiert⁶⁰.

Ein weiterer Punkt sind die Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen den Piqueteros-Organisationen, die sich um die Frage der Autonomie und ihres Verhältnisses zum Staat drehen. Eine Reihe dieser Organisationen wie z. B. MIJD, Barrios de Pie und der Polo Obrero wollen zu den Kommunalwahlen eigene Kandidaten aufstellen. Wieder andere wie die Organisation CCC,⁶¹ FTV, MTR und Beto Ibarra von der Kommunistischen Partei lehnen es ab, in politischen

58 Vgl. adital-poonal, 4. Februar 2003, Buenos Aires.

59 MIJD – Unabhängige Bewegung von Rentnern und Arbeitslosen – Movimiento Independiente de Jubilados y Desocupados.

60 Vgl. Recosur-poonal vom 22. September 2004.

61 Corriente Clasista y Combativa – Klassisch kämpferische Strömung.

62 So versperrten in Dock Sud in Buenos Aires Arbeitslose mit ihren Familienangehörigen die Ein- und Ausfahrten des dortigen Petrochemie-Unternehmens. Nur die beschäftigten Arbeiter wurden durchgelassen. Blockaden gab es ebenfalls bei Firestone, vor der Einfahrt des Coca-Cola-Konzerns und anderen Industriezentren in Llavallol. Ähnliche Aktionen fanden in Chaco, Córdoba und Bahía Blanca statt. Die MTL sperrte den Zugang zu den Hochofen-Anlagen in Zapla in der Provinz Jujuy. Die CTD Aníbal Verón sperrte im Rahmen des Aktionstages am 4. Februar die Pueyrredón-Brücke, ein strategischer Verbindungspunkt zwischen der Stadt Buenos Aires und ihrem südlichen Umfeld.

63 Vgl. adital-poonal vom 4. Februar 2003, Buenos Aires.

64 Ebenda.

65 Raina Zimmering: Interview mit Arbeitern von Brukman am 10. März 2004, Buenos Aires.

66 Micheline Matos: Zanon bereitet sich ... a. a. O.

Vertretungen zu repräsentieren. Eine neue Kampfform dieser Piqueteros-Organisationen besteht darin, Firmenkomplexe zu besetzen und damit die eigentlichen Verantwortlichen für Armut und Arbeitslosigkeit zu treffen.⁶² Außerdem arbeiteten sie gemeinsame Aktionspläne für Straßen- und Brückenblockaden im ganzen Land aus. Sie organisierten Protestaktionen vor dem Arbeitsministerium in Buenos Aires, um eine Erhöhung der Arbeitslosengeldzahlungen und Sozialpläne zu fordern.⁶³

Ähnlich wie in der Piquetero-Bewegung kam es innerhalb der Bewegung *instand gesetzter Fabriken* zu Differenzen über die Frage des Verhältnisses zur Regierung und der geeigneten Organisationsformen. Vom Dachverband MNER spaltete sich ein Teil der Fabriken ab und bildete einen neuen Dachverband, den MNFRT.⁶⁴ Ein Teil der Belegschaften vertraute sich Rechtsanwälten an, die für die jeweilige Fabrik Vorteile vor Gericht erwarben, junktimartig politische Enthaltensamkeit forderten und eine Entsolidarisierung mit den anderen Fabriken erreichten. Ein Beispiel ist der Anwalt Luis Caro, der dem konservativen Flügel der Peronistischen Partei angehört und Kontakte mit Aldo Rico hat, der 1989 eine Militärrevolte der sog. »Caras Pintadas« (Bemalte Gesichter) anführte. Ein Teil der *instand gesetzten Fabriken* verhandelt mit dem Staat darüber, dass dieser vorübergehend Maschinen, Know how und Gebäude übernimmt und die Arbeiter als Kooperative weiter produzieren lässt. Nach einem gewissen Zeitraum soll die Kooperative das Werk von den eigenen Einnahmen vom Staat zurückkaufen. Ungeklärt blieb immer die Frage der Schulden der alten Unternehmen. Für diese fühlten sich die Belegschaften nicht verantwortlich.⁶⁵ Auf der anderen Seite ist der Staat nicht bereit, die Schulden zu übernehmen. Aus diesem Dilemma heraus wollen andere *instand gesetzte Fabriken* wie z. B. Zanon einen anderen Weg beschreiten. Sie fordern Verstaatlichung und Arbeiterkontrolle. Die Frage der Schulden soll durch ein »Nationales Enteignungsgesetz« geregelt werden. Die staatliche Repression richtet sich genau gegen diese Fabriken.⁶⁶

Die Auflösungserscheinungen des Netzes der verschiedenen sozialen Bewegungen waren vom Aufkommen konservativer populistischer Strömungen begleitet, die im Sinne von Law and Order agierten. Ein Beispiel ist die Kampagne von Juan Carlos Blumberg, der durch die Öffentlichmachung des Todes seines Sohnes Axel, Massen für seinen »Kreuzzug für mehr Gerechtigkeit und Sicherheit« aktivierte. Diese Bewegung untergräbt die Zielrichtung der bisherigen sozialen Bewegungen erheblich.

Schlussfolgerungen

Die von Wissenschaftlern wie Habermas, Nohlen, Rucht und Neithardt ausgearbeiteten Charakteristika von sozialen Bewegungen entsprechen zu einem großen Teil den Bewegungen in Argentinien, werden ihnen aber auch in vielen Punkten nicht gerecht. Übereinstimmung gibt es in der Ablehnung der Übernahme der politischen Macht, Aktionen des zivilen Ungehorsams, Selbsthilfe, Öffentlichkeit als Kampfform im Sinne einer Gegenöffentlichkeit (*reclaim the streets*) und die fehlende Dominanz von Parteien und Gewerkschaften. Wichtig ist, dass sich die Bewegung, die mit dem Aufstand im

Dezember 2001 entstanden ist, eine von traditionellen Politikmustern »absetzende, destituierende Aktion« und nicht eine klassische, Macht anstrebende, instituierende Bewegung war.

Die sozialen Bewegungen überschritten aber auch die als wesentlich herausgearbeiteten Kriterien. Als erstes drängt sich die Frage nach der Akteursrolle im sozialen Wandel auf. Die Bewegungen in Argentinien versuchten nicht nur, durch Protest sozialen Wandel anzustoßen, aufzuhalten oder rückgängig zu machen, sondern sie führten Wandel selbst aktiv durch, indem sie parallele Strukturen schufen. Es wurde nicht nur protestiert und dekonstruiert, sondern während dessen auch konstruiert. Diese Aktionsweise entspricht der anarchistischen Linie, die während des Spanienkrieges 1936-1938 zu großen Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Brigaden geführt hatte.

Ein weiterer Punkt ist die enge Definition von Politik, die den meisten Theoretikern in der Definition Zivilgesellschaft zugrunde liegt. Insbesondere in der US-amerikanischen Schule des Kommunitarismus, wie z. B. bei Charles Taylor oder Amitai Etzioni, aber auch bei Jürgen Habermas und Diethelm Neithardt, wird Zivilgesellschaft als zwischen Politik und Wirtschaft stehend betrachtet. Danach macht die Zivilgesellschaft als soziale Bewegung nicht selbst Politik, sondern nimmt lediglich Einfluss auf Politik und verändert sie zu ihren Gunsten. Da die Bewegungen jedoch ein paralleles System mit eigenen Entscheidungs- und Aktionsmechanismen und alternativen Wirtschaftseinheiten aufbauten, wurde der Gedanke an Politikenthaltung absurd. Hier wird nicht nur Einfluss auf Politik geübt, sondern selbst Politik gemacht. Damit erübrigte sich auch das Kriterium der Selbstbegrenzung der Zivilgesellschaft. Zwischen 2001 und 2003 bezogen sich die sozialen Bewegungen nicht allein auf ihre eigenen Gruppen. Während des Aufstandes verknüpften sich alle Bewegungen zu einem Protestkonglomerat, dessen kritische Schnittmenge der Slogan »Qué se vayan todos« bildete. Die außerhalb der Zivilgesellschaft bestehenden Bereiche der Gesellschaft wie Wirtschaft und Politik wurden somit durchaus subsumiert. John Holloway nennt es das »positive Nein«.⁶⁷

Auch wenn die Frage der Übernahme der politischen Macht von den meisten sozialen Bewegungen nicht gestellt wurde, so heißt das nicht Selbstbegrenzung. Sie wollten nicht die Macht in dem nationalstaatlich geprägten System, doch errichteten sie im Sinne einer »Anti-Macht« das parallele System.⁶⁸

Mit der Wahl von Kirchner und dem Rückgang der sozialen Bewegungen, insbesondere dem Aufbrechen der engen Verwobenheit des Netzwerkes der Aktionsgruppen, sind diese Bewegungen zur »klassischen Reinheit« der »neuen sozialen Bewegungen« zurückgekehrt. Damit gewinnt auch das Kriterium der Selbstbegrenzung erneut an Bedeutung. Zwar existieren, gerade bei den Piqueteros und den instand gesetzten Fabriken, weiterhin parallele Systeme, doch durchziehen sie nicht mehr die gesamte Gesellschaft, sondern verharren bei der eigenen Gruppe und verweben sich durchaus mit dem herrschenden wieder stabilisierten nationalstaatlichen politischen System einer repräsentativen und pluralistischen Demokratie. Das heißt aber nicht, dass das Neue nur eine Ausnahmeerscheinung in

67 Vgl. John Holloway: Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster 2004.

68 Ebenda, S. 178.

einer Ausnahmesituation darstellt und keinerlei Modellcharakter besitzen würde. Der Verschleiß des parallelen Modells ist dem Charakter sozialer Bewegungen geschuldet, die sich bei situativen Veränderungen schneller verbrauchen als institutionalisierte Repräsentationssysteme. Jedoch hat sich ein Erfahrungs- und Einstellungsfundus unter den unterschiedlichsten Schichten der Gesellschaft angesammelt, der lange nachwirken wird und jederzeit neu aktiviert werden kann. Außerdem lebt die Kultur des Protestes und kritischen Einstellung gegen neoliberale und korrupte etablierte Politik, besonders in der jüngeren Generation, weiter, wovon ich im März 2004 im Zug nach Isidro selbst Zeugin wurde.

ASSIA TEODOSSIEVA

Bulgarien an der Schwelle zum EU-Beitritt

Gewinne, Kosten und soziale Dimensionen

Das (gemeinsame?) Haus Europa

Kann man das Jahr 2004 im Zusammenhang mit der gefeierten Verfassungsunterzeichnung als das Jahr der großen Hoffnungen in der Europäischen Union betrachten, so erwies sich 2005 als das Jahr der großen Enttäuschung: In Frankreich und in den Niederlanden wurde die EU-Verfassung in Volksabstimmungen abgelehnt. Und noch sind nicht alle Ratifizierungen gelaufen. Ohne das »Ja« der 25 Mitgliedsstaaten tritt die Verfassung nicht in Kraft.

Das Scheitern des ambitiösen Projekts hat seine Gründe nicht zuletzt im fehlenden Willen der Politiker, die Unzufriedenheit der eigenen Bevölkerung wahrzunehmen. Es mag sein, dass die Ablehnung ein Zeichen für ungelöste innenpolitische Probleme ist. Es ist aber auch wahr, dass die politischen Eliten Europa in den letzten Jahren in Richtung Neoliberalismus geführt haben. Mag sein, dass es ökonomische Gründe gibt, die für einen solchen Kurs sprechen. Wahr ist aber auch, dass das eine ernsthafte Bedrohung für den bis jetzt im Sozialbereich geschaffenen Fortschritt bedeutet. Haben die Politiker vielleicht vergessen, dass die große Idee von Europa nicht nur politische und wirtschaftliche Dimensionen hat, sondern auch ein bestimmtes Niveau an sozialer Sicherheit und Zufriedenheit?

Ein ambitioniertes Projekt wie die Schaffung einer europäischen Verfassung braucht eine breite demokratische Legitimation. An einem Entwurf, der so schnell entwickelt wurde, dass nur wenige Monate für andere Ideen, Änderungsvorschläge und öffentliche Debatten blieben, musste man von Beginn an zweifeln. Befürchten doch viele, dass mit ihr die Ära des puren Neoliberalismus in Europa eingeleitet wird. Das »Nein« der Referenden in Frankreich und den Niederlanden ist gewiss keine Ablehnung der Idee der Vereinigung der Kulturen, der in Jahrhunderten entstandenen geistigen Werte und Zivilisationen Europas. Es ist aber sehr wohl ein Zeichen gegen das heutige »Brüssel-Europa«, das zu einer großen bürokratischen Maschine geworden ist, die nach immer mehr Macht und Kontrolle strebt.¹ Die Menschen hatten Angst und das Gefühl, nicht genug informiert zu sein. Und sie wollten nicht unter Zeitdruck stehen. Schließlich handelt es sich um eine Übertragung von Souveränität auf die EU, die für Jahrzehnte bindend sein wird. Die dem »Nein« folgende Krise in der Union zeigte, wie zerbrechlich große, »im Namen der Völker Europas« gemachte Pläne sind, wenn sie nicht den wirklichen Willen dieser Völker widerspiegeln. Die gescheiterten Debatten über den neuen Finanzrahmen des Unionsbudgets während des EU-Gipfels am 16. Juni 2005 zeigen da-

Assia Teodossieva – Jg. 1972; Juristin; 1996 Absolventin der Universität »Sw. Kliment Ohridki«, Sofia (Bulgarien) in den Fächern Jura und Wirtschaftswissenschaft, 2001 des L.L.M.-Aufbaustudien-ganges an der TU Dresden im Fach Europarecht mit Schwerpunkt EU-Erweiterung; Magister Legum in Europäischem Integrationsrecht; seit April 2002 Promovendin an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin; Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zuletzt in UTOPIE kreativ: Bulgarien zwischen Jahrtausendgeschichte und Globalisierung, Heft 162 (April 2004).

1 Dimitar Ivanov: Trusove v ES, a vlastta ni predlaga pasti, in: »Trud« v. 7. Juni 2005, S. 12.

rüber hinaus, dass die nationalen Egoismen mitnichten bereits von der Karte Europas verschwunden sind – auch wenn die Öffnung der Grenzen anderes vermuten lassen müsste.

Die Politiker, überzeugt von den politischen und wirtschaftlichen Vorteilen einer erweiterten, durch eine Verfassung gestärkten Union, scheiterten in dem Versuch, ihre eigene Überzeugung auch den eigenen Völkern nahe zu bringen. In der Politik werden unpopuläre und schwierige Entscheidungen häufig nicht durch Volksbefragungen und Referenden, sondern durch die nationalen Parlamente durchgezogen. Die Erweiterungsrunde von 2004 – die bisher größte in der Geschichte der Union² – hatte die Aufgabe, eine »Vollendung Europas« zu erreichen. Große Teile der Bevölkerung der »alten« EU³ hatten aber das Gefühl, diese Erweiterung sei viel zu schnell gekommen. Die Politiker feierten sie als großen Schritt vorwärts, aber in vielen Unionsbürgern blieb das Gefühl, dass alles »von oben« organisiert worden sei. Hier liegen die Wurzeln des Misstrauens auch gegenüber der Verfassung Europas.

2 Aufgenommen wurden Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Damit umfasst die EU 25 Mitgliedsstaaten.

3 Die »alten« Mitglieder sind: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande (Gründungsmitglieder); Dänemark, Großbritannien, Irland (1973 beigetreten); Griechenland (1981); Portugal, Spanien (1986); Finnland, Österreich, Schweden (1995).

4 Nach einer Umfrage des Instituts Allensbach (23. April bis 8. Mai 2005) ist die deutsche Bevölkerung eher gegen eine neuerliche EU-Erweiterung als für sie. Sie würde eine politische Vertiefung der Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten bevorzugen. Für den EU-Beitritt Bulgariens sind demnach 24 %, gegen ihn 49 %; für den EU-Beitritt Rumäniens sind 19 %, gegen ihn 53 %; und für den EU-Beitritt der Türkei sind 12 %, gegen ihn 66 %.

Was ist mit den »Neuen«?

Die zehn im Jahre 2004 aufgenommenen neuen EU-Mitglieder haben in den letzten 15 Jahren vielerlei Anstrengungen unternommen, um ins Haus Europa umziehen zu dürfen. Gleichzeitig liefen in der EU unter den 15 »Alt«-Mitgliedern bereits die Verfassungsverhandlungen. Die Neuen waren glücklich, bereits als Beitrittskandidaten zur »Mitarbeit« im Konvent eingeladen worden zu sein. In der Realität blieben sie zwar nur Beobachter, aber man konnte sie später mit in Verantwortung nehmen, denn sie »waren dabei«.

Nun muss man jedoch konstatieren, dass die Begeisterung für eine immer größer werdende EU bei den alten und neuen Mitgliedsstaaten unterschiedlich groß ist. Die neu gebackenen EU-Bürger sind immer noch euphorisch und weniger kritisch. Der Vergleich mit ihrer Vergangenheit macht ihnen das angebotene »Projekt Europa« natürlich attraktiv. Die Bewohner der »alten« Mitglieder aber sind mit den Jahren kritischer geworden.⁴ Während die Nachkriegsgenerationen Europa von den Kriegswunden heilen und aus der Asche wieder aufbauen sollten, legen ihre Kinder und Enkel mehr Wert auf den Inhalt des nun geschaffenen »Hauses Europas«. Sie schätzen die Vorteile des Lebens in einem zusammengewachsenen Europa, aber sie wissen auch, was das kosten kann. Sie fragen vorsichtig: Was soll die Zukunft bringen? Und um welchen Preis? Besonders die Jungen sind kritisch. Sie wollen nicht nur Fragen stellen, sondern auch mitmachen und mitwirken. Schließlich sind sie es, die in jenem Europa leben, das heute vor ihren Augen neu modelliert wird.

In der Zeit vor der Wende war die Zukunft der Jugend in den neuen Demokratien aus dem östlichen Teil des Kontinents irgendwie vorprogrammiert. Ein Minimum an Sicherheit gehörte dazu. Heutzutage sieht die Welt für sie anders aus. Was immer die Zukunft bringt – es ist auf keinen Fall ein gesichertes Leben. Ihre Rettung in dieser schnell sich verändernden Umgebung besteht nur in einem: flexibel zu sein. Das ist das Gebot des Westens.

Nach der Wende in Ost-Deutschland und in den neuen Demokratien im östlichen Teil des Kontinents war die politische Laune rebel-

lisch geprägt. »Was immer es kosten mag – bloß nie wieder das Alte«, war das Motto. Mit den Jahren aber wurde klar, dass die politischen Änderungen nicht blitzschnell eine andere Welt bringen konnten. Die Umwandlung braucht viel mehr Zeit und Planung, als am Anfang vermutet. Vieles ist zu schnell gemacht worden. Auf der Grundlage der bereits existierenden Ökonomie hätte man wesentlich mehr aufbauen können als – wie es in der Realität geschah – auf den Trümmern einer völlig zerstörten Wirtschaft. Sicher wäre es klüger gewesen, die existierenden Auslandsmärkte nicht leichtsinnig abzugeben und das vor der Wende Erreichte nicht einfach als »gebrandmarkt« abzulehnen. Diese Erfahrung hätten die älteren Generationen den Jüngeren besser übertragen können. Die Modellierer der neuen postkommunistischen Welt wollten keine Zeit verlieren. Sie waren überzeugt von ihrer eigenen Kraft und vom Erfolg. Den Faktor »Zeit« aber haben sie unterschätzt. Dabei ist doch offensichtlich, dass alles, was bei »Null« oder gar bei »Minus« anfängt, Zeit braucht, um sich entwickeln zu können.

Politische Belastungen, wirtschaftliche Kosten und soziale Erwartungen

Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist Europa heute friedlich vereinigt. Die EU gibt Millionen ihrer Bürger seit 50 Jahren das verheißungsvolle Versprechen, Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten. Sie setzt sich außerdem die Aufgabe, Hunderten Millionen Bedürftigen in den Entwicklungsländern zu helfen. Die Erweiterungsrunde von 2004 vergrößerte nicht nur die Stabilität auf dem Kontinent, sondern auch die Macht und das Prestige des einzigartigen Staatenbundes auf der internationalen Ebene.

Andererseits bringt die Erweiterung in der Struktur der Union Änderungen in der Stimmengewichtung, eine Erweiterung der Brüsseler Administration, eine Vergrößerung der Zahl der Netto-Nehmer und eine Verminderung der Zahl der Netto-Geber sowie neue Möglichkeiten für die kleinen Staaten mit sich, sich umzugruppieren, um der Macht der Großen etwas entgegen zu setzen. Es ist kein Wunder, dass dies alles zu Unsicherheit, Angst und Besorgnis führt.

Makroökonomisch gesehen, erwarten Experten von der Erweiterung langfristig große wirtschaftliche Vorteile wie Erweiterung und Integration des Marktes mit der Folge der Produktionsstimulierung, Senkung der Produktions- und Transportkosten, Verlagerung von Produktion in die neuen Mitgliedsländer. Das – natürlich – ist ein entscheidender Impuls für das Vorantreiben dieses Prozesses. Kurzfristig aber entstehen erhebliche Probleme. Die 25-Mitglieder-EU ist durch große Entwicklungsunterschiede geprägt. Im Vergleich zur EU-15 ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der EU-25 wesentlich geringer – als Folge der durchschnittlichen Produktivität und der Anteil der nicht so gut entwickelten Marktwirtschaft der neuen Mitglieder.⁵ Mit der Erweiterungsrunde von 2004 erhöhte sich die Bevölkerungszahl gegenüber der EU-15 um 20 %, aber das Bruttoinlandsprodukt wuchs nur um 5 %.⁶

Eine Liberalisierung der Arbeitsmärkte würde vor allem den Angehörigen der Beitrittsländer zustatten kommen. In den älteren EU-Ländern sind die Ängste und Besorgnisse in diesem Zusammenhang

5 In: »Buletin Evropa«, Nr. 5/2003, S. 6.

6 »Dnevnik online«, Europejski perspektivi, www.dnevnik.bg/evropa (Stand 19. Februar 2004).

groß, da eine Arbeitsmigration aus den Beitrittsländern befürchtet wird. Aus diesem Grund wurden mit den Kandidaten aus Mittel- und Osteuropa vor dem Beitritt Übergangsregelungen vereinbart. Die in ihnen enthaltenen Sperrfristen können die alten EU-Mitglieder abhängig von ihrer innerstaatlichen Arbeitsmarktlage nach Absprache mit der Kommission um einige Jahre verlängern. Insgesamt sollen aber sieben Jahre nach dem Beitritt die Arbeitsmärkte auch für die neuen EU-Bürger völlig geöffnet werden.

In der Regional- und Agrarpolitik sind vor allem die Länder aus der Mittelmeerregion (Griechenland, Italien, Spanien, Portugal) betroffen, die mit den neuen ärmeren Mitgliedern die EU-Beihilfen teilen sollen, was eine umfassende Reform der EU-Agrarpolitik notwendig macht.

Anfang 2004 begründete die EU eine Erhöhung der Budgetmittel für Regionalentwicklung für den Zeitraum 2007-2013 mit dem Erfolg jener »Annäherungspolitik«, die in der Vergangenheit zu einer Verminderung der Gegensätze zwischen den Mitgliedsländern geführt hatte. Dem Vorschlag zufolge sollen die 15 Alt-Mitglieder 52 % (174 Mrd. Euro) der Finanzmittel für die Regionalpolitik und den Strukturfonds bekommen, der sich insgesamt auf 336 Mrd. Euro oder ein Drittel des EU-Budgets beläuft. Die 10 neuen Mitglieder sollen 42 % (140 Mrd. Euro), Bulgarien und Rumänien (deren Beitritt im Jahr 2007 erwartet wird) 6 % (22 Mrd. Euro) erhalten.⁷

7 Ebenda.

Politisch betrachtet ist der Gewinn an Sicherheit für die neuen und die zukünftigen EU-Mitgliedsländer im Vergleich zu den wirtschaftlichen und finanziellen Vorteilen viel bedeutender.

Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien trägt ohne Zweifel zur Demokratievertiefung, zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur liberalen Gesetzgebung in diesen Ländern bei. Ihre Integration bedeutet eine natürliche Fortsetzung des politischen und wirtschaftlichen Wandels nach der Wende.

Von den politischen Eliten der neuen Mitgliedsländer wurde deren EU-Beitritt als ein Weg ohne Alternative dargestellt. Aus dieser Sicht sind wirtschaftlich betrachtet zwei Aspekte für die Entwicklung der neuen und zukünftigen EU-Mitglieder herauszuheben: der Binnenmarktzugang und die Übernahme des EU-Rechts. Die Hauptgewinne sind mit der Liberalisierung des Handels und den Außeninvestitionen verbunden. Die ausländischen Direktinvestitionen nehmen als Folge eines reduzierten politischen Risikos zu. Die Hoffnungen der Bevölkerung richten sich auf ein erhöhtes Wirtschaftswachstum, bessere Lebensqualität und höhere ökologische Standards. Die Gesellschaft insgesamt – so heißt es – profitiert von den Reformen, da sie mehr Transparenz und erhöhte Finanzkontrolle mit sich bringen.

8 Bulgarien unterzeichnete als drittes Land nach Polen und Ungarn sein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten. Vgl. Amtsblatt Nr. L 358 vom 31. Dezember 1994, S. 0003-0222.

Bulgariens Weg in die EU – Schwierigkeiten, Herausforderungen und Widersprüche

Siebzehn Jahre nach der Herstellung von bilateralen Beziehungen mit der EU wurde Bulgarien aus verschiedenen Gründen nicht Teil der Erweiterungsrunde von 2004. Das war für viele Bulgaren eine schmerzhaft Erfahrung, da das Land in den 90er Jahren eines der damals nur sechs assoziierten Länder war, aber später von anderen Kandidaten überholt wurde.⁸

Lange Jahre hat sich Bulgarien intensiv vorbereitet. Als erster unter den mittel- und osteuropäischen Kandidaten stellte es ein Nationales Programm für die Annahme des EU-Rechts (*acquis communautaire*) vor. Es wurde ein nationaler Mechanismus für die Koordinierung der Aktivitäten der europäischen Integration geschaffen. Es folgten eine nationale Strategie für den EU-Beitritt und ein Programm für die Umsetzung dieser Strategie. Was die Öffentlichkeit betraf, brachte dies alles aber keine Klarheit dahingehend, was letztendlich vom Staat vor und nach dem Beitritt geleistet werden soll. Zwar versprachen die Politiker eine fast magische Lösung der Probleme der ziemlich lange dauernden wirtschaftlichen Umwandlung. Aber was die Kosten und der soziale Preis des Beitrittes sind, welche Gegenleistung von der Bevölkerung erwartet wird – das traute sich niemand zu erklären.

Jetzt unternimmt Bulgarien alle nur denkbaren Anstrengungen, um 2007 in die EU aufgenommen zu werden. Es gab viel Aufregung und auch Kritik im Lande selbst: Die Beitrittsverhandlungen seien zu schnell und untransparent gelaufen, neue Regulationsmechanismen seien »nach Masse« übernommen worden, Kompromisse mit der Europäischen Kommission seien zu Lasten des nationalen Interesses gegangen (z. B. Schließung von voll funktionsfähigen und dem Weltsicherheitsstandard entsprechenden Reaktoren des Atomkraftwerks Kozlodui).

Im Grundsatz hat Bulgarien seine »europäische Wahl« längst getroffen. 80-90 % der Bevölkerung haben die Idee der europäischen Integration Bulgariens immer begrüßt. Nach der Wende am 10. November 1989 stimmten Hunderttausende Bulgaren individuell mit den Füßen ab, indem sie nach Westeuropa auswanderten. Ihre Geldüberweisungen sind heute nach offiziellen Schätzungen die größte Einnahmequelle im bulgarischen Staatsbudget. Tausende bulgarische Jugendliche bekommen zurzeit ihre Ausbildung in Europa und tragen den guten Ruf der bulgarischen Ausbildung, Wissenschaft und Kultur auf den Kontinent.

Die neue Rolle, die Bulgarien für sich in der Welt sucht, ist jedoch mit vielen Schwierigkeiten und Widersprüchen verbunden.

Nach der Wende von 1989 waren die politischen Rahmenbedingungen für eine günstige Entwicklung gegeben. Dennoch gab es erhebliche Probleme. 1997 löste die Koalition der vereinigten demokratischen Kräfte die Bulgarische Sozialistische Partei mit dem Ziel ab, Bulgarien nach Jahren der Misswirtschaft auf Reformkurs zu bringen. Die nachfolgenden Regierungen behaupteten mit Stolz, dass im »Pulverfass Balkan« Bulgarien als das politisch und wirtschaftlich stabilste Land gelte.

Der Transformationsprozess brachte jedoch viele Härten mit sich. Umfragen zufolge wurde 1999 die wirtschaftliche Situation von 67,5 % der Bevölkerung als »schwierig« bezeichnet, im Jahre 2004 von 75,4 %. Die Situation verschlechtert sich – so meinten 55 % im Jahre 1999 und 68 % 2004. Diese Tendenz zeigt, dass das Leben nach der Wende dauernd als schwieriger und die persönliche Finanzlage als beschränkter bezeichnet wird. Dies wird in der Presse als »De-Europäisierung« der Privatsphäre des durchschnittlichen Bulgaren kommentiert. Einerseits habe die Bevölkerung das Gefühl,

9 Georgi Koritarov, in: »Makrooptimismus na nistetata«, 19. Februar 2004, S. 2.

10 Die erfolgreiche Arbeit des Währungsrats im Zusammenhang mit einer geschickten Finanzpolitik führte während der Regierungszeit der Koalition des Simeon Sachs-Coburgotski 2004 zu einem Budgetüberschuss. Es gab eine heftige Debatte darüber, wozu die Gelder genutzt werden sollten. Es wurde u. a. vorgeschlagen, die Gelder zur Bedienung der Auslandsschulden einzusetzen (Steve Hanke in: »168 tschasa« v. 28. 1. - 3. 2. 2005, S. 15). Im Gegensatz zu den Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds erhöhte die bulgarische Regierung unter Premier Simeon Sachs-Coburgotski den Minimallohn von 120 Leva auf 150 Leva und erklärte, die Überschüsse für Infrastruktur- und andere Projekte einsetzen zu wollen.

11 Nach der Wende in Bulgarien (1989) konnten weder die linken noch die rechten Parteien das Vertrauen der Bürger für längere Zeit gewinnen. Die Enttäuschung führte dazu, dass sogar der Ex-König von Bulgarien – der deutschstämmige Simeon Sachs-Coburgotski, der mit sechs Jahren vom damaligen kommunistischen Regime ins Exil getrieben worden war – 2001 Premierminister werden konnte. Mitte Februar 2005 erlebte seine Regierung eine ihrer größten Krisen, die mit einem – allerdings nicht erfolgreichen – Misstrauensvotum des Parlaments endete. Grund dafür waren Privatisierungsversuche in der bulgarischen Tabak-

dass das Leben immer schlechter wird. Andererseits bekomme sie ständig Versicherungen von der Regierung über die Fristeinhaltung und die großen Fortschritte bei der unmittelbar vorstehenden EU-Integration.⁹

Nach der Finanz- und Währungskrise von 1998 schloss die Regierung ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds ab. Darin verpflichtete sich Sofia zur vollständigen Privatisierung der Industrie, zur Reformierung der Landwirtschaft, zur Stärkung des Bankenwesens, zu Verwaltungs- und Gesetzesreformen und zum Kampf gegen die Korruption.

Die Einführung des Währungsrats 1997 forderte eine strenge Finanzdisziplin. Seitdem hat sich die Wirtschaft stabilisiert.¹⁰ Wegen der Langsamkeit der Reformen konnte die bulgarische Wirtschaft indes ihre tatsächlichen Potenziale noch nicht entwickeln.¹¹

Außenpolitisch hat sich die bulgarische Unterstützung der NATO im Kosovo-Krieg bezahlt gemacht. Auf ihrem Gipfel im Dezember 1999 in Helsinki nahm die EU Bulgarien in den engeren Kreis der Beitrittskandidaten zur Union auf. Es folgte eine Unterstützung des Irak-Krieges der USA und ihrer Alliierten – trotz der Drohungen seitens des französischen Präsidenten Jacques Chirac, dass Bulgarien, wenn es in die EU wolle, auf diese Unterstützung verzichten solle. Das Jahr 2004 könnte als das Jahr Bulgariens bezeichnet werden, denn in diesem Jahr wurde das Land NATO-Mitglied und beendete die EU-Beitrittsverhandlungen. Außerdem war Bulgarien am 6. Dezember 2004 Gastgeber für das Außenministertreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – des einzigen Forums, in dem die Staaten zwischen Vancouver und Wladiwostok gleichberechtigte Partner sind.

Auslandsinvestoren in Bulgarien

In November 2004 fand in Berlin eine zweitägige wirtschaftliche Konferenz über die Länder Südosteuropas statt. Teilnehmer waren Vertreter der großen Handelspartner in Deutschland – WAZ, Siemens, Deutsche Bank, Kaufland, Wintershall – und die Regierungschefs. Einige der Investoren rieten Bulgarien und Rumänien davon ab, schnell alle Regulationsvorschriften bei der Übernahme des EU-Rechts in die Praxis umzusetzen. Das könne auf die Investoren abschreckend wirken. Der größte Fürsprecher dieser Thesen war der Vertreter des Energiekonzerns Wintershall, der die Gasvorkommen in Rumänien ausbeutet und auch Interesse an der Gaserzeugung Bulgariens zeigt. Ganz anderer Meinung war Bodo Hombach, Chef des WAZ, Mitglied der Ostkommission bei der deutschen Wirtschaft und Leiter eines Forums der Investoren in der Region. Wer heute auf das EU-Recht verzichte, sagte er, könne nur als Agrargesellschaft, die für die eigenen Bedürfnisse produziert, weiter existieren.¹² Alle möglicherweise entstehenden Probleme seien viel geringer als die, die eine Nicht-EU-Mitgliedschaft mit sich bringen würde. Falls die deutsche Wirtschaft mit den EU-Regulationsvorschriften Probleme habe, so solle sie selbst in Brüssel dagegen kämpfen und nicht die Länder aus Südosteuropa vorschicken.

In der Korruptionsfrage verwarnte sich Hombach dagegen, den Balkan immer mit Korruption zu verbinden.

Bürokratie, Risiko bei Kapitalgewinn, Rechtsprobleme, fehlende Transparenz im Justizsystem – auf der Konferenz wurde klar, dass die Auslandsinvestoren immer noch mit Vorurteilen gegenüber den Balkanstaaten zu tun haben. Zugleich wurde zugegeben, dass diese Länder trotz der ökonomischen Schwierigkeiten viele Fortschritte gemacht haben.

Schwierige internationale Verwicklungen

Ein Thema, das die bulgarische Außenpolitik in den letzten Jahren stark geprägt hat und im Land wie im Ausland für viel Aufregung sorgt, ist die Tragödie der mit HIV-Virus infizierten 426 libyschen Kinder. Fünf in einem Krankenhaus in Benghazi (Libyen) arbeitende bulgarische Krankenschwestern waren von der libyschen Regierung beschuldigt worden, die libyschen Kinder absichtlich mit AIDS infiziert zu haben. Die Motive dafür seien politischer Natur gewesen. Die Krankenschwestern seien Teil einer weltweiten Konspiration gegen Libyen gewesen, deren Ziel angeblich die Untergrabung der Gesellschaftsordnung und Staatsform sei.¹³ Sie wurden 1999 inhaftiert. Von 1999 bis 2001 wurde keine Anklage gegen sie erhoben. Dann gab es ein Gerichtsverfahren, und am 6. Mai 2004 wurden die Krankenschwestern und ein palästinensischer Arzt von einem libyschen Gericht aufgrund mit Gewalt erzwungener Geständnisse zum Tode verurteilt. Bedeutende Experten haben im Zuge des Gerichtsverfahrens zugunsten der bulgarischen Krankenschwestern ausgesagt – so der Entdecker des HIV-Virus Prof. Luke Montanier und Prof. Vitorio Kolic. Ihre Expertisen zeigen, dass die Infektionen bereits vor dem Aufenthalt der bulgarischen Krankenschwestern im Krankenhaus stattgefunden haben. Nach Angaben der libyschen Opposition waren schon damals wegen schlechter hygienischer Bedingungen 153 Kinder mit HIV infiziert worden.¹⁴

In Bulgarien ist man von der Unschuld der Krankenschwestern überzeugt und lehnt die Forderung der libyschen Seite nach Kompensation für die betroffenen Familien ab.¹⁵

Die bulgarische Regierung versucht auch, die Öffentlichkeit im Ausland über das Problem zu informieren, und sucht nach möglichen diplomatischen und politischen Lösungen. Diese Bemühungen kollidieren aber mit der Unzulässigkeit jeglichen Einflusses auf ein im Prinzip unabhängiges Gerichtssystem. Trotzdem hat Bulgarien weltweit um Hilfe für die Rettung der Krankenschwestern gebeten und von verschiedenen Ländern wie auch internationalen Organisationen – darunter der EU, der UNO und der USA – politische Unterstützung bekommen.¹⁶ Bulgarien hat sich bereit erklärt, den infizierten Kindern und deren Familien, deren Ansprüche sich auf Millionen Dollar belaufen, medizinische und andere Hilfe zu gewähren, aber Entschädigungen lehnt es kategorisch ab. Dieser internationale Skandal, in dem das Leben von unschuldigen Kindern und Medizinern auf dem Spiel steht, findet seit Jahren aus politischen Gründen keine Lösung und ist ein Beispiel dafür, welche menschlichen Tragödien sich auch im »zivilisierten 21. Jahrhundert« immer noch abspielen können.

Bulgarien im Visier internationaler Kriminalität

Als Kandidat an der Schwelle des EU-Beitritts erweist sich Bulgarien als ein offensichtlich attraktives Land für die internationale

Industrie – einer Schlüsselindustrie für das Land, die für einen großen Teil der Bevölkerung in den südwestlichen Regionen des Landes eine wichtige Einnahmequelle darstellt. Die Bevölkerung dort ist überwiegend moslemisch und gilt als treue Wählerschaft der »Bewegung für Rechte und Freiheiten« (BRF) – des damaligen Koalitionspartners der Regierung Sachs-Coburgotski. Die BRF war gegen die Verhandlungen mit dem Privatisierungskandidaten British-American Tobacco und erklärte, ein Käufer müsse die Industrie auf jeden Fall bewahren und weiterentwickeln sowie sicherstellen, dass die Märkte erhalten bleiben (»BRF: Sprete pregovorite za Bulgartabak«, »24 tschasa«, 26. Januar 2005, S. 10). Aus den Wahlen im Sommer 2005 ging eine neue Regierung unter dem Sozialisten Sergei Stanishev hervor. Diese Regierung ist eine breite Koalition aus Sozialisten, aus der Partei des Ex-Premiers Simeon Sachs-Coburgotski und aus der BRF.

12 Mrazja da nabejdawat Balkanite za korupcia, »24 tschasa«, 20. November 2004, S. 11.

13 Obwinenijata, »Trud«, 7. Dezember 2004, S. 3.

14 Dokazatelstwa za newinnost, »Trud«, 7. Dezember 2004, S. 3.

15 Präsident Georgi Purvanov in: Platim li, priznawame medicite za winowni, »Trud«, 8. Dezember 2004, S. 5.

16 Position der EU-Sprecherin für Außenbeziehungen Emma Udwin in: EU: Lybien da pusne bul-

garkitel, »Trud«, 7. Dezember 2004, S. 3.

17 Pari na IRA bili prani v Sofia i Tripoli, »Trud«, 20. Februar 2005, S. 11.

18 Antoaneta Primatarowa: Zentur za liberalni strategii, in: Referendumut kato skatschane bez parashut, »Dnevnik online«, www.dnevnik.bg/evropa (Stand 19. Februar 2004).

19 Die Debatten wurden von Präsident Georgi Purvanov initiiert, der als Kandidat der bulgarischen Sozialistischen Partei 2001 die Präsidentschaftswahlen gewann.

20 Georgi Koritarov, in: »Makrooptimismus na nistetata«, a. a. O.

21 Man veranstatle ein »Referendum um das Referendum« – so die Ministerin für Europäische Integration, Meglena Kuneva.

22 Komunikatziorna strategija za prisaeedinjavane kum ES ili kak da se preodolee skeptizisma«, »Buletin Evropa« Nr. 2/2002, S.19.

23 Dimitur Sotirow in: »Buletin Evropa«, Ebenda.

Kriminalität (Drogentransport, Geldwäscherei, Geldfälscherei). Im Februar 2005 wurde den Name von Bulgarien auch mit dem großen Bankeinbruch vom 20. Dezember 2004 in Belfast in Verbindung gebracht. Irische Untersuchungsbeamte beschuldigten die Irische Republikanische Armee und behaupteten, dass ein Teil der gestohlenen 50 Millionen Dollar mit großer Wahrscheinlichkeit in Bulgarien und Libyen »gewaschen« seien. Eine Nachverfolgung der Gelder in diesen Ländern ist viel schwieriger als in EU-Mitgliedsländern, wo eine koordinierte Kontrolle von Geldströmen existiert. Die zwei unter Verdacht stehenden Personen wollten angeblich in Bulgarien in Immobilien investieren.¹⁷

Ungeduldiger Kandidat für eine EU-Mitgliedschaft

In der letzten Jahren wurde in Bulgarien oft über die Notwendigkeit eines Referendums¹⁸ über den EU-Beitritt debattiert¹⁹. Die Parteien sehen darin eine Möglichkeit, sich als »pro-europäisch« darzustellen. Einer Umfrage des MBMD zufolge würden fast 70 % der bulgarischen Bevölkerung bei einem Referendum für den EU-Beitritt stimmen. Eine demokratische Legitimation per Referendum ist nach Meinung der Linken unbedingt erforderlich. Die Gegner eines Referendums indes meinen, dies sei zu teuer und unnötig, da die soziologischen Untersuchungen seit Jahren eine breite Unterstützung von 80-90 % zeigen.²⁰ In diesem Sinne erweise sich die Frage nach einem Referendum als zu spät gestellt. Heute ginge es nur noch um die quasi nachträgliche demokratische Legitimation.²¹ Die Frage sei nicht mehr »Ja« oder »Nein«, sondern nur noch, wie die EU-Mitgliedschaft am effektivsten genutzt werden kann.

2002 fragte eine Moderatorin aus der bulgarischen Radiosendung »Horizont predi vsitschi« die Radiohörer, was ihrer Meinung nach der Preis für den bulgarischen EU-Beitritt wäre. Der erste Anruf war sehr überraschend, da der Radiohörer behauptete, dass niemand in Bulgarien sich um diesen Preis schere. Die Steuergelder sollten nicht für so ein Thema verschwendet werden.²² Diese Meinung ist zwar sehr extrem, aber durchaus repräsentativ. Sie kann freilich auch als ein Zeichen für die schlechte Informationspolitik der Regierung ausgelegt werden. Um Informationsmängel zu beseitigen, hat die Regierung u. a. eine »Kommunikationsstrategie für den Beitritt Bulgariens zur EU« entwickelt – ein erster ernsthafter Versuch der Vorbereitung der Gesellschaft auf die Herausforderungen des Beitritts.

Einer der Vorzüge der Kommunikationsstrategie ist ohne Zweifel die klare Benennung der aktuellen Problembereiche. Unter Kritik stehen die ineffektive Kommunikation unter den verschiedenen Institutionen, das Fehlen von Kenntnissen über die Interessen und Informationsbedürfnisse der verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft wie auch die nur wenigen Debatten über die EU-Integration. Die Strategie beschäftigt sich auch mit dem Risiko einer hohen, aber nur abstrakten Unterstützung der Bevölkerung in Fragen des Beitritts. Es wurden Fehler zugegeben: z. B. die zu stark zentralisierten Kommunikationskanäle, die eine Arbeit auf Kommunalebene weitgehend ausschließen, oder die ineffektive Kommunikation mit den verschiedenen sozialen Gruppen.²³

Zwar sind die vielen Vorteile eines EU-Beitritts ein ständiges Thema in den politischen Versprechen aller politischen Parteien (in Bulgarien sind alle im Parlament repräsentierten Parteien »pro-europäisch«). Die Frage nach den Kosten des Beitritts stellt kaum jemand – und wenn, dann nur im Kontext etwa der Notwendigkeit einer Schließung der Reaktoren des Atomkraftwerks Kozlodui. Was aber würde ein Verbleiben außerhalb der großen europäischen Familie bedeuten?

Die Verluste, die durch eine Nicht-Mitgliedschaft entstehen, wären sehr groß. Es geht um mehr als nur Marktzugang, Direktinvestitionen und Wachstumsschub. Es gäbe den Verlust wichtiger Impulse für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Reformen, und es drohte eine grundsätzliche Europa-Skepsis.

Insofern ist es bedeutsam, dass die EU-Kommission die Fortschritte Bulgariens bei der Vorbereitung des Beitritts begrüßt, darunter auch die Verbesserung der Lage der Minderheiten im Land.²⁴ Die mit negativen Bewertungen verbundenen Empfehlungen betreffen vor allem weitere Reformen im Justizsystem und dabei insbesondere das vorgerichtliche Verfahren und die Korruptionsbekämpfung. Zwar wurde der Beitrittsvertrag zwischen Bulgarien und der EU am 25. April 2005 unterschrieben²⁵ und der Beitritt des Landes für das Jahr 2007 angekündigt, bis dahin aber müsse das Land noch viel leisten.

Leider wird in Bulgarien bei innerstaatlichen Problemen immer noch häufig die nationalistische Karte gespielt. Trotz der ständigen Versicherung seitens der EU-Politiker, dass jedes Land nach den eigenen Leistungen beurteilt werde, wurde in der Presse spekuliert, der Beitritt Bulgariens könnte verzögert werden – selbst dann, wenn das Land mit der Vorbereitung früher fertig wäre als der Nachbarstaat und Mit-Kandidat Rumänien. Bulgariens Leistungen könnten angeblich von der Leistung Rumäniens abhängig gemacht werden, da ein Gruppenbeitritt eine Senkung der Beitrittskosten mit sich bringe. Das ist nichts Neues für die EU. In der Geschichte der Erweiterungsrounds gab es immer Länder, die auf andere warten mussten, und solche, die, obwohl nicht völlig vorbereitet, mit anderen gemeinsam aufgenommen wurden. Und so ist klar, dass Bulgarien und Rumänien im Jahre 2007 wahrscheinlich gemeinsam beitreten werden, obwohl Bulgarien die Verhandlungen schneller abgeschlossen hat. Aber man muss immer wieder betonen: Auch die Forderungen an Bulgarien sind noch gewichtig. Als im Dezember 2004 von Journalisten die Frage nach einem gesonderten Beitritt Bulgariens aufgeworfen wurde, machte der französische Außenminister Michel Barnie deutlich, dass Bulgarien noch viel in Bereichen wie innere Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung, Reform des Justizwesens, Lebensmittelqualität und Seetransportsicherheit leisten müsse. Außerdem sollte Bulgarien die EU-Fördergelder besser nutzen, damit sie nicht zurück nach Brüssel fließen.²⁶ Kurz gesagt, der Ratschlag lautete: Bulgarien solle sich nicht auf die Probleme der anderen, sondern lieber auf seine eigenen konzentrieren.

Kritische Stimmen

Die linke Opposition in Bulgarien kritisiert vor allem, dass die Beitrittsverhandlungen zentralisiert geführt wurden. Diese Zentralisierung sei typisch für den bulgarischen Vorbereitungsprozess und

24 Das Gespräch der bulgarischen Ministerin für Europäische Integration Meglena Kuneva mit dem EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn fand am 21. Februar 2005 statt.

25 Um in Kraft zu treten, braucht der Beitrittsvertrag noch die Ratifizierung durch die Parlamente aller 25 Mitgliedsstaaten.

26 Paris otnowo poutschawa Sofia, »Trud«, 7. Dezember 2004, S. 27. Bulgarische Journalisten fragten den französischen Außenminister Michel Barnie, ob Bulgarien angesichts der schon abgeschlossenen Beitrittsverhandlungen im Dezember 2004 ein separates Datum für die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags bekommen werde, falls Rumänien die Beitrittsverhandlungen seinerseits bis dahin nicht abschließen könne.

stehe im Gegensatz zu den Dezentralisierungstendenzen in der EU. Die zentralen Einrichtungen, die sich mit dem Beitritt beschäftigen, bezögen die Gemeinden und örtlichen Strukturen nicht genug ein. Eine Dezentralisierung des Vorbereitungsprozesses fordere die Schaffung einer Verhandlungspolitik durch Berücksichtigung der spezifischen Erfahrungen der örtlichen Organe in Bereichen wie Ausbildung, Kultur, kleine und mittlere Unternehmen usw. Einige bulgarische Städte versuchten, sich auf eigene Initiative durch Teilnahme an europäischen Programmen und durch Partnerschaften mit Städten aus der EU in die Integrationsprozesse selber einzubringen.

Wie können die Bürgerinnen und Bürger zu realen Teilnehmern des Prozesses der europäischen Integration werden? Diese Fragen stellt heute, in der gemeinsamen Euphorie vor dem EU-Beitritt, kaum jemand im Land. Bulgarien verfügt nicht über viele Experten mit Fachkenntnissen im diesem Bereich. Insgesamt kennt die Bevölkerung nicht die realen Probleme, die für die Bürger und für den Staat im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt entstehen. Der Eindruck, dass eine EU-Mitgliedschaft automatisch alle Probleme in der Gesellschaft löst, wird von den Politikern ausgenutzt. In der bulgarischen Presse wird kaum über die höheren Kriterien und EU-Standards gesprochen, denen das Land entsprechen muss, bevor eine Mitgliedschaft überhaupt in Frage kommt. Das führt zu falschen Einstellungen in der Gesellschaft. Die Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft seitens der Bevölkerung ist zwar sehr groß, aber fraglich ist, ob die realen Probleme als Folgen der eingegangenen Verpflichtungen z. B. in der Sozialpolitik oder im Ökologie-, Transport- und Energiebereich richtig bekannt sind.

Ein anderer Kritikstrang betrifft die bulgarischen Experten bei der Führung der Verhandlungen mit der EU-Kommission. In ihrer Mühe, alle von der EU gestellten Forderungen zu erfüllen, hätten sie die nationalen Interessen nicht genug beachtet.

Selbst ausländische Experten sehen eine Neigung der Bulgaren, die eigenen nationalen Interessen nicht immer wahr zu nehmen. Professor Steve Hanke, der sog. Vater des Währungsrats und Berater des früheren bulgarischen Präsidenten Petar Stoyanov, äußerte in einem Interview in der bulgarischen Presse die Meinung, dass Bulgarien früher von der Sowjetunion herumkommandiert worden sei und heute vom Internationalen Währungsfonds herumkommandiert werde. In der bulgarischen Geschichte gebe es viele Beispiele dafür, wie fremde Regierungen und Institutionen Einfluss auf die bulgarischen Politiker ausgeübt haben.²⁷

27 »168 tschasa« v. 28. 1. - 3. 2. 05, S. 15.

Beitrittsfolgen – wirtschaftliche Aspekte

Die Zugehörigkeit zur EU wird das Land für direkte Auslandsinvestitionen attraktiver machen, da der Beitritt als eine Garantie für die politische und wirtschaftliche Zuverlässigkeit des Landes wirkt.

Das Schicksal der Landwirtschaft wird von der EU-Reformpolitik bestimmt. Hier entscheidet sich, wer Gewinner und Verlierer sein wird. »Vor einem zollfreien Handel fürchten sich sowohl die europäischen als auch die bulgarischen Landwirte«, war in der bulgarischen Presse im Jahre 2000 zu lesen.²⁸ Die Liberalisierung der Handelsbeziehungen mit der EU war anfangs per Quotenprinzip geregelt

28 Ot bezmitnata tagowija se strahuwat i evropeiskite, i bulgarskite fermeri, »Trud«, 10. Juli 2000, S. 6.

und bezieht Agrarwaren, die als »sensibel« bezeichnet werden²⁹, ein. Einen erhöhten Import aus den Beitrittsländern sehen einige EU-Länder (Spanien, Griechenland, Italien, Portugal) als eine Bedrohung für ihre Agrarmärkte. Diese Ängste erschienen mindestens im Fall Bulgariens als unberechtigt. Wegen der hohen Hürden der EU-Standards im Veterinär- und Hygienesektor ist das Land oft gar nicht in der Lage, seine Exportquoten für Agrarerzeugnisse auszuschöpfen.

Alle neuen Mitglieder werden vor dem Beitritt durch verschiedene EU-Fonds finanziell unterstützt. Diese Hilfe erwies sich sehr nützlich für die Regionalentwicklung und die Wirtschaft Bulgariens. Während der verschiedenen Finanzkrisen nach der Wende war die EU für das Land als Handelspartner sehr wichtig. Bulgarien bekam einen Markt für seine Ausfuhr in einer Zeit, in der seine größten Märkte gnadenlos abgeschafft wurden. Heute sind die EU-Mitglieder größter Auslandsinvestor in Bulgarien.

Finanziell wird Bulgarien zu einem Netto-Nehmerland: Es bekommt mehr EU-Gelder zurück, als es einzahlt.³⁰ Der EU-Beitrag des Landes wurde auf eine Milliarde Euro berechnet. Während der ersten drei Jahre nach dem EU-Beitritt soll das Land insgesamt 4,73 Mrd. Euro bekommen. Für Agrarwirtschaft sind 1,55 Mrd. Euro vorgesehen. Davon bekommen die Landwirte 432 Mio. Euro an direkten Zahlungen. 733 Mio. Euro sollen der Entwicklung der landwirtschaftlichen Regionen, 388,1 Mio. Euro den Marktinterventionen dienen. In den ersten drei Jahren der Mitgliedschaft soll Bulgarien 2,3 Mrd. Euro für die Regionalentwicklung und Infrastruktur bekommen. Bulgarien erhält bis Ende 2006 noch 5,5 Mrd. Leva für Ökologie. Die Finanzmittel vervielfachen sich nach dem EU-Beitritt.³¹ Die Kompensation für die geforderte Stilllegung von vier Atomreaktoren des Atomkraftwerks Kozloduj beträgt 550 Mio. Euro.³²

Am 3. Februar 2005 unterzeichnete die bulgarische Sozialministerin Hristina Hristova ein Memorandum mit der EU. Nach einem Beitritt stünden Bulgarien für den Zeitraum 2007-2009 2,3 Mrd. Euro als Hilfgelder u. a. für die Senkung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Ausbildungsplätzen, für das Gesundheitswesen, für die Beschäftigungspolitik und die Infrastruktur zur Verfügung.

Gewinner und Verlierer

Politisch würde eine EU-Mitgliedschaft das internationale Ansehen eines kleinen Landes wie Bulgarien erheblich verbessern. Das Land wird mit 17 von insgesamt 786 Abgeordneten im Europäischen Parlament mitwirken können. Darüber hinaus brächte die seitens der EU geforderte Rationalisierung im öffentlichen Dienst eine Verminderung der entsprechenden Haushaltsausgaben. Andererseits wird die europäische Gesetzgebung, die die Einführung u. a. von ökologischen Gebühren fordert, zu Preiserhöhungen führen.

Die Anstrengungen, die Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion zu erfüllen, haben das Ziel, funktionierende Kapital- und Arbeitsmärkte herzustellen. Stärkt das Land so seine Finanzstabilität, wird es auch in der Lage sein, Wirtschaftswachstum zu gewährleisten und als Folge spürbare Änderungen im Sozialbereich herbei zu führen.

Der Beitritt wird unterschiedliche Wirkungen auf die verschiedenen sozialen Gruppen haben. Für die Minderheiten bringt er eine

29 Schweine- und Geflügelfleisch, Käsearten, frische und konservierte Tomaten, Äpfel usw.

30 Meglena Kuneva in: »Dnevnik online«, www.dnevnik.bg (Stand: 19. Dezember 2004).

31 Interview mit Dolores Arsenova, Ministerin für Ökologie und Wasser, v. 21. November 2003, in: »KESCH« Nr. 46, S. 21.

32 »Capital«, Nr. 24 v. 9.-25. Juni 2004.

erhöhte soziale Sicherheit und Rechtsschutz. Die ältere Generation ist meist der Verlierer, die Generation zwischen 35 und 41 Jahren ist wegen ihrer Flexibilität potenzieller Gewinner. Die am meisten negativ betroffenen Gruppen werden die weniger qualifizierten Arbeitskräfte und die Landwirte sein. Sie werden wahrscheinlich Adaptionsschwierigkeiten erleben. Die qualifizierten Arbeitskräfte hingegen werden zu den Gewinnern eines Beitritts zählen. Die Verbraucher werden in den Genuss höherer Qualität und Produktionsstandards, günstigerer Preise von Waren und Dienstleistungen und einer saubereren Natur kommen. Die wettbewerbsfähigen Produzenten werden im erweiterten Privatsektor gewinnen, diejenigen, die nicht wettbewerbsfähig sind, werden verlieren. Viele Arbeitsplätze in nicht konkurrenzfähigen Bereichen werden abgeschafft. Sehr schwierig wird es für die Langzeitarbeitslosen. Fachkräfte werden in Infrastruktur- und Naturschutzprojekten sowie im öffentlichen Dienst nachgefragt. Die Beamten im öffentlichen Dienst, die sich mit den Problemen der europäischen Integration beschäftigen, werden auch unter den Gewinnern sein. Andererseits bleiben nach umfangreichen Reformen im öffentlichen Dienst viele Beamten arbeitslos.

Die Übernahme des gemeinsamen Zolltarifs wird sich ganz unterschiedlich auf Produzenten, Verbraucher und die Wirtschaft auswirken. Die Abschaffung von Handelshemmnissen begünstigt die bulgarischen Exporteure und Verbraucher, geht aber auf Kosten derjenigen nationalen Produzenten, die europäisch wettbewerbsunfähig sind. Verschiedene EU-Programme und sogar Fördermittel stehen zur Verfügung, um vor dem Beitritt die Wettbewerbsfähigkeit der kleineren und mittleren Unternehmen zu stärken. Wie viele es von diesen schaffen werden, nach dem Beitritt auf dem Markt zu bleiben, ist eine offene Frage.

Von der Dienstleistungsverkehrsfreiheit werden die Verbraucher im Land profitieren, da der Wettbewerb bessere Qualität und günstigere Preise der Dienstleistungen mit sich bringt. Gewinner nach dem Beitritt sind diejenigen Dienstleister, die schon die europäischen Standards umsetzen. Meistens sind das noch vor dem Beitritt privatisierte oder durch ausländische Investitionen kontrollierte Dienstleister. Als weitere Gewinner nach dem Beitritt werden die Branchen Tourismus, Kleinhandel und Kundendienst erwartet.

Die großen Verlierer werden voraussichtlich die Staatsmonopolunternehmer aus dem Energiesektor, die kommunalen, Finanz- und Versicherungsdienste, die Bahn- und die Luftfahrtindustrie sein.³³

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich freilich ein Drama: das Drama von Tausenden künftigen Arbeitslosen, die den Sozialpreis dieses ökonomischen Wandels zahlen müssen. Die großen Verlierer werden die Generationen der in den 40er und 50er Jahren Geborenen wie auch die jetzigen Rentner sein. Sie haben für einen Traum gelebt, der nie in Erfüllung gehen konnte. Am Ende des Lebenswerks haben sie nichts in den Händen. Sie fühlen sich von den Politikern der neuen Zeit verraten. Schließlich haben sie für eine Schimäre gelebt – und was bleibt? Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren vor der Rente und danach so kleine Renten, dass ein würdiges Alter nicht gesichert werden kann.

33 »Buletin Evropa«, Nr 5/2003, S. 8.

Das Leben seit der Wende – eine andere Perspektive

Der Transformationsprozess in Bulgarien sei bereits vollzogen – meint der Soziologe Andrei Raitschev. Er behauptet, dass es der Bulgarischen Kommunistischen Partei in 45 Jahren Machtausübung gelungen sei, den Lebensstandard mehrmals zu erhöhen und eine kulturelle Öffnung nach Westen zu beginnen. Das erkläre, warum das Land keine Dissidenten und keine »Solidarność« hatte. Raitschev ist außerdem der Meinung, dass sich die lange Dauer des Übergangs vom Totalitarismus zur Demokratie in Bulgarien aus der zwischen den Eliten abgeschlossenen Vereinbarung »Zeit gegen Macht« erkläre. Die alten Eliten hätten Zeit gewonnen, aber Macht verloren. Und bei den neuen Eliten sei es umgekehrt: Sie hätten Macht gewonnen, aber Zeit verloren. Die Restitution, die der Privatisierung vorausging und 40 Mrd. Dollar kostete, diene dem Ziel, die ehemaligen Bourgeois zu begünstigen. Die dadurch entstandene politisch-wirtschaftliche Elite drängte die echte kulturelle, wissenschaftliche und akademische Elite der Nation an die Peripherie. Die »Mittelklasse« umfasste in den sozialistischen Zeiten 80 % der Bevölkerung. Die ersten 10 Jahre nach der Wende führten zu einer Arbeitslosigkeit von 25 %. Die Industrieproduktion sank um 50 %, die Löhne und die Kaufkraft sogar um 75 %, das BIP um 40 %. 1999 war der Verbrauch der Oberschichten, die nur 8 % der Bevölkerung darstellen, in der Summe genauso groß wie der Verbrauch der Unterschichten, die 73 % der Bevölkerung ausmachen. Was ihre Konsumtion betrifft, ist das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen 20:1. Unwiderruflich verloren gegangen sind heute für viele die Staturelemente der sozialistischen »Mittelklasse« – Eigentum, Ausbildung, Gesundheitswesen, Mutterschaftsfürsorge, Urlaub. Schrecklich ist die Tatsache, dass von dem Deklassierungsprozess auch die Kinder betroffen werden. So verwandelte sich die bulgarische Schule auch in eine Institution für Ungleichheit. Fast die Hälfte aller Kinder sind schon in der Schule Outsider.³⁴

Auf dem Weg in die EU, der ohne vernünftige Alternative ist, müssen Mechanismen geschaffen werden, die die Balance zwischen Gewinnern und Verlierern in diesem Prozess verbessern. Eine Beschleunigung der inneren Reformen sollte darauf zielen, die Wettbewerbsfähigkeit, die Arbeitsmobilität und Qualifikation zu verbessern. Außerdem ermöglicht eine qualifizierte Ausbildung, die EU-Finanzhilfen effektiv zu nutzen.

Wie weiter mit dem »Traum von Europa«?

Europa wuchs zusammen, weil die Völker nie wieder Krieg auf dem Kontinent zulassen wollten und die Überzeugung besteht, dass eine engere Zusammenarbeit der Staaten allen zum Wohle gereichen würde. Zugunsten und im Namen der Bewohner der EU wurde ein Binnenmarkt geschaffen, Handelshemmnisse und Grenzen wurden abgebaut, eine gemeinsame Währung wurde eingeführt.

Dabei gab es auch reichlich Fehler. Die Fragen, die damals und heute immer noch die gleichen sind, lauten: Wohin geht Europa? Gerecht es wirklich allen zum Wohl? Lohnt es sich?

Es muss eine Balance gefunden werden: der Punkt, wo sich die vielen unterschiedlichen Interessen treffen – und sich nicht gegen-

34 Dr. Dimitur Ivanov:
Swarschi li prehodont Rait-
schew kato Engels, »Trud«,
8. Dezember 2004, S. 12.

einander stellen. Das ist eine Aufgabe, die man den Politikern auferlegen muss – aber nicht nur ihnen. Der Prozess muss von der gesamten Öffentlichkeit richtig verstanden und akzeptiert werden. Wichtige Faktoren hierzu sind eine fundierte Informationskampagne und die Einbeziehung von möglichst breiten Kreisen der Bevölkerung. Es ist die Europa-Apathie der letzten Jahre, die zur heutigen Krise Europas geführt hat. Wenn man die Zukunft Europas nicht allein den Politikern überlassen will, muss man sich einmischen und aktiv in der Gestaltung des Kontinents mitwirken.

Und man darf die Gefahr nicht übersehen, die aus sozialen Spannungen erwächst. Der umstrittene Verfassungsentwurf ähnelt sehr wohl einem Globalisierungsversuch, und bekanntermaßen sind die Globalisierungstendenzen in der heutigen Welt alles andere als sozial ausgeprägt. Mit dem »Nein« in Frankreich und in den Niederlanden ist klar geworden, dass die Völker dieser Länder vom Leben im »Haus Europa« mehr Lebensqualität erhoffen. Das betrifft auch ihre sozialen Erwartungen. Es ist an der Zeit, das gesellschaftliche, ökologische und menschliche Gesicht unserer Zivilisation zu bewahren. Schließlich ist es unser gemeinsamer »Traum von Europa«.

Sprachliche Bearbeitung: WOLFRAM ADOLPHI

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Nun also sind wir alle Deutschland. Die Werbekampagne läuft. In den Zeitungen. Nein, das ND hat bislang noch keine abbekommen, Du nix Deutschland sein wollen? Gibt es nicht – auch Du hast gefälligst Deutschland zu sein. Ob Du Pietschesrieder heißest oder ein VW-Betriebsrat-Lustreisen nicht bemerkt haben wollender Peter Hartz (ja, genau der) bist oder ein Ludwig Eierkuchen Heinz Obst: Deutschland sollt Ihr sein. Und auch *Du, Mädchen an der Dreschmaschine, bist nicht mehr die dumme Trine, die vom Graf sich läßt veräpfeln ...*

Ach du liebe Zeit, jetzt sind mir doch die Zeitläufte durcheinander geraten. Obwohl: Nicht nur die Reime des einst für groß gehaltenen deutschen Dichters KuBa hatten vortreffliche Gelegenheit geboten, sie (s. o.) zu parodieren; nach seinem Tode, versteht sich ... Nein, auch die jetzt über uns gekommene *Du-Deutschland-Kampagne* ist ein vorzügliches Objekt für Satiriker; und die haben sich die Gelegenheit denn auch nicht entgehen lassen. Was insofern nicht übermäßig einfallsreich ist, als die Kampagne einfallslos ist. Immerhin: Es muß heutzutage nicht mehr bis zum Ableben ihrer geistigen Väter gewartet werden, bis sich ihrer kritisch, hämisch, satirisch oder wie auch immer angenommen werden kann. Das wollen wir mal, Kollegen & Gen. nicht zu gering schätzen, gell? Wenn es um Deutschland ging (Freunde deutsch-demokratischer Bündnispolitik, jetzt mal kurz die Lesebrille abgesetzt ...), war seit jeher auch die staatstragende deutsche Pfaffenschaft mit von der Partie.

»In Berlin ergriff mich das Bewußtsein der Notwendigkeit, daß etwas geschehen müsse, um das Volk vom Abgrund zurückzurufen. Ich fand, daß Leute, die zur Kirche hielten, mit denen ich in freund-

schaftlichen Beziehungen stand, dennoch mit der Sozialdemokratie stimmten, weil sie in dieser Partei die Vertretung der Arbeiterinteressen erblickten. Da habe ich denn unter Gebet und Flehen den Entschluß gefaßt, mitten hinein in die Sozialdemokratie zu gehen, den wilden Stier bei den Hörnern zu fassen und mit demselben zu ringen. Seit fünfzehn Jahren ist das sozialistische Element der Köder, mit welchem die Arbeiter um ihren Glauben wie um ihren Patriotismus betrogen worden sind. Will man an ihre Herzen heran, so muß man die sozialen Dinge mit besprechen.«

Heute werden keine Stoeckers mehr benötigt. Denn erstens ködern die Sozialdemokraten längst nicht mehr mit »sozialistischen Elementen«, und zweitens sind in der Partei der Sozialdemokraten Adolf Stoeckers heutige Berufskollegen in nicht ganz unbeträchtlichem Maße vertreten. Nur mit dem Patriotismus, da sieht es in Deutschland – glücklicherweise, glücklicherweise! – nach wie vor mau aus. Da also müssen auch sie ran, die Herren Pastores.

So kann es denn uns nicht verwundern, daß sich, wie schon oft bei derartigen Anlässen, der Berliner sozialdemokratische Polittheologe Professor Richard Schröder zum Thema äußert. Aus einem Artikel: »Der Bundespräsident hat dem Physiker Theodor Hänsch zum Nobelpreis gratuliert und dabei gesagt: ›Wir sind stolz auf Sie.« Drauf ein Rundfunkkommentator: ›Einspruch, euer Ehren, stolz sein kann man nur auf eigene Leistungen.« Das sei, so Richard Schröder, »verklemmte Sprachwächterei und außerdem falsch«. Denn: »Wenn unsere Fußballmannschaft Weltmeister wird (da sei Gott vor! d. A.), sind wir selbstverständlich stolz auf sie.«

Wieso? Das sind so Sätze von jener Art, an die man sich gewöhnt hat und die man aus Trägheit nicht mehr hinterfragt. Gut, oft sind sie es gar nicht wert, hinterfragt zu werden, aber hier ist das anders. Jetzt würde ich wirklich gerne wissen wollen, warum »wir selbstverständlich stolz« sein sollten. Da die *Utopie* kein interaktives Medium ist, wird mir eine Antwort darauf nicht zuteil werden. Was auch sein Gutes hat – man kann hier ungestört weiter mutmaßen. Also mutmaße ich. Mit Logik hat Richard Schröders Behauptung weniger zu tun als vielleicht mit vaterländischen Sehnsüchten. Vielleicht gehört der Professor auch zu jenem Personenkreis, der sich Fähnchen in jeglichem Vorgarten wünscht. So, wie es Brauch ist in Amerika. Zumal Richard Schröder mit ziemlicher Sicherheit zu jenen DDR-Bürgern gehörte, die einst opponierten und auch darum weder am 1. Mai noch am 7. Oktober eine Fahne herausgingen. Während also zwareins über Jahrzehnte hinweg sein Flaggensoll erfüllt hatte, und zwar in einem Maße, daß es sich also für den Rest seines Daseins ausgeflaggt hat, könnte bei einstigen Dissidenten wie Professor Richard Schröder eine Art Gefühlsstau entstanden sein. Den gilt es jetzt abzubauen, das wird auch Zeit nach 15 Jahren Deutschland! Jetzt aber: Endlich auch mal stolz sein können, endlich mal Flagge zeigen und stolz auf einen Fußballweltmeister und also auf Deutschland sein dürfen. Schröder, Du Deutschland! Ich nicht, ich Sabath aus Pankow!

Ach, richtig, eine neue Regierung haben wir ja auch. Aber wenn Sie denken, dazu fiele mir etwas ein – Fehlanzeige: Vorhang zu und alle Fragen offen.

Christoph Butterwegge: Krise und Zukunft des Sozialstaates.
 VS Verlag für Sozialwissenschaften
 Wiesbaden 2005, 318 S. (24,90 €)

Kaum ein Tag vergeht, an dem die meinungsbildenden Medien des Landes nicht mit Erklärungsmustern für die Krise des Sozialstaates und die Notwendigkeit seines Umbaus aufwarten. Der von einer wirkungsmächtigen Koalition neoliberaler Wissenschaftler und Kommentatoren formulierten Kritik am Wohlfahrtsstaat setzt Christoph Butterwegge, Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln, in seinem neuen Buch bedenkenwerte Alternativen entgegen. Die Forderung, dass soziale Gerechtigkeit als »Topos des politischen Denkens« (S. 249) erhalten bleiben muss, bildet den roten Faden bei seiner Darstellung konkreter Lösungsvorschläge.

Fakten- und facettenreich schlägt der Autor den Bogen von der im Kaiserreich unter Otto von Bismarck entwickelten Architektur der sozialen Sicherungssysteme zum als »Reform« deklarierten Abbau des Sozialstaates unter der Ägide von Rot-Grün. Seiner Auffassung nach kommt die partielle »Refeudalisierung der Arbeits-, Lebens- und Sozialbeziehungen« einem »Rückfall in die Prämoderne« (S. 21) gleich. Eine zentrale These des Buches lautet denn auch, »dass der Sozialstaat seit Mitte der 1970er Jahre restrukturiert und demontiert wird, obwohl er weder Verursacher der damaligen Weltwirtschafts- und der im Grunde bis heute andauernden Beschäftigungskrise war, noch aus seinem Um- bzw. Abbau irgendein Nutzen für die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Entwicklung des Landes erwächst« (S. 9).

Unter Rückgriff auf Überlegungen zur Konzeption des Sozialstaates in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts werden schwerpunktmäßig die in der politischen Linken diskutierten Reformalternativen benannt. Gleichwohl weiß der Autor um die Tatsache, dass jene, die sich gegen die Preisgabe sozial- und ordnungspolitischer Errungenschaften stellen, fortwährend mit dem Vorwurf konfrontiert werden, einer antiquierten politischen Agenda nachzuhängen. In diesem Zusammenhang ge-

lingt ihm die lebendig formulierte Reartikulation eines Gedankens, den schon Pierre Bourdieu mit Nachdruck verfolgte. Dieser legte in seinem 1998 erschienenen Beitrag »Der Mythos ›Globalisierung‹ und der europäische Sozialstaat« eindrucksvoll dar, wie die Zurückdrängung der »sichtbaren Hand« des Staates im Gewand der Modernität erscheinen und schließlich eine gewachsene Akzeptanz neo-liberaler Dogmatik begründen konnte: »Diese konservative Revolution neuen Typs nimmt den Fortschritt, die Vernunft, die Wissenschaft für sich in Anspruch, um eine Restauration zu rechtfertigen, die umgekehrt das fortschrittliche Denken als archaisch erscheinen lässt.«

Ausführlich widmet sich Butterwegge den Politikfeldern, die im Zuge der liberal-konservativen Transformation seit 1974 eine prinzipielle Abkehr von althergebrachten, bewährten Prinzipien erfuhren und nach wie vor erfahren. Dazu zählt neben der Familien- und Arbeitsmarktpolitik insbesondere das Gesundheitswesen. Letzterem schenkt er mit einer Diskussion der beiden gängigsten Reformalternativen (Kopfprämie gegenüber Bürgerversicherung) besondere Aufmerksamkeit. Auf knapp 30 Seiten macht er deutlich, dass es sich bei der Antwort auf die Frage nach der Finanzierung der Krankenversicherung um eine »gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung von historischer Tragweite« (S. 267) handelt, funktionieren gesetzliche und private Kassen doch nach grundsätzlich verschiedenen Logiken: Solidarität der Versichertengemeinschaft versus Gewinnstreben der Assekuranz.

Die mit der Einführung des »generativen Beitrags« verknüpfte Abkehr von der paritätischen Finanzierung der Pflegeversicherung – seit 1. Januar 2005 müssen kinderlose Versicherte im Alter zwischen 24 und 65 Jahren 1,1 Prozent ihres Bruttolohns in die Pflegekasse einzahlen, während der vom Arbeitgeber entrichtete Beitragssatz bei 0,85 Prozent stagniert – kennzeichnet der Armutsforscher ebenso als »(Teil-)Privatisierung der sozialen Sicherung« (S. 176) wie die Verschärfung des Sozialabbaus durch die sog. Riester-Rente. Die Abkehr vom Umlageverfahren wird nicht nur unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten als verfehlt kritisiert; unter Hinweis auf die Volatilität der internationalen Aktienmärkte betont Butterwegge zugleich die prinzipielle

Krisenanfälligkeit des Kapitaldeckungsprinzips.

Die von Helmut Kohl eingeleitete »geistig-moralische Wende« und die nach dem Regierungswechsel im September 1998 ausgebliebene Kehrtwende historisch einordnend, greift Butterwege den tagespolitischen Diskurs auf. Dabei charakterisiert er nicht nur die Sozial-, sondern auch die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung als »modifizierte Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben« (S. 170) – unter Einbeziehung einschlägiger aktueller Literatur. Seine Lektüre ist ganz besonders denjenigen Lesern zu empfehlen, die Sozialpolitik nicht als »teuren Kostgänger der Ökonomie« (S. 25) begreifen und den von neoliberalen Eliten fortlaufend torpedierten »Versorgungsstaat« als unabdingbares Korrektiv der Marktprozesse erhalten sehen wollen.

TIM ENGARTNER

Anselm Jappe: Die Abenteuer der Ware. Für eine neue Wertkritik, Unrast Verlag Münster 2005, 253 S. (16 €)

Bücher zum Thema Ökonomiekritik haben in letzter Zeit eine gewisse Konjunktur. Veröffentlichungen wie die von Dieter Wolf (2002), Moishe Postone (2003), Michael Heinrich oder Jan Hoff (2004) können dabei als Produkte einer ›neuen Marx-Lektüre‹ verstanden werden, die in den späten 1960er Jahren vor allem in der Bundesrepublik einsetzte. Auch Jappes als Einführung in die Wertkritik konzipiertes Buch steht in dieser Tradition. Doch ist der Terminus ›Wertkritik‹ hier in den spezielleren Zusammenhang einer mit der Krisis-Gruppe verbundenen Marx-Rezeption einzuordnen. Der ›politisch und intellektuell monadologisch abgeschlossene Gruppenmarxismus‹ (Backhaus) der Krisis wird von Jappe gar zum höchsten und letzten Stadium kritischer Theoriebildung stilisiert (S. 61), die von »akademischen Neo-Traditionsmarxisten« (S. 187) abzugrenzen sei.

So breitet Jappe denn auch vornehmlich Grundannahmen der Krisis-Strömung aus, wobei eine kritische Distanz selbst in Detail-

fragen nicht zu erkennen ist, aber wenigstens eine Sprache vorherrscht, die sich über weite Strecken wohlthuend vom feuilletonistischen Stil eines Robert Kurz mit seinen zum Teil übergeschnappten Metaphernreigen unterscheidet. Damit ist allerdings auch der zentrale – der Autor verzeihe mir meine ›arbeitsontologische‹ Ausdrucksweise – Gebrauchswert dieses Buches schon benannt.

Dessen grundlegende Operation besteht in der Identifizierung eines »*doppelten Marx*« (S. 11) – eines kapitalimmanenten Modernisierungstheoretikers und eines Analytikers der Vergesellschaftung über Wert, Geld und Kapital. Der ›esoterische‹ Teil in Marx' Theorie soll nun zur ›fundamentalen Wertkritik‹ weiterentwickelt und gegen den Traditionsmarxismus geltend gemacht werden. Dieser habe vor dem Hintergrund einer Ungleichzeitigkeit zwischen Kommodifizierung der Arbeitskraft und rechtlich-politischer Inklusion ihrer Besitzer im 19. Jahrhundert (S. 91) unbewusst das Programm der Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft betrieben, dabei aber den von Beginn an nur als Binnenwiderspruch (S. 84) existierenden Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital als systemtranszendierenden imaginiert.

Diesem Integrationsbemühen entsprach Jappe zufolge die positive Inanspruchnahme der von Marx gerade ihrer historischen Spezifität und Abschaffbarkeit überführten Formen Wert, Geld und Staat als selbstverständliche Medien proletarischer Emanzipation. Marx' Ökonomiekritik sei dabei – wenn überhaupt – als metaphysische Spitzfindigkeit wahrgenommen und ›Das Kapital‹ so auf einen linken Ricardianismus reduziert worden. Statt den konstitutiven Zusammenhang von Ware, Geld und Kapital zu begreifen, sei Marxismus lediglich als alternative Indienstnahme des überhistorisch gefassten Wertgesetzes zwecks Abschaffung der Mehrwertabpressung konzipiert worden (S. 89 f.), was ein Verständnis von Wert als *Produkt* von *Arbeit* statt als *Darstellungsform* einer historisch-spezifischen *sozialen Organisationsform* – abstrakter Arbeit – impliziert habe (S. 38). Gerade der real abstrakte, versachlichte Charakter moderner Herrschaft sei dabei aus dem Blick geraten und durch ein ›soziologistisches‹ Modell des Kapitalismus als personaler Herrschaft in sachlich ver-

schleierter Form ersetzt worden (S. 82, 87). Marxismus verstand sich in dieser Hinsicht als Entschleierung und Entlarvung der Klasse, die das Ruder in der Hand hält.

Jappe treibt, wie die Krisis-Gruppe, diese noch heute auf viele taube Ohren stoßende Auseinandersetzung mit der marxistischen Tradition – die allerdings den einen oder anderen Textbeleg verdient hätte – nun aber zu einer Marx-›Rekonstruktion‹ fort, die dessen Ökonomiekritik bestenfalls auf Feuilleton-Tauglichkeit herunterbricht und nicht selten im Irrationalismus einer Aufklärungskritik endet, die ihren Gegenstand stets umschiff, niemals aber durchschritten hat. Man mag dabei sogar von der fragwürdigen Krisentheorie in Gestalt der von Marx selbst später revidierten ›Wertabschmelzungsthese‹ (S. 104, 125) absehen, ebenso von der unzulässigen Reduktion des Klassenbegriffs auf eine nur empirisch-soziologische Kategorie (S. 81, 87) – als läge das ›Geheimnis der Plusmacherei‹ (im werttheoretischen Sinne) auf der Hand. Nachsehen mag man Jappe auch die merkwürdige Konfundierung von gesellschaftlichem Charakter konkreter Arbeit und gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die einen ›Kommunismus der Sachen‹ bereits hier und jetzt am Werke sieht (S. 44 f., 127) sowie den Rückfall in eine substantialistische Werttheorie, die mit der Annahme der ›Arbeitsabstraktion‹ vor allem Tausch einhergeht (S. 150). Brenzlich wird es aber, wenn die selbsterklärte Wertkritik ihren Wertbegriff zu bestimmen sucht: Dann wird unter ›Wert‹ nämlich nicht ein *gesellschaftliches Verhältnis von Sachen* verstanden, in das sie von Menschen unter bestimmten Vergesellschaftungsbedingungen der Arbeit gesetzt werden, sondern ein ›Gedankending‹ als intersubjektives, unbewusstes Set von Normen.

Geradezu absurd zu nennen ist die, dem italienischen Marxisten Lucio Colletti entlehene, These von der irrationalen (i. S. von ›logisch-widersprüchlichen‹) Natur des Marxschen Gegenstands als Totalität ›verrückter Formen‹. Die reale Verselbständigung des Vergesellschaftungszusammenhangs (Wert) wird hier mit deren ideologischer Reflexion (Fetisch) identifiziert, Marx' Äußerungen über die systematisch falschen Vorstellungen der Akteure über die Natur der kapitalistischen

Produktionsweise als dessen positive Beschreibung eines ›real paradoxen‹ Gegenstands genommen. Wo Marx z. B. den Bilanzbegriff des Kapitals (Kapital als bloße Geldsumme), demzufolge aus Geld vermittlungslos mehr Geld wird, *kritisiert* (denn sonst wäre $4 = 5$), dort entdeckt Jappe Einsichten in die »reale Mystik« (S. 161) der modernen Gesellschaft. Wer sich soweit von der ›Aufklärungsrationalität‹ emanzipiert hat, der darf auch schon mal ohne zu schmunzeln die Ware als »gleichzeitig Sein und Nichtsein« (S. 193), als logischen Widerspruch, deklarieren.

Jappes Buch zeigt zwar durchaus treffend, wie sehr sich traditionelle Gesellschaftskritik bisweilen im Rahmen unhinterfragter und naturalisierter Kategorien bewegt. Es offenbart aber auch, dass eine postulierte *Wertkritik* noch lange keinen *Wertbegriff* macht. Die monadologischen Zirkel werden daran freilich keinen Anstoß nehmen.

INGO ELBE

Rüdiger Bernhardt: »Ich bestimme mich selbst«. Das traurige Leben des glücklichen Peter Hille (1854-1904), Jenaer Studien, Bd. 6, hrsg. v. Günter Schmidt, Verlag Bussert & Stadelers, Jena und Quedlinburg 2004, 338 S. (39,90 €)

Im Rahmen eines gemeinsam von der Ernst-Ortlepp-Gesellschaft e.V. und der Landesschule Pforta im Juni 2004 veranstalteten Kolloquiums über den Dichter Ernst Ortlepp (1800-1864), einen der großen Unbekannten der deutschen Literatur, danach befragt, wie lange er an seiner Peter-Hille-Biografie geschrieben habe, antwortete Rüdiger Bernhardt – der in Schulpforte über Hilles westfälischen Landsmann Friedrich Wilhelm Weber referierte – mehrdeutig: »Dreißig Jahre.« Das stimmt – und das stimmt auch nicht. Richtig ist, dass die so facettenreiche deutsche Literatur um 1900 samt den von ihr aufgenommenen europäischen und skandinavischen Einflüssen seit vielen Jahrzehnten ein zentrales For-

schungsgebiet des halleschen Germanisten darstellt. Rüdiger Bernhards Vorliebe für das *Fin de siècle* in Deutschland und die Literatur Skandinaviens bekundete sich zuletzt in einem Buch über August Strindberg (dtv-portrait, München 1999). Den Beziehungen des anderen großen Skandinaviens zur deutschen Literatur der Jahrhundertwende ging Prof. Bernhardt in der im Henschel-Verlag erschienenen Studie »Henrik Ibsen und die Deutschen« (1989) nach.

Mit der Biografie »Ich bestimme mich selbst«. Das traurige Leben des glücklichen Peter Hille« setzt Rüdiger Bernhardt, passend zum 150. Geburtstag und zum 100. Todestag Hilles, einen bemerkenswerten Höhe- und Schlusspunkt unter seine Jahrzehnte währende Beschäftigung mit Leben und Werk des 1854 in Erwitzen (Nordrhein-Westfalen) geborenen und 1904 in Berlin gestorbenen Dichters.

Seit 1988 gehört Rüdiger Bernhardt zu den eifrigsten Mitarbeitern der von der Peter-Hille-Gesellschaft e.V. herausgegebenen »Hille-Blätter«. In dem gemeinsam mit dem westdeutschen Hille-Forscher Friedrich Kienecker 1986 herausgegebenen Auswahlband »Der Spökenkieker – Plaudereien über Dichter, Maler und ein Konzert« notierte Rüdiger Bernhardt in seinem Nachwort über den Autor Hille, dass »die Einmaligkeit dieses Künstlers nur schwer in einen exemplarischen Zusammenhang mit der Kunst- und Literaturentwicklung des ausgehenden 19. Jahrhunderts gebracht werden kann«. Und in der bereits 1975 von ihm herausgegebenen Auswahl »Ich bin, also ist Schönheit« betonte Rüdiger Bernhardt, dass, ähnlich wie das Werk, auch die Person Peter Hille kaum auf einen einfachen Nenner zu bringen ist; was die Literaturhistoriker oft ratlos stimmte und daher zu divergierenden Einordnungen finden ließ: »Anarchist für die einen, Kirchenfeind für die anderen, katholischer Menschheitsreformer und Erziehungsfanatiker; so moralisch er jenen erschien, so unmoralisch war anderen Hilles Leben und Dichtung. Vertreter des *Fin de siècle* und vorkämpferischer Gottsucher; immer wieder wurden Extreme mit Gestalt und Werk Peter Hilles in Verbindung gebracht.« Ein Resümee, das der Autor auch nach dreißig Jahren ohne nennenswerte Änderungen in seine Hille-Biografie übernehmen konnte (S. 40).

Peter Hille wurde als rundherum seltsame Erscheinung wahrgenommen. 1,54 Meter groß, charakterisiert von »wirrem Haar und Wotansbart«. Wilhelm Spohr erinnerte mit diesen, an Nietzsches Diktion angelehnten Worten an Peter Hille: »Diogenes, Wüstenwanderer, Kind, Genie und scharfer Geist zugleich, mit seinen Satiren auf den Stumpfsinn und seinen hinreißenden Dithyramben auf die Schönheit, ihm fehlte wenig zu einem modernen Heiligen.« Derartige (meist postum skizzierte) Beschreibungen sind, wie Rüdiger Bernhardt darlegt, Teil der »romantischen Verklärungen«, die nach Hilles Tod aus seinem in Armut verbrachten Leben eine golden glänzende Legende machten. Hier wird soziales Elend in starkem Maße ästhetisiert. »Eine Welt«, so Bernhardt, »die sich während des Lebens nicht sonderlich um den Dichter gekümmert hatte, fand ihr Thema. Mit der späten Huldigung konnte sie auch die eigene Schuld bemängeln, einen schwer zu integrierenden Menschen ins Abseits gestellt und dort belassen zu haben.« Ein Phänomen, das sich, beginnend mit dem traurigen Leben des glücklichen Sturm- und Drang-Dichters Jakob Michael Reinhold Lenz, durch die gesamte deutsche Literaturgeschichte zieht.

Peter Hille floh erst aus der Schule (zuletzt aus dem Gymnasium in Münster), die für ihn eine »Folteranstalt« war, dann eine Landwirtschaftslehre und eine Tätigkeit als Gerichtsschreiber, am Ende auch aus Westfalen, um ab 1877 als Dichter zu leben. Dass er 1877/78 in Leipzig studiert haben will, ist reine »Erfindung« (Bernhardt), entspringt wie so viele Angaben zu seiner Person der Privatmythologie Hilles, der bei autobiografischen Auskünften selten zwischen Dichtung und Wahrheit unterschied. Rüdiger Bernhardt spricht deshalb von Peter Hilles »Wunschbiografie«. Gleiches gilt auch für sein Werk: In seinen Bibliografien finden sich immer wieder Titel, zu denen es keine literarischen Texte gibt. Auch hier war der Wunsch der Vater des Gedankens. Diese falsch gelegten Fährten – denen Hille-Forscher nicht selten blind folgten – enttarnt zu haben, ist ein Verdienst des philologischen Spurensuchers Rüdiger Bernhardt.

Über das Leben Peter Hilles – sofern es nicht im Berliner Restaurant »Schwarzes Ferkel«, dem Treff der literarischen Bohème,

oder in Friedrichshagen, dem »Klein-Weimar der modernen Geister« (Julius Hart), Teil der öffentlichen Aufmerksamkeit war – ist erstaunlich wenig überliefert. Von intimen Beziehungen oder gar von Lebensgemeinschaften kann der Biograf nichts berichten. Nur eine (unerreichbare) Liebe Hilles konnte namhaft gemacht werden: Else Lasker-Schüler. Sie gehörte zu Hilles engen Freunden. Sie war es auch, die 1906, da die Erinnerung an den Dichter zu verblassen begann, ein Peter-Hille-Buch herausgab, auf dessen Titel das Porträt des Verblichenen mit »St. Peter Hille« bezeichnet ist. Heiliger Hille!

Die von ihm gepflegten freundschaftlichen und kollegialen Beziehungen werden von Rüdiger Bernhardt bis in die feinsten Verästelungen verfolgt. Da sind u. a. der seltsame Wilhelm Arent, ein glühender Nietzsche- und Lenz-Verehrer, der eindrucksvolle Stanislaw Przybyszewski, der sensible Johannes Schlaf und der engagierte Erich Mühsam. Letzterer erinnerte sich am 17. Oktober 1915, nachdem er vom Tode Paul Scheerbarts gelesen hatte, auch an den einstigen Weggefährten Peter Hille: »Die Zeitungen nennen ihn (Paul Scheerbart, K. A.) einen komischen Kauz, einen Sonderling und wie noch alles. Dass sie und das Publikum ihn haben verhungern lassen wie seinerzeit Peter Hille, das wollen sie nicht wissen.« (Erich Mühsam: Tagebücher 1910-1924, 3. Aufl., München 2004, S. 161.)

Man wird das Verständnis für die Dichtung Peter Hilles im Allgemeinen und seiner Lyrik im Speziellen verfehlen, wollte man sie mit der allgemeingültigen literaturwissenschaftlichen Elle messen. Schon im Nachwort zu der vor dreißig Jahren veröffentlichten Ausgabe von Hille-Essays »Ich bin, also ist Schönheit« gab Rüdiger Bernhardt zu bedenken: »Nicht mit dem rationalen Durchdringen, sondern mit emotionaler Übereinstimmung sind die Gedichte Hilles zu begreifen.« Des Dichters eigentliches Element war jedoch der Aphorismus, als deren griffigstes Beispiel der eben zitierte gelten darf, welcher der Bernhardtschen Auswahl von 1975 auch zum Titel verhalf. Hille bedurfte als Autor stets der Anregung. Als Aphoristiker rieb sich Hille – natürlich – an Friedrich Nietzsche, zu dem er ein ambivalentes Verhältnis hatte. Seine Prosa, das bemängelte die zeitgenössische Kritik immer wieder, und

das betont auch sein Biograf, war zu unausgegoren, um weite Leserkreise begeistern zu können. Was nicht zuletzt daran lag, dass Hille kein Dichter war, der sich an einem Text lange aufhielt.

Diese Studie ist nicht nur die erste große Biografie über das traurige Leben des glücklichen Peter Hille, sondern eine Respekt abnötigende Gesamtdarstellung der Berliner Literatur um 1900. Es ist keine Prophetie, wenn wir hier festhalten, dass es sich um ein Standardwerk handelt, an dem sich alle folgenden Publikationen zu Peter Hille messen lassen müssen. Den Autor kann man zu diesem Opus magnum nur beglückwünschen; umso mehr, da Prof. Dr. Rüdiger Bernhardt in diesem Jahr sein 65. Lebensjahr vollendet. Herzlichen Glückwunsch!

KAI AGTHE

Kay Möller: Die Außenpolitik der Volksrepublik China 1949-2004. Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2005, 280 S. (22,90 €)

Das »Phänomen China« ist in aller Munde. Und es gibt ja in der Tat genug zu erörtern. Wie kommt es, daß China bisher die einzige Macht in der Geschichte ist, die auf den eigentlich üblichen »Aufstieg und Fall der Großmächte« (Paul Kennedy) einen erneuten Aufstieg zu setzen vermochte? Nämlich den, den wir jetzt erleben – nachdem das Land von der Großmacht, die es bis in die Mitte des vergangenen Jahrtausends dargestellt hatte, im 19. Jahrhundert zum Spielball der aufstrebenden imperialistischen Mächte herabgesunken war? Wie erklärt sich, daß China dasjenige Land ist, das im Jahrhundertbogen von 1900 bis 2000 den größten und erstaunlichsten Aufschwung nahm? Von der zerrütteten, verarmten, in Kriegen erstickten Halbkolonie zur politischen und wirtschaftlichen Großmacht mit den höchsten Zuwachs- und Modernisierungsraten?

Leider gibt Möllers Buch – auf dem Umschlag als »Lehrbuch« ausgewiesen – auf diese so spannenden Fragen kaum schlüssige

Antworten. Das hat eine Menge mit der eigenartigen »Verwissenschaftlichung« zu tun, mit der der Autor sich seinem Thema nähert. Schon in der Einleitung wird das deutlich: Nicht der Gegenstand »China« als lebendiger, pulsierender Akteur in einer rasch sich verändernden Welt steht dort im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern die Betrachtung selbst. Diese setze – doziert Möller – »paradigmatische Entscheidungen bezüglich der Natur internationaler Politik und der Rolle des Staates« voraus, wobei zu bedenken sei, dass eine solche Entscheidung »nach der Jahrtausendwende sehr viel schwerer« falle »als noch zu Zeiten des Kalten Krieges«, denn »wie zu erwarten«, habe »das ›Ende der Geschichte‹ unter Theoretikern der Internationalen Politik neue und anhaltende Debatten provoziert« (S. 11). Dies alles bedenkend, folge »die vorliegende Analyse im Wesentlichen den positivistischen Prämissen der Rationalisten« und verstehe als »relevant« die »europäische Erfahrung mit Konfrontation und Kooperation«. Und dies nun wiederum impliziere »keine grundsätzliche Vernachlässigung intersubjektiver Phänomene, wohl aber den Standpunkt, dass der Konstruktivismus zwar eine ›meta-theoretische Position‹ anbietet, aber kein handhabbares Instrument der Analyse, mittels dessen man etwa vorhersagen könnte, unter welchen Umständen sich ›Identitäten‹ dramatisch verändern« (S. 12).

So what?, möchte man fragen, und begibt sich ins erste Kapitel »Ursprünge, Selbstverständnis, Instrumente«: begierig, herauszufinden, was aus der Anwendung dieses Theorienwulsts nun an neuer Erkenntnis fließen möge. Es zeigt sich aber bald: Möller arbeitet mit einer durch *keinerlei* Methode gestützten Aneinanderreihung dieser und jener innen- und außenpolitischen Episode, nie erklärend, warum er gerade diese und keine andere ausgewählt hat, und so gibt es zwar eine Menge den Neuling gewiß staunen machender Informationen, aber zugleich jede Menge Weglassungen und vor allem: auch nicht die Spur eines roten Fadens. Beispiel: der Abschnitt »Revolution und Bürgerkrieg«. Von 1911 ist die Rede – aber nicht von der Dimension und Tragweite der Revolution. Der Versailler Vertrag wird genannt – aber kein Wort gibt es zur mit ihm verbundenen Demütigung Chinas.

(S. 22) Wenn aber diese Demütigung nicht angesprochen wird, kann man das Kontinentalbündkonzept von Sun Yatsen nicht verstehen – und Möller hat es ja auch ganz einfach weggelassen. Das aber ist denn doch ziemlich schwerwiegend: ein Konzept zu »vergessen«, das nicht nur für die Außenpolitik des *einen* Sun-Yatsen-Erben Tschiang Kai-schek in den dreißiger Jahren eine richtungweisende Funktion hatte (und übrigens auf deutscher Seite auch lange so verstanden und ausgenutzt wurde!), sondern selbstverständlich auch das Denken des *anderen* Sun-Yatsen-Erben Mao Zedong beeinflusste und bis heute durchaus Attraktivität zu entfalten vermag. China plus Rußland (Sowjetunion) plus Deutschland – die drei Versailles-Verlierer – gegen die Versailles-Gewinner USA, Großbritannien, Frankreich, Japan: das war die Sun-Idee. Möller ignoriert sie – und ignoriert folgerichtig im Abschnitt »Antijapanischer Krieg und Bürgerkrieg« (S. 24-27) den Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und China vom 21. August 1937. Und es kommt noch schlimmer: Auch das Wort *Zweiter Weltkrieg* kommt in diesem Abschnitt nicht vor, die Achse Berlin-Tokio bleibt unerwähnt, die für den ostasiatisch-pazifischen Kriegsschauplatz entscheidende sowjetische Offensive gegen die japanische Eine-Million-Mann-Armee in der Mandschurei im August 1945 – eine Offensive, mit der der KP Chinas ein wesentlicher Stützpunkt für ihre spätere Einflußerweiterung geschaffen wurde – wird auf ein lakonisches »UdSSR besetzte Mandschurei« reduziert, und weil vom Weltkrieg nicht die Rede ist, kann »natürlich« auch nichts zur Kairo-Konferenz vom 22. bis 26. November 1943 zwischen Roosevelt, Churchill und Tschiang Kai-schek gesagt werden, und auch die UNO bleibt unerwähnt. Ja, auch die UNO – obwohl doch die Tatsache, daß China (zu diesem Zeitpunkt die Republik China unter Tschiang Kai-schek) als Siegermacht des Weltkrieges zum Gründungsmitglied der Weltorganisation und zum Ständigen Mitglied ihres Sicherheitsrates wurde, geradezu eine Revolution darstellte und die Übernahme dieses UN-Sitzes durch die VR China 1971 eine weitere.

Die Weglassung solcher *wesentlichen* Ereignisse und Zusammenhänge der Vorgeschichte führt auch in den folgenden Kapiteln, in denen

es unter dem Gesamttitel »Zeit« um »1949-1955: Die Allianz mit der Sowjetunion«, »1956-1965: Das Ende des sozialistischen Lagers«, »1966-1969: Isolation«, »1970-1979: Die Normalisierung der Beziehungen zum Westen«, »1978-1989: Das strategische Dreieck« und »1990-2004: Virtuelle Großmacht« und unter dem Gesamttitel »Raum« um die heutigen Beziehungen Chinas zu den Regionen und Ländern im einzelnen geht, zu einem Bild der chinesischen Außenpolitik, das nur durch Zufälligkeiten bestimmt zu sein scheint. Und wenn es dann doch einmal zusammenfassend und theoretisch wird, bietet Möller Sätze an wie diese: »Der Primat der Souveränität erklärt sich mit realen und imaginären Erfahrungen aus der Zeit der ›ungleichen Verträge‹ und begründet sowohl Schwierigkeiten im Umgang mit dem Westen als auch anhaltende Probleme mit Intervention und qualitativem Multilateralismus« (S. 38). Oder: »Grundsätzlich trifft jedoch folgende Charakterisierung (...) auf den Umgang der Volksrepublik mit regionalen und internationalen Regimen zu: Bevorzugt genutzt werden Gelegenheiten zum ›free riding‹ (das heißt, Dritte übernehmen Verpflichtungen, China jedoch nicht). Soweit dies Probleme mit sich bringt, versucht man gelegentlich, Verhandlungen zu verlangsamen oder in eine andere Richtung zu lenken. Wenn auch das schwierig wird, bemüht sich Peking um Interessenkoalitionen mit Gleichgesinnten und damit um eine Begrenzung des mit Obstruktion einhergehenden Imageschadens« (S. 39). Oder: »Die Volksrepublik des Jahres 2004 bietet ihren Bürgern keine Werteorientierung, weil sie in erster Linie den Machterhalt einer anachronistischen Elite gewährleistet« (S. 251). Beispiele für solche Thesen, Vergleiche mit anderen Ländern? Meist Fehlanzeige. Und wenn doch, dann so: China leiste »kein Bekenntnis zu ›qualitativem Multilateralismus‹ und dem einhergehenden Souveränitätsverzicht«, die USA hingegen täten dies. Zwar »spielten« sie »mit einer gewissen Zwangsläufigkeit ›Ersatz-Weltregierung‹«, beförderten dabei aber zugleich sowohl »eine wirtschaftliche Globalisierung (...), die ihre eigene Handlungsfähigkeit beschneidet«, als auch »über Institutionen wie den IWF oder die WTO Ansätze für eine neue multilaterale Ordnung« (S. 251).

Das ist das uralte Schema der Euro- und Westzentristen: Der Westen ist gut, erkennbar, begreiflich; China aber bedrohlich, ohne Werte und Konzept, unbegreiflich. Keine wirklich gute Grundlage für ein »Lehrbuch«.

WOLFRAM ADOLPHI

Corinna Kuhr-Korolev:

»Gezähmte Helden«.

Die Formierung der Sowjetjugend 1917-1932, Klartext Verlag
Essen 2005, 365 S. (39,90 €)

Im Zentrum der Untersuchung – einer Dissertation im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung geförderten, unter Leitung von Prof. Dr. Stefan Plaggenborg und Prof. Dr. Heiko Haumann stehenden Projekts »Jugend und Gewalt in Sowjetrußland 1917-1933« – stehen die Altersgruppe der 14-23jährigen (S. 9), die unterschiedlichen Versuche von seiten einiger Parteiführer, diese für die Politik der Kommunistischen Partei zu gewinnen, und die Reaktion der Jugendlichen darauf. Jugendpolitik und Jugendkult – die Antwort der Betroffenen darauf bewegte sich zwischen Mitmachen und gewalttätiger Ablehnung (S. 11).

Die unterschiedlich starke Verfügbarkeit von Archivmaterial im ehemaligen zentralen Komsomolarchiv (seit März 1999 Teil des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs, heute RGASPI) hat es mit sich gebracht, daß der Schwerpunkt der Untersuchungen auf den zwanziger Jahren – also auf der Zeitspanne vom Beginn der NÖP bis zu den erfolgversprechenden Jahren des ersten Fünfjahresplans – und auf der Situation in den Städten Moskau, Smolensk und Novosibirsk liegt. Es sind die Jahre zwischen der Absage an die mit Gewalt verbundene Politik des Kriegskommunismus und der von Stalin im Zuge der Getreidebeschaffungskampagne 1928 geforderten und durchgesetzten Rückkehr zur Gewalt. »Ab 1928 verlieren sowohl das Archivmaterial als auch die publizierten Quellen stark an Aussagekraft, weil Planziffern und Produktionserfolge Seite um Seite füllen« (S. 30).

Ein Leitmotiv der Autorin ist die Diskussion und Differenzierung der »Plaggenborgschen

Kontinuitätsthese«, die besagt, daß der Stalinismus bereits vor seiner Zeit vorformuliert worden ist (S. 24). Für Plaggenborgs These spricht die anfängliche Ablehnung der NÖP als einer neuen, nicht nur auf die Ökonomie bezogenen Politik durch viele Partei- und Komsomolmitglieder. Schließlich kehrte in den Jahren der NÖP die gestürzte bürgerliche Gesellschaft wieder zurück. Daß Nikolai Bucharin in dieser Zeit sozialistische statt kommunistische Moral propagierte, ist kein Zufall. Die angestrebte kommunistische Gesellschaft schien in den Hintergrund zu rücken.

In drei Kapiteln werden »Konstruktion, Rollenzuweisung und Idealisierung der Sowjetjugend« (S. 35-85), die »Konzeption des Jugendalters und die Formung des jungen ›Sowjetmenschen‹« (S. 87-219) und die »Ansätze einer staatlichen Jugendkultur in den Medien« (S. 221-321) untersucht. Das erste Kapitel stellt das Jugendbild der Parteiführung vor und diskutiert die Selbstdarstellung des Komsomol, im zweiten Kapitel werden die Jugendforschung und die Pädagogik, die Debatten über Moral, neue Lebensformen und Sexualität sowie das Konzept der »Körper-Kultur« skizziert. Jugendpresse und Jugendliteratur sind Gegenstand der Untersuchung im dritten Kapitel.

An die Stelle der anfänglichen »Begeisterung der Parteiführung für den Aufbruchgeist der Jugend« traten die »Ängste über das unkontrollierte Potential und der Wunsch nach Disziplinierung« (S. 128). Wie die Führung ihre Diskursheftigkeit in allen Sphären des öffentlichen und privaten Lebens durchzusetzen suchte, auf welche Schwierigkeiten sie dabei stieß und welche öffentlichen und internen Debatten diese Disziplinierung und Reglementierung begleiteten, ist das eigentliche Thema der materialreichen und höchst informativen Studie, die, wenn sie auch nicht immer leicht zu lesen ist, doch im wahrsten Sinne des Wortes »Neuland« erschließt.

WLADISLAW HEDELER

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- I
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 135 bis 158 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 134 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

ANDREAS HEYER

Maximilien Robespierre. The Discovery of the Contemporary Between Virtue and Terror

Robespierre is the hero of the French Revolution who, more than any other, attracted both praise and censure from posterity. Who was he: a tyrant, a bloodstained monster, an oriental sort of despot? Or was he the spokesman of the people, of the third estate, who represented the wishes and aspirations of those, who were repressed during the early years of the revolution? The author discusses the ambivalent image of Robespierre and invites the contemporary left to accept this heritage in all its dimensions.

ULRICH BUSCH

Land of Milk and Honey – a Left-Wing Utopia?

It seems that the only way out of the crisis confronting the full employment society is a radical revision of the concept itself. Among the different proposals put forward, that of an unconditional basic income has a special attractiveness. But it constitutes a radical social utopia that stands in contradiction to not only capitalism but also to traditional socialism, to Christian ethics, and to even the communist idea of a free employment society. The poetic blueprint for this proposal is »the land of milk and honey.« The author examines this proposal in terms of its being a romantic social utopia, which is too expensive and therefore must be seen as politically unrealistic and illusionary.

KONSTANTIN WACKER

Economic Perspectives of the Bolivarian Revolution in Venezuela

The author analyses the current political and economic situation in Venezuela. He explores it not only from the specific perspectives of the economy of Venezuela, but also from the perspective of the role and the opportunities for developing countries in the capitalist world system, in general. From this perspective, he examines various sectors of the Venezuelan economy and questions whether there is the possibility of a self-determined, socialist oriented development.

RAINA ZIMMERING

New Social Movements in Argentina

Based on personal impressions, won during two working visits to Argentina, in 1989 and 2004, the author summarizes the economic and social development of that country over the past two decades. She describes Argentina as a model state of neo-liberal conformity, reflects upon the social protests of the Nineties and the national uprising against these policies in 2001/2002, discusses what she calls the ›rulerless system of social movements‹ 2001-2003 and the evolution of these movements throughout the Ernesto Kirchner presidency up to the present.

BENJAMIN SELLO

Europe First! (Europa über Alles!)

The »Lisbon Strategy« of the European Union

The German Government's »Agenda 2010« which introduces social callousness in German policy is not merely a national program for »adjusting« the welfare state, but must be seen – says the author – as an aspect of the compulsive European »Lisbon Strategy.« Decided upon in March 2000, its objective is to make Europe »the most competitive und most dynamic knowledge-based economic region in the world«. But it appears that neither the analysts of the »Agenda 2010« nor those protesting against it, are conscious of this European dimension.

ASSIA TEODOSSIEVA

Bulgaria at the Threshold

of the European Union

Profits, Costs and Social Dimensions

Bulgaria is preparing to become a member of the EU in 2007. The author discusses the path taken by Bulgaria since 1990, reflects upon the difficulties, challenges and contradictions the country must confront and poses the question, not only if Bulgaria is ready for the EU, but also if the EU is ready for Bulgaria. The referendums where the French and the Dutch people turned down the European Constitution in 2005 shows, she says, that there are a lot of problems which cannot be solved by the »old« EU-members alone but need a new approach to the general idea behind the EU.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,

ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,

JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,

DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030-44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030-29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €